Heft 12 Dezember 1991 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Castro: Der Letzte läßt das Licht an
- Harold Pinter: Über Lateinamerika
- Rassismus im »Spiegel«
- Abs, der Aufsichtsrat von Auschwitz
- Waffen-Exporteure: Ermittlung eingestellt

in konkret Dezember 1991

von konkret

an konkret

Stasidiotie von Hermann L. Gremliza

»Händler des Todes« von Jürgen Elsässer

Der Skandal um die paar Kampffahrzeuge, die der BND an den israelischen Geheimdienst liefern wollte, war eine willkommene, wenn nicht sogar inszenierte Ablenkung: Im wochenlangen Getöse um die alten Waffen aus den DDR-Beständen sollte untergehn, daß eine UN-Kommission die Deutschen überführt hat, den Irak systematisch nuklear und chemisch aufgerüstet zu haben, und daß die deutschen Waffenexporteure ungestraft davonkommen

Freunde, Helfer von Gaby Gottwald

»Demokratisierungshilfe« und »Ausstattungshilfe« - so menschenfreundlich heißen die Programme, mit denen die Bundesregierung den armen Ländern des Südens hilft. Aber anstatt sich als Wohltäter öffentlich feiern zu lassen, drücken die Bonner auf jeden Zettel, der von ihren guten Taten zeugt, den Geheimhaltungsstempel »VS - Nur für den Dienstgebrauch«

Aktenkoffer statt Knarre von Micha Brumlik

Die Madrider Nahost-Konferenz hat Ergebnisse gebracht, die ohne weiteres nicht mehr zu revidieren sind

Die rassende Reporterin von Oliver Tolmein

Als zwischen Hoyerswerda und Saarlouis Ausländerheime brannten und zehntausende Flüchtlinge um Leib und Leben zitterten, schickte der »Spiegel« seine mutigste Redakteurin an die Front: Zum Titelthema »Skinheads, Straßenräuber, Einbrecher - kapituliert die Polizei?« durfte Ariane Barth in einem endlosen Riemen den Terror beschreiben, den Banden von asozialen Roma-Kindern über einen Hamburger Stadtteil verbreiten

»Zum Beispiel Grenzkontrollen« von Thomas Ebermann; Rainer Trampert

Warum die DKP - doch, doch, gibt's noch - glaubt, die deutsche Arbeiterklasse vor der »Einwanderungswelle« in Schutz nehmen zu müssen. Ein Nachtrag zu »Zum Städele hinaus ...« in KONKRET 11/91

»Jeder ist uns der Nächste« II von Archiv für Sozialpolitik

Aus den Schlagzeilen sind sie längst verschwunden, aber die Angriffe auf Ausländer und ihre Unterkünfte sind auch in den letzten vier Wochen weitergegangen. Fortsetzung einer unvollständigen Chronik

»Hat es nie gegeben« von Oliver Tolmein

Nicht die Angriffe rechtsradikaler Schläger auf Ausländer, sondern die Versuche linker Gruppen, sie davor zu schützen, stellen nach Meinung deutscher Politiker und Medien eine »besonders gefährliche Form von Gewalt im Ausländerbereich« dar

Stand: Zweiter Weltkrieg von Robert Kurz

Die Wiedervereinigung habe dem deutschen Kapital »einen unverschämten Boom beschert« meinte Rainer Trampert in KONKRET 10/91 (»Förderung bei Wolgograd«) und warf dem Krisentheoretiker Robert Kurz Zweckpessimismus zugunsten der imperialen Bestrebungen des wiedervereinigten Deutschland vor. Kurz antwortet ihm: »Wenn es heute einen Weltmeister im Glauben an den 'Sieg' des Kapitalismus gibt, dann sind es die Veteranen linker Radikalität«

Zu Kurz von Georg Fülberth

Robert Kurz' Versuch, Kapitalismus und Realen Sozialismus gemeinsam auf den Begriff »Moderne« zu bringen und nach dem Scheitern des einen das des anderen vorauszusagen, erklärt nicht viel. Allenfalls jagt er den Metropolen-Intellektuellen einen wohligen Schauer über den Rücken

EK III in Grün-Braun von Reimar Paul

Der Ökofaschist Herbert Gruhl hat endlich das Bundesverdienstkreuz bekommen - von der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn

Menschen am WerkGute Gründe von Wend Berghänel

Seit mit dem Scheitern des Putsches in der Sowjetunion die Niederlage des Sozialismus gleichsam geschichtsoffiziell geworden ist, widmet sich die westliche Welt mit Inbrunst und Häme den noch verbliebenen »letzten Bastionen des Kommunismus«. Ihre besondere Aufmerksamkeit hat sie dabei auf das mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen kämpfende Kuba gerichtet, von dessen sozialen und politischen Errungenschaften die ausgeplünderten Massen der Dritten Welt nur träumen können Zwei Beiträge über ein Land, dessen Bevölkerung und politische Führung Slums, Analphabetismus und Todesschwadrone nicht für erstrebenswert halten

Menschen am WerkNicht im Handstreich von Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Seit mit dem Scheitern des Putsches in der Sowjetunion die Niederlage des Sozialismus gleichsam geschichtsoffiziell geworden ist, widmet sich die westliche Welt mit Inbrunst und Häme den noch verbliebenen »letzten Bastionen des Kommunismus«. Ihre besondere Aufmerksamkeit hat sie dabei auf das mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen kämpfende Kuba gerichtet, von dessen sozialen und politischen Errungenschaften die ausgeplünderten Massen der Dritten Welt nur träumen können Zwei Beiträge über ein Land, dessen Bevölkerung und politische Führung Slums, Analphabetismus und Todesschwadrone nicht für erstrebenswert halten

Oh, Superman von Harold Pinter

Den folgenden Text - eine scharfe Kritik der Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten - hat der englische Dramatiker Harold Pinter am 31. Mai 1990 in der TV-Sendung »Opinion« im Channel 4 der BBC verlesen. Er wird hier erstmals in deutscher Übersetzung veröffentlicht

Buch des Monats: Vom Mond herunter von Thomas M. Scheerer

Tulio Halperín Donghi: Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1991, 840 Seiten, 98 Mark

Die neue Weltordnung von Harold Pinter

Primäre Korruption von Otto Köhler

Honorige deutsche Politiker und ihre Professoren sind dagegen, daß man die von Nazis verschleppten Zwangsarbeiter finanziell entschädigt und ein Zentrum zur Dokumentation des Holocaust einrichtet. Das könne nichts wieder gut machen. (Außerdem würde es allein die Volkswagen AG ein paar Millionen Mark kosten und die Geburtstagsfeiern für Auschwitz-Aufsichtsräte wie den Hermann Josef Abs empfindlich stören)

Immer wieder die Juden von Michael Schilling

Eins von drei Themen der Sendung »Report« (Südwestfunk Baden-Baden, Moderation: Franz Alt) war am 12. November »die neue Wiedergutmachungsforderung Israels an die Bundesregierung«. Der im Folgenden dokumentierte (und in kursiver Schrift kommentierte) Text der Sendung zeigt, daß schon ein Jahr nach der Wiedergeburt des Reichs der Deutschen das antisemitische Ressentiment vom Staatsfernsehen gefördert wird. Nicht so überraschend, daß dies auch unter Leitung eines Mannes geschieht, der auf der größten Kundgebung der

deutschen Friedensbewegung gegen die USA und ihre im Golfkrieg Verbündeten der Hauptredner gewesen ist. Die Ausschrift des redaktionellen Textes führt viele Gesten und Stereotype des deutschen Antisemitismus vor - und nebenbei die erbärmliche Qualität der an diesen öffentlich-rechtlichen Orten gesprochenen Worte

Ein Communist von Elfriede Jelinek; Gabriele Dietze; Matthias Altenburg; Ursula Püschel

Zum Tode des Schriftstellers Ronald M. Schernikau, der Ende Oktober, 31jährig, in Berlin starb

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Keine Hoffnung für die Toten von Gunter Blank

»God has just recosered his sanity.« So endet Jim Thompsons letzter Roman »Child Of Rage«. Nicht zufällig ist dieser versöhnliche letzte Satz eines zornigen Außenseiters einem Schwarzen vorbehalten. Für das weiße Amerika gibt es in Thompsons Welt keine Rettung mehr. Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie über 'schwarze' Kriminalromane

»Eine große abwinkende Müdigkeit« von Diedrich Diederichsen

Der schwarze Regisseur Spike Lee hat einen Film über die Herrschaft des Rassismus in den USA gedreht: »Jungle Fever«

Turmbau zu Babel von Detlef zum Winkel

Der ehemalige APO-Führer und heutige Multikulturdezernent der Stadt Frankfurt hat einen Spielfilm gedreht: »C’est la vie«. Ein gedankenarmer Versuch, die 68er Bewegung zu vermarkten

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/91, S. 4

von konkret

Noch ist Castro nicht verloren, aber die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten und eine sich langsam formierende, den Bürgerrechtsbewegungen Osteuropas fatal ähnelnde Opposition können das für die verarmten Massen der Dritten Welt noch immer vorbildliche sozialistische Experiment auf Kuba bereits im Lauf des Jahres 92 zum Scheitern bringen. Weil Kuba daher dringend die Unterstützung all derjenigen braucht, die sich mit der Etablierung einer kapitalistischen One World und ihren für 90 Prozent der Weltbevölkerung so katastrophalen Folgen nicht am Ende der Geschichte, weil am Ende ihrer Wünsche wähnen, trifft es sich gut, daß uns während der Fertigstellung dieses Heftes mit seinem Schwerpunkt Kuba/Lateinamerika (ab Seite 36) der folgende Spendenaufruf erreichte:

Schaffen wir eins, zwei, drei... viele Barrel Öl nach Cuba! Weg mit der US-Blockade!

Die Lage in Cuba ist dramatisch. Die Verbindung von US-Blockade, die seit dreißig Jahren aufrechterhalten wird, und drastischem Rückgang des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Verschärfend wirkt, daß die Bundesrepublik die Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR nicht mehr fortführt.

Die Lieferung von Energie und Rohstoffen ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Das Gespenst einer Krise gerade auch in den Bereichen der größten cubanischen Errungenschaften zeichnet sich immer deutlicher ab: Cubas Kinder konnten sich bisher - im Gegensatz zu Millionen verlassener, hungernder, als lebende Organbanken ausgebeuteter Kinder in Lateinamerika - gut ernährt und medizinisch versorgt in einem allen zugänglichen Schulsystem entfalten. Das ist nun in Frage gestellt.

Wir haben unterschiedliche Positionen zum cubanischen Regierungssystem. Aber gemeinsam verurteilen wir den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen. Das Recht des cubanischen Volkes auf eine eigene Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.

Deshalb fordern wir:

den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo,

die unverzügliche Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade,

keinerlei offene oder verdeckte Militäraktionen der USA gegen Cuba,

die weitere Erfüllung oder Fortführung aller Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR durch die Bundesrepublik,

statt Unterstützung der Bundesregierung für die US-Wirtschaftsblockade ihr Eintreten für deren Aufhebung in EG und Uno.

Leisten wir darüber hinaus praktische Solidarität mit dem cubanischen Volk, nicht nur einmal, sondern regelmäßig:

Schaffen wir eins, zwei, drei... viele Barrel Öl nach Cuba!

Erstunterzeichner (Stand 15.11.1991): Dieter Boris, Professor; Jutta Braband, MdB; Martin Franzbach, Professor; Hannelore Heinrichs, Journalistin; Jakob Moneta, Gewerkschafter; Peter von Oertzen, Professor; Dorothee Piermont, MdEP; Uta Ranke-Heinemann, Professorin; Schapour Ravasani, Professor; Dr. Ulla Roovers; Karl Heinz Roth, Arzt und Historiker; Jens Scheer, Professor; GordianTroeller, Journalist; Sibylle Weingart (Cultur Cooperation e.V.); Deutsch-Cubanische Gesellschaft; Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba; Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba; Informationsbüro Nicaragua e.V.; ila (informationsstelle lateinamerika); Taller de la Solidaridad.

Spenden unter dem Stichwort »Energie für Cuba« auf das Konto Nr. 132 975 707 bei der Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Klaus Wardenbach.

Kontaktadresse: Kampagne »Energie für Cuba«, Klaus Wardenbach, Bundeshaus HT 105, 5300 Bonn 1.

Gruppen, die zur Zeit Solidaritätsprojekte mit Kuba durchführen:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1,

Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba e.V., Postfach 3345, 1000 Berlin 61,

Deutsch-Cubanische Gesellschaft für Solidarität mit Cuba (Decub), Eichendorffstraße 1, 6000 Frankfurt/M. 1,

Pro Cuba, c/o Harro Druschky, Karl-Marx-Straße 82, 1000 Berlin 44,

Taller de Solidaridad, Rundeturmstraße 16, 6100 Darmstadt,

Cuba Si, eine Arbeitsgemeinschaft der PDS, Kleine Alexanderstraße 28, 1020 Berlin,

Kuba Si, c/o Parteivorstand der DKP, Hoffnungstraße 18, 4300 Essen 1,

Terra Nostra e.V., Postfach 10 25 06, 2800 Bremen 1,

Kuba-Komitee der Humboldt-Gesellschaft, c/o Tamara Bunke Klub, Gubener Straße 5, 1034 Berlin,

Dritte-Welt-Zentrum Leipzig, Industriestraße 42, 7010 Leipzig.

Eine längst nicht vollständige Liste der von Deutschen im Jahre 1 nach ihrer Wiedervereinigung an Ausländern begangenen Verbrechen hat KONKRET in der letzten Ausgabe veröffentlicht (»Jeder ist uns der Nächste«). Weil diese - im wesentlichen aus Presseberichten gewonnene - Chronik volksgemeinschaftlicher Aktivitäten forgesetzt werden soll, solange dies nötig erscheint, und weil ihre beinahe unverminderte Fortdauer den deutschen Medien schon längst kein Thema mehr ist, sucht KONKRET Gruppen, Initiativen oder Einzelpersonen, die an einer möglichst lückenlosen Dokumentation ausländerfeindlicher Gewalttaten arbeiten. Wer sich also in der Lage sieht, die in diesem Heft (Seite 26) vom Archiv für Sozialpolitik fortgesetzte Aufstellung weiterzuführen, möge sich bitte an die Redaktion wenden.

KONKRET ist umgezogen. Neue Adresse: KONKRET, Schulterblatt 58 C, 2000 Hamburg 36. Telefon 040 - 43 10 84; Telefax: 040 - 430 22 11.

Konkret 12/91, S. 6

an konkret

Ja, wenn ...

KONKRET 11/91 »Milch von toten Kühen« von Norbert Trenkle

Wenn die OECD-Länder für über 2/3 des Welt-BSP und für 80 Prozent des Welthandels stehen, dann läßt sich, so Norbert Trenkle, schwerlich behaupten, ihr Reichtum basiere unmittelbar (?) auf der Ausbeutung der Dritten Welt.

Ja, wenn... Sobald man sich nämlich klarmacht, daß diese Ziffern auf der Grundlage OECD-diktierter Preise berechnet sind und mehr als irgendetwas anderes die (militärisch abgestützten) Machtverhältnisse auf dem Weltmarkt, namentlich die systematische Unterbezahlung der Dritte-Welt-Arbeitskraft widerspiegeln und daß für die OECD-Mächte Preismanipulationen aller Art das Instrument ihrer Bereicherung auf Kosten der Dritten Welt sind, sagen sie einem nicht mehr gar so viel.

Wie irreführend sie sind, sieht man z.B. an dem Himalayaländchen Bhutan, das weder Hunger noch Obdachlosigkeit kennt, obwohl es, in BSP per capita gerechnet, weniger als ein Hundertstel (!) dessen produziert, was die USA produzieren.

Oder: Allein das Gesundheitswesen der BRD kostet bzw. »produziert« per capita und Jahr rund 1.600 US-Dollar. Das DritteWelt-Land Kuba aber bringt – mit einem Gesundheitswesen, das nicht wesentlich weniger leistet als das deutsche, einem ausgebauten Bildungs- und Sozialwesen und allen möglichen im engeren Sinn wirtschaftlichen Aktivitäten, darunter einer nicht ganz zu vernachlässigenden Warenproduktion... – nach westlicher Rechnung insgesamt nur ein BSP von 1.000 US-Dollar per capita zustande.

Solche Absurditäten ergeben sich daraus, daß vergleichbare Arbeiten, z.B. in der Landwirtschaft, im Bergbau und in den meisten Servicebereichen, in den OECD-Ländern, in US-Dollar gerechnet, im Mittel etwa 15mal so hoch bezahlt werden wie in der Dritten Welt, obwohl die Produktivität der OECD-Werktätigen, über alle Wirtschaftsbereiche hin ermittelt, schwerlich mehr als 3mal so hoch sein dürfte.

Gemäß OECD-Diktat wird also die Dritte-Welt-Arbeitskraft relativ zur OECD-Arbeitskraft um schätzungsweise einen Faktor 5 unterbezahlt und entsprechend die wirtschaftliche Leistung der Dritten Welt insgesamt um eben diesen Faktor unterschätzt.

Und so können dann auch die OECD-Länder in ihren Halbkolonien quasi mit 80 Prozent Rabatt einkaufen. Würden sie voll bezahlen oder auf die ergaunerten 80 Prozent ihrer Importe aus der Dritten Welt verzichten, so würde das, so gering deren Anteil auf dem Papier auch sein mag (gut 10 Prozent), für große Teile ihrer Bevölkerung das Ende dessen bedeuten, was sinnvoll als Wohlstand oder Reichtum bezeichnet werden kann.

Würden sie umgekehrt zum unkaschierten kolonialistischen Plündern zurückkehren, d.h. für ihre Importe gar nichts mehr bezahlen, dann würde zwar ihr Reichtum zunehmen, gleichzeitig aber ihr Anteil am Welthandel auf glatte 90 Prozent steigen, und damit, folgte man Trenkle, auch der letzte Verdacht einer Bereicherung an der Dritten Welt hinfällig werden.

Es wäre halt zu schön, wenn unsere linken Durchblicker endlich mal ihre erstweltlerischen Windeln abstreifen und erkennen könnten, wie systemimmanent und letztendlich kapitalismus-apologetisch sie trotz (oder dank?) aller marxistischen Schulung in wesentlichen Fragen immer noch denken und rechnen!

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Hackas/Schweden

Noch nicht begriffen

KONKRET 11/91 »Zum Städele hinaus « von Thomas Ebermann und Rainer Trampert

Das Doppel Thomas Ebermann und Rainer Trampert schrieb: »Als im badenwürttembergischen Brühl auf dem Kirmesfest drei Nigerianer von Nazis lebensgefährlich verletzt wurden und die Polizei nach der Abriegelung des gesamten Geländes nach Zeugen suchte, da fand sie keinen, der bereit gewesen wäre auszusagen.« Beide ziehen in ihrem übernächsten Satz daraus den Schluß: »Der Unterschied [zwischen Ostdt. und Westdt.] liegt darin, daß im Westen die Augen verschlossen werden, während im Osten die Meute zu johlen beginnt, und daß die Polizei im Westen noch nach Zeugen sucht, während sie im Osten offen mit den Tätern sympathisiert . «

Auch im Angesicht aller in Deutschland verübten Verbrechen an Asylsuchenden ist nicht hinzunehmen; daß Fakten zurechtgebogen werden, um die eigene politische Wertung zu untermauern. Von Neonazis schwer verletzt wurde ein Flüchtling aus Soweto, nicht drei Nigerianer. Vier Zeugen stehen für eine Aussage vor Gericht bereit. Ein Bürger – immerhin einer mehr als keiner – hat den NPD-Anführer mit Tränengas kampfunfähig gemacht, so daß die Polizei ihn verhaften konnte (mußte).

Und wer meint, nur um Zeugen zu suchen, habe die Polizei das Gelände abgeriegelt – das hat sie übrigens nicht getan – , hat deren Rolle im Westen trotz »Startbahn West« oder »Wackersdorf« immer noch nicht begriffen.

Rudi Brenzinger

Brühl

Erfundene Fälschung

KONKRET 11/91 Buch des Monats; »Deutscher Herbst '91« von Oliver Tolmein

Lieber Oliver, ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mir das Datum der Ausgabe des »Neuen Deutschland« nennen könntest, in der die von Dir zitierte hochinteressante Äußerung »In Prag regiert der Zionismus« enthalten ist. Bei der Suche nach der Originalquelle wünsche ich Dir schon jetzt viel Spaß und Erfolg.

Schönen Gruß

Uwe Klußmann, »Spiegel«-Redakteur

Leipzig

P.S. Vielleicht kann Dir bei der Suchaktion der Erfinder der Fälschung, H. M. Broder, der das angebliche Zitat vor einigen Jahren mal in der Version »In Prag regieren die Zionisten« in die Welt setzte, ein wenig Gesellschaft leisten.

Sehr geehrter Herr Klußmann,

da die selbständige Recherche gerade bei »Spiegel«-Redakteuren, wie in diesem Heft nachzulesen ist, häufig zu falschen oder verfälschenden Ergebnissen führt, entspreche ich Ihrem Wunsch gerne. Simon Wiesenthal, der Leiter des Dokumentationszentrums des »Bundes jüdischer Verfolgter des Nazi-Regimes« hat auf einer Pressekonferenz am 6. September 1968 in Wien eine Dokumentation vorgelegt: »Die gleiche Sprache: Erst für Hitler – jetzt für Ulbricht«. Dann verweist er auf das »Neue Deutschland«, das in seiner Sonntagsausgabe vom 25. August 1968 die Titel-Schlagzeile »In Prag regiert der Zionismus« veröffentlichte.

Oliver Tolmein

P.S. Es liegt im Wesen der doppelten Negation begründet, daß eine erfundene eben keine Fälschung ist.

Auf einem Ohr taub

KONKRET 10/1991 Buch des Monats »Wenn er geht, sind sie satt« von Thomas Neumann

Vielleicht erscheint beim Füttern von Tauben albern, was einen Sinn macht, wenn es um Menschen geht. Vielleicht sind die vermeintlichen Tauben gar keine? Dann täuscht sich (und andere) der Kritiker Neumann, der sich für was anderes (besseres?) hält: nämlich für denjenigen, der in einer Unterscheidung von Tauben und Menschen denkt. Auf der Basis eines Denkansatzes, dem Bilder von Menschen und Tauben zur Illustration des Verhältnisses von Intellektuellen und Volk geeignet erscheinen, läßt sich die von Michael Walzer diskutierte Problematik tatsächlich nicht verstehen. Was Walzer fordert, u.a. indem er komplexe Kategorien Gramscis aufnimmt, ist gerade das Ende einer erfundenen Unterscheidung zwischen denen, die meinen, intellektuelles Futter verteilen zu müssen, und denen, die es dankbar zu nehmen haben. Walzer streitet für ein Ende der Arroganz. Auf diesem Ohr scheint Neumann taub zu sein. Und das ist genau das Problem, um das es Walzer geht.

Uwe Hirschfeld

Kassel

Dank

KONKRET 11/91 »Pogrom in Zivil« von Hermann L Gremliza

Lieber Hermann Gremliza, gut so. Richtig so. Da redet endlich einer Klartext. Danke.

Erika Bawa-Birth

Bornheim

Linker Preis

KO N KRET 1 1/91 »Wie geht des Märchen weiter?« – Kahl macht ernst

Vorschlag 1: Die Zwerge bauen eine Mauer;

Vorschlag 2: Die Zwerge hauen auf die Kacke;

Vorschlag 3: Die Zwerge kaufen einen vergifteten Apfel und pflanzen eine Rosenhecke (doppelbödig, subtil und zukunftsweisend – wer weiß, wer in 100 Jahren das Sagen hat! Und Zwerge werden alt! !);

Vorschlag 4: Die Zwerge waschen erstmal ab.

Ich möchte von dem linken Preis gewinkt werden.

Fanny Müller

Red. »Kowalski«

Hamburg

Konkret 12/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Stasidiotie

Ich habe tatsächlich brisantes Material gesehen. Und mit diesem Wissen sage ich: Auf uns kommt etwas zu mit einer unglaublichen Gewalttätigkeit - Aktenberge, Auschwitz in den Seelen.
Jürgen Fuchs, »Schriftsteller und Sozialpsychologe«, in Springers »Welt« über die Akten aus dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR

In Hamburg stehen Karl K. (72) und Gerhard B. (67) vor Gericht; sie sollen in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Litauen am 4. Juni 1947 den NS-Oberstabsrichter Erich Kallmerten umgebracht haben, nachdem sie gehört hatten, daß dieser in seinem Tagebuch zwischen Notizen betr. Geschlechtsverkehr hunderte von ihm gegen Deserteure und Partisanen verhängte Todesurteile eingetragen hatte. Die Beschuldigten konnten erst im November 1990 in Haft genommen werden, weil sie bis dahin in der DDR gelebt hatten.

Muß den noch lebenden Richtern der Nürnberger Prozesse empfohlen werden, das neue Deutschland aus eventuellen Reiseplänen zu streichen, weil es sein könnte, daß die Justiz des Vierten Reichs demnächst unter ihnen nach Görings Mördern sucht? Oder wäre das übertrieben? Wird die deutsche Justiz wenigstens bei befreundeten Ausländern ein letztes Mal beide Augen zudrücken? Ich weiß es nicht, halte jedoch zwischen Königsberg (vormals Kaliningrad) und Agram (vormals Zagreb) alles für möglich, was die völkischen Beobachter der »FAZ«, der »TAZ« und des deutschen Fernsehens jetzt für so unmöglich halten wie das, was sie vor zwei Jahren für unmöglich gehalten haben und sich heute gar nicht mehr anders vorstellen können.

Alles habe nicht mal ich für möglich gehalten; nicht, daß deutsche Bürgerrechtler oder auch »friedliche Revolutionäre« von Deutschen aufgehäufte Leichenberge endgültig unter von Undeutschen angelegten Aktenhalden würden begraben wollen; nicht, daß ein Jahr nach der Wiedergeburt des Deutschen Reichs die Worte Terrorregime oder Konzentrationslager nur noch als Synonyme für SED und DDR verstanden würden; nicht, daß, wer »unglaubliche Gewalttätigkeit« sagt und von Auschwitz redet, einen Haufen Papier meint, das eine sammelwütige Bürokratie hinterlassen hat, und nicht, daß der Typus, der »für Auschwitz verantwortlich war«, nach den Worten der Denunziantin X., der aber keiner widerspricht, nicht mehr von Globke oder Filbinger repräsentiert wird, sondern von dem glück- und sprachlosen Dichtersmann Anderson. (Ich habe den Namen des deutschen Mädels gestrichen, weil ich einsehe, daß die an vielen Orten von der Stasi heimtückisch angebrachten Spiegel ihr das Recht geben, sich an der Welt zu rächen für und für.)

Um nicht gröber mißverstanden zu werden als üblich: Die Verlierer, und das sind außer den Kommunisten alle, die den Staat DDR gegen diese deutsche Zukunft verteidigen wollten, die nun Gegenwart ist, haben keinen Grund zur Klage, daß die Sieger dieses militärisch kalten, finanziell jedoch einige hundert Milliarden heißen Kriegs ihr Recht, das Recht des Siegers, durchsetzen, die Unterlegenen zu bestrafen: sie zu entlassen, zu enteignen, zu verleumden und einzusperren.

Nicht, daß Siegerrecht gilt, soll beklagt werden, und nicht einmal, daß der Staatssicherheitsminister (West) vom ehemaligen Staatssicherheitsoffizier (Ost) verlangt, seine Bestrafung als verdient anzunehmen, daß also das Siegerrecht nicht Siegerrecht nennen darf, sondern es als Naturrecht loben muß, wer irgendwann einen Gnadenerweis erhofft. Es ist nicht der Gebrauch ihrer Macht, es ist ihr Bedarf an Moral, der die deutschen Sieger zu furchtbaren Siegern macht. Sie können die Niederlage ihrer Gegner nicht genießen, ohne sich und andern einzureden, es seien Siege der Menschheit, und sie selber seien nur die Stärkeren, weil sie die Besseren sind.

Sie hatten dem Nürnberger Tribunal der Alliierten über die deutschen Verbrechen an der Menschheit jahrzehntelang die Legitimität bestritten und dabei lernen müssen, daß die Chance, rechtsförmigen Einwänden gegen »Siegerjustiz« Gehör zu verschaffen, umso geringer war, je schlimmer die verhandelten Taten. Erst dann, zwei bis drei Jahrzehnte nach den Urteilen gegen Göring, Flick und andere, hatte die deutsche Bürgerpresse die Agitation gegen das Verfahren aufgeben müssen, als das ganze Ausmaß der deutschen Verbrechen und die Zahl ihrer Opfer nicht mehr zu leugnen waren. Diese bittere Erfahrung muß es gewesen sein, die den guten Deutschen im Angesicht des Sieges befahl, die nötigen Opfer herbeizuschaffen.

Da war freilich große Not, denn als die Mauer fiel und alle, alle in die Freiheit kamen, hatten sie außer einer Überzahl an Schmerbäuchen und Fettsteißen keine weiteren und schon gar keine durch staatliche Gewalt verursachten physischen Beschädigungen vorzuweisen, keine Ödeme, keine Wunden, keine Narben, keine Foltermale. Die Gefängnisse fand man so belegt, wie man das aus einem mittleren Staat der sog. freien Welt kannte: zu 98 Prozent mit Betrügern, Dieben, Räubern, Sexualstraftätern und Totschlägern. Und auch das äußere Erscheinungsbild der »Politischen«, zum größten Teil Leute, die die halb- bis einjährige Wartezeit bis zur Genehmigung ihres Ausreiseantrags im Knast hatten verbringen müssen, wollte

irgendwie nicht so recht an die Fotografien erinnern, welche die Alliierten bei der Befreiung von Majdanek aufgenommen hatten.

Es war, wie gesagt, große Not. Die Marke, ab der die Ausübung von Siegerrecht moralisch legitim sein sollte, hatten die Deutschen sich selber unerreichbar hoch hinaufgesetzt: auf »Auschwitz« und auf 6 Millionen Ermordete. »Auschwitz« war zu schaffen, denn wozu hatte man all die verkrachten »Schriftsteller und Sozialpsychologen« auf Volkshochschulen und in Goethe-Instituten durchgefüttert, wenn sie in der Stunde vaterländischer Not nicht mal eine Parole liefern konnten, und sei es eine so üble wie die vom »Auschwitz in den Seelen«. (Die Leute vom MfS haben einiges Unheil angerichtet und viele Dummheiten begangen. Daß sie manches davon in der Absicht getan haben könnten, die Welt vor Schweinereien wie der zitierten zu schützen, ist mehr als ein bloß mildernder Umstand.)

Woher aber die 6 Millionen nehmen? Auch wenn man alle Toten zusammenzählte, die nach 1945 in Lagern der sowjetisch besetzten Zone verhungerten Nazis wie die zweihundert an der Grenze Getöteten, fehlten immer noch ein paar Nullen an der vorgegebenen Zahl. So ging es also nicht, aber anders: Wenn man nämlich jeden, ob Bürger der DDR oder der BRD, dessen Name auf einer Karteikarte des Ministeriums für Staatssicherheit vermerkt war, zum »Opfer der Diktatur« erklärte, mußte eine ganz schöne Zahl zusammenkommen. Und richtig, bei der Debatte des Bundestags über das »Stasiakten-Gesetz« wurde es feierlich enthüllt: »6 Millionen Opfer der Stasi« seien es, »in der ehemaligen DDR und in den alten Bundesländern zusammen«. Genau 6 Millionen. Zufälle gibt`s.

6 Millionen zu 6 Millionen: das geht auf. Deutschland ist mit sich selber quitt. Die eigene moralische Erhöhung, die Geschichte vom gewandelten, neuen, besseren Deutschland wäre der Großmachtpolitik hinderlich geworden, und wirklich geglaubt hätte sie eh keiner. Billiger und glaubhafter schien es, die moralische Differenz, mit deren Reklame das neue Deutschland dem historisch, heuristisch und hoyerswerdisch begründeten Verdacht der Nachbarn begegnen will, durch eine hemmungslose moralische Erniedrigung der Verlierer zu markieren. Von niemandem heben sich christliche Politiker, deren Parlamentsfraktionen und Regierungen mehrheitlich so lange aus alten Nazis bestanden, bis die Biologie nicht mehr mitspielte, heben sich Ausrüster und Ausbilder von Todesschwadronen, Rassisten und Giftgas-Lieferanten, die Flicks, Reuters, Kohls, Schäubles, Lambsdorffs und Möllemänner vorteilhafter ab als von Wächtern eines mit 6 Millionen Opfern belegten Seelen-KZ Auschwitz. Und nur der massenhafte Einsatz von Pfaffen zeigt an, daß sich die Sieger bewußt sind, welchen Volumens bigotter Verlogenheit die Abwicklung dieses Geschäfts bedarf.

Wie Phönix steigen Rheinrohr und Rheinstahl aus der Stasi-Asche. Es scheint, als werde die Verfolgung der Verbrechen an »6 Millionen Stasi-Opfern« für den dritten deutschen Griff nach der Weltmacht noch nützlicher als es der Kampf gegen das Versailler Diktat und die Novemberverbrecher für den zweiten war.

Konkret 12/91, S. 10

Jürgen Elsässer

»Händler des Todes«

Der Skandal um die paar Kampffahrzeuge, die der BND an den israelischen Geheimdienst liefern wollte, war eine willkommene, wenn nicht sogar inszenierte Ablenkung: Im wochenlangen Getöse um die alten Waffen aus den DDR-Beständen sollte untergehn, daß eine UN-Kommission die Deutschen überführt hat, den Irak systematisch nuklear und chemisch aufgerüstet zu haben, und daß die deutschen Waffenexporteure ungestraft davonkommen

Ende Januar dieses Jahres gabs den Rechtsstaat in Technicolor und Dolby-Stereo. Ökopax hatte die Hardthöhe überrannt und die Macht im Feuilleton an sich gerissen. Jürgen »Leo für Oel« Möllemann konvertierte innerhalb von zwei Tagen und forderte, den »Händlern des Todes« das Handwerk zu legen. Die »Bild-Zeitung« zog mit dem Aufmacher »Die Mörder sind unter uns« auf der antifa-Überholspur an »FR« und »taz« vorbei. Die SPD-Fraktion plädierte dafür, Rüstungsexport wie »Schwerstkriminalität« zu bestrafen, wurde aber locker ausgestochen vom CDA-Sprecher Ulf Fink, der von »Beihilfe zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit« sprach.

Wäre auch nur ein Bruchteil davon wahr gewesen, hätte die Geschichte so weitergehen müssen: Im Bundestag wird innerhalb nur weniger Wochen ein Sondergesetz nach dem anderen durchgepaukt, der Fahndungsapparat blitzschnell und drastisch ausgebaut. Under Cover-Agenten verhaften MBB-Manager in Bagdad und Tripolis, in »putativer Notwehr« wird ein mutmaßlicher Rüstungsterrorist erschossen. Weil nach der Strafrechts-Konstruktion einer »gesamtschuldnerischen Haftung« »Mitglieder einer kriminellen Vereinigung« auch dann zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn es nicht möglich ist, ihnen eine direkte Tatbeteiligung nachzuweisen, sitzt Daimler-Vize Niefer im 7. Stock in Stammheim, in Isolationshaft, beim Verteidigergespräch hinter einer Trennscheibe, gefilzt bis in den Enddarm.

Klappe und Filmriß. Der Werbetrailer kam in den Verleih, der Rest ist Onaniervorlage für die rotgrünen Freunde des staatlichen Gewaltmonopols geblieben: »Im tiefen Tal der Super-Fahnder« als B-Picture in den off-Kinos am Wasserwerk. Am nächsten Morgen nehmen sich die Omnipotenzphantasien ziemlich mickrig aus vor dem Lügengebäude der formierten Gesellschaft.

»Nein zu Chemiewaffen! Ohne Wenn und Aber«, verkündete - ohne rot zu werden - die Chemische Industrie in großformatigen Zeitungsanzeigen bereits Mitte Februar; gänzlich ungeniert trumpfte einen Monat später der Verband der Maschinenbauer mit einer Kritik an der Verschärfung der Exportkontrollen auf. Im April protestierte die Wirtschaftszeitung »Forbes«: »Giftgas-Lüge« und ließ damit erkennen, daß sie im Nazi-Jargon schon recht firm ist. BDI-Präsident Weiss rief dazu auf, »die Angelegenheit auf die richtige Größe zurückzustutzen«, und Arbeitgeber-Präsident Murmann klagte, es sei so typisch deutsch, daß sich die Deutschen wegen ihrer Rüstungsexporte so durch und durch schuldig fühlten. Damit hatten die entscheidenden Herren die Richtlinienkompetenz wieder an sich gezogen, und die Dinge nahmen ihren Lauf.

Diesen nämlich: Je mehr die UNO-Inspektoren über die deutsche Unterstützung des Irak beim Ausbau seines ABC-Potentials ermitteln, umso stiller wird es hierzulande um dieses Thema. Mehr noch: Jede aus dem Irak gemeldete Enthüllung wird in der deutschen Öffentlichkeit und Politik durch höhnische Kommentare und zynische Entscheidungen beantwortet. Seit Anfang August ist es UN-offiziell, daß die Deutschen Hauptlieferanten für die Entwicklung des irakischen Chemiewaffenprogramms waren - kurz darauf gibt der Bundesverband der Chemie-Industrie bekannt, daß seine Meldung vom Frühjahr, er habe die Firma Imhausen ausgeschlossen, falsch gewesen sei. Ende September sickert durch, daß bei den Vor-Ort-Kontrollen der Zentrifugen, die zur Urananreicherung dienen, Präzisionsgeräte von Siemens-Interatom entdeckt wurden - wenig später wird die Reduzierung der »Länderliste« für genehmigungspflichtige High-Tech-Exporte angekündigt. Im Oktober berichtet die amerikanische Presse, daß das Trenndüsenverfahren zur waffentauglichen Uranveredelung, für das deutsche Unternehmen die weltweiten Patentrechte besitzen, im Irak getestet worden ist - in der Bundesrepublik aber wird derweil das neue Feindbild »Atommacht Israel« (»Spiegel«) gepflegt und ein Skandal um die Lieferung von NVA-Ausschuß an den Mossad inszeniert.

Zwar will die UNO die Liste der an der irakischen Aufrüstung beteiligten Firmen (noch?) nicht veröffentlichen, doch auch die bereits bekannt gewordenen Unterlagen genügen, um die Schuldigen dingfest zu machen. Genau das aber geschieht nicht: Nur einem Bruchteil der 151 Hinweise auf deutsch-irakische Kooperationen, die aus den USA und Großbritannien kamen, wird überhaupt nachgegangen. War Ende März noch von 40 Ermittlungsverfahren die Rede, so sprach der Möllemann-Bericht Mitte Mai schon von 39 »ohne Anhaltspunkte«. 17 weitere Firmen würden noch überprüft, doch lediglich in einem Fall gebe es tatsächlich Verdachtsmomente. Daß die Arithmetik der Bundesbehörden durcheinandergeraten ist, mag Absicht sein oder Unvermögen, jedenfalls geht auch das Rätselraten um die Namen der Tatbeteiligten weiter. Diejenigen Unternehmen, die Hermes-Bürgschaften für ihre Irak-Geschäfte beantragt haben (insgesamt: 2,5 Mrd. DM; allein 1990: 1,05 Mrd. DM), dürften aus Datenschutzgründen nicht genannt werden, bei allen übrigen handele es sich um schwebende Verfahren, und folglich... Mittlerweile haben darüber hinaus zwei Gerichtsinstanzen das Tor für Freisprüche in der »Irak-Affäre« sperrangelweit geöffnet: Die Liste mit den

genehmigungsbedürftigen Exportartikeln sei nämlich nicht ordnungsgemäß zustandegekommen, ergo könne auch niemand dagegen verstoßen haben.

Auch aus den angekündigten Gesetzen gegen illegalen Rüstungsexport ist zehn Monate nach dem Golfkrieg noch immer nichts geworden. Anstatt über diese Verzögerung zu lamentieren, sollten wir sie jedoch begrüßen: Kern der geplanten Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes ist nämlich die Ermöglichung der geheimdienstlichen Überwachung verdächtiger Firmen. Dieser Kompetenzausweitung wegen blockiert die Opposition den Gesetzentwurf durch ihre Bundesratsmehrheit. Mit einer minimalen Korrektur der Vorlage will die Bundesregierung jedoch die Zustimmungspflicht der Länder ausschalten. Sie suggeriert, daß es bisher lediglich Informationsdefizite gewesen seien, die die Strafverfolgung von Rüstungsfirmen erschwert oder gar verhindert hätten. Dabei ist längst bekannt, daß beispielsweise im Fall Imhausen von den ersten seriösen Hinweisen bis zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens glatte dreieinhalb Jahre vergangen waren. Im übrigen erledigen die Amerikaner, die in diesem und anderen Fällen mit zig »Non-Papers« Druck auf Bonn ausgeübt haben, schon längst, was das neue Gesetz erst bringen soll: die flächendeckende Telefonüberwachung bundesdeutscher Firmen, und zwar durch den CIA-Partner »National Security Agency« (lt. »Geheim« 1/91). So bleibt als einziger Zweck der Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes, den Bock zum Gärtner zu machen: Die bundesdeutschen Geheimdienste waren schließlich in der Geschäftsleitung von »Telemit« (Militärelektronik für Irak) und WET (Giftgas für Irak) präsent, der Verbindungsmann für Preussag-WET kam ebenfalls vom BND, aktenkundig ist eine enge Waffen- und Ausbildungskooperation der Dienste in München, Bonn und Bagdad während der gesamten 80er Jahre. Ganz offensichtlich haben sie die dunklen Geschäfte nicht kontrolliert, sondern koordiniert.

Wer hier eine Kumpanei zwischen Staatsapparat und Rüstungsindustrie vermutet, darf sich durch das Beispiel des Daimler-Benz-Konzerns bestätigt fühlen. Mitte März durchsuchten 120 Kriminalbeamte in einer Großrazzia die Konzernzentrale und Privatwohnungen leitender Angestellter. Ein Anonymus hatte sein Insiderwissen über die Außenpolitik des Rüstungsriesen nicht nur dem Zoll, sondern auch dem »Spiegel« mitgeteilt. Sein Dossier zeichnet ein »Sittengemälde über Daimler-Benz«, dessen pikantestes Detail insgesamt 26 Tieflader betrifft, die dem Irak im Juli 1990 geliefert worden sind. Diese Transporter, zum Teil vom Daimler-Partner Marrel umgerüstet, seien, so die Staatsanwaltschaft, »ein gefährliches Kriegsgerät« - sie taugten nämlich als mobile Abschußrampen für Scud-Raketen. Sodann ist von weiteren konspirativ durchgeführten Rüstungsexporten nach Nahost die Rede und davon, daß ein Vorstandsmitglied die »Schmutzarbeit«, d.h. das Einkassieren von »Provisionen aus dem illegalen Rüstungsexport« organisiert habe. Diesbezügliche Unterlagen fanden sich natürlich nicht in der Konzernzentrale, sondern in mehreren als Privatwohnungen getarnten Außendepots, die u.a. ein irakischer Staatsbürger angemietet hatte. Mindestens in einem Fall weisen die beschlagnahmten Dokumente auch einen externen Provisionsempfänger aus: Rund 1 Million DM flossen an die FDP, auch Lambsdorff habe sich nach dem Gelingen des »illegalen« Geschäfts erkundigt (»FR«, 17.7.91). Angesichts dieser sorgfältigen Pflege der politischen Landschaft ist es kein Wunder, daß die Ermittlungen gegen Mercedes-Benz ergebnislos vor sich hin dümpeln.

Die technologisch wichtigere Zuarbeit zur irakischen Raketenproduktion lief jedoch nicht über die Stuttgarter, sondern über die Münchner Filiale von Daimler-Benz: Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Deswegen sind in diesem Fall sämtliche Untersuchungen gleich ganz eingestellt worden. MBB, im irakischen Raketenzentrum Mossul für die »main technology« zuständig, war, sogar nach der eher beschwichtigenden Aussage von Ex-Minister Haussmann, der »wichtigste Unterlieferant«. Mehr noch: MBB hatte, noch auf Vermittlung Helmut Schmidts, mit Argentinien die Mittelstreckenrakete Condor entwickelt. Nach siebenjähriger Kooperation und zahllosen Demarchen der CIA stieg MBB 1985 aus diesem Projekt schließlich aus gleichwohl wurde es mit Hilfe der Briefkastenfirma Consen weitergeführt. Condor-Fabriken entstanden schließlich auch in Ägypten und im Irak. Zwar war diese modernisierte V2 bei Beginn des 2. Golfkrieges noch nicht einsatzbereit, doch eine »Fitneßkur für Scud-B« (»Spiegel«) ist dabei allemal herausgesprungen.

Am Raketen-Deal von MBB wird exemplarisch deutlich, warum die deutsche Politik »illegale« Geschäftspraktiken der Rüstungskonzerne nicht nur toleriert, sondern systematisch deckt und bisweilen sogar selbst initiiert. Nach dem 2. Weltkrieg war den Deutschen nämlich die Herstellung besonders gefährlicher Waffensysteme verboten worden.Weil nie wieder »Wunderwaffen« die Nachbarstaaten bedrohen sollten, wurde der Adenauer-Regierung in den WEU-Verträgen 1954 der Verzicht auf ABC-Waffen und Fernraketen auferlegt. Exakt dreißig Jahre später konnte die zur europäischen Führungsmacht aufgestiegene BRD die Rücknahme des Raketenverbots durchsetzen. Daß es dabei nicht nur um den platonischen Abbau sogenannter »Rüstungsdiskriminierungen« ging, wie die Bundesregierung behauptete, sondern um handfeste Absichten und konkrete Projekte, das vermutete damals selbst die SPD-Opposition. Ihr Antrag an den Bundestag, die Entwicklung von Fernraketen zumindest im Bereich der Außenwirtschaft nicht zuzulassen, ist von der Regierungskoalition zwei Jahre verschleppt und schließlich abgelehnt worden. In dieser Zeit erhielt die argentinische Condor-Rakete von MBB-Technikern den letzten Schliff...

Ein Jahr später unternahmen die Nato-Verbündeten abermals einen Versuch, die bundesdeutschen Ambitionen zu zügeln. Im Londoner Raketenabkommen vom 1.4.87 wurde die Ausfuhr von Bauteilen für nuklearfähige Raketen und Marschflugkörper stark beschränkt. Die BRD unterschrieb zwar den Vertrag aber ein Ausführungsgesetz erließ sie nicht. Die »good will«-Aktion sollte keinerlei praktische Konsequenzen haben. Es war wirklich bemerkenswert: Während alle

anderen Regierungen den Abschluß der Vereinbarung öffentlich feierten, übte sich die Bundesregierung in äußerster Diskretion. Sogar die SPD konnte sich den Text schließlich nur unter Geheimschutzbestimmungen beschaffen aufgrund eines Tips des sowjetischen Außenministers Karpov (so Norbert Gansel in der »FR«, 25.1.91).Vielleicht wird dieser deutsche Drang zur Auslandskooperation und die Notwendigkeit ihrer Geheimhaltung verständlicher, wenn man sich noch einmal einen Vorfall aus dem Frühjahr 1987 vergegenwärtigt: Damals enthüllte das ARD-Magazin »Report«, MBB plane ein Nachfolgemodell für die schrottreife und wegverhandelte Pershing-1A, sozusagen eine »Atomrakete mit Mercedes-Stern« (SPD-MdB Erler). Die internationale Öffentlichkeit reagierte empört. So stark wurde schließlich ihr Druck, daß die Hardthöhe gezwungen war, das Projekt zumindest offiziell zu canceln; in Mossul aber konnten die Arbeiten ungestört weitergehen.

Leider wird diese Dimension deutscher Außenbeziehungen von der unpolitischen Friedensbewegung völlig ignoriert. Ihr Schlagwort vom »Waffenexport« verschleiert, um was es wirklich geht: nicht um schnellen Profit, sondern um langfristige Politik; nicht um fahrlässige Geschäfte zum einseitigen Vorteil von Diktaturen, sondern um gemeinsame Waffenentwicklung zum beiderseitigen Nutzen. Kein Wunder, daß bei solchen analytischen Schwächen moralische Aufregung von den Medien ebenso leicht zu stimulieren wie zu sedieren war. Hatte beispielsweise die IG Metall in ihrer Mitgliederzeitung vom 25. Januar noch gefordert, man müsse die »Exporteure des Todes« als Schwerverbrecher behandeln, und dafür müsse »jetzt überall gekämpft werden, im Betrieb, auf den Straßen«, so lag die Halbwertzeit dieser Radikalität etwa bei der von Jod. Denn als die Staatsanwaltschaft kaum sechs Wochen später mit den Ermittlungen gegen Daimler-Benz begann, hatte man es sich schon wieder anders überlegt. Der Gesamtbetriebsrat solidarisierte sich mit der Chefetage und verwahrte sich energisch gegen eine »erkennbare Kampagne« und die schon »erfolgten Vorverurteilungen« (»FR«, 21.3.91).

Den Vogel schoß dabei einer der DGB-nahen Wirtschaftsweisen, »Memorandum«-Professor Jörg Huffschmid, ab. Er stellte sich der Zeitschrift »Quick« für ihren Beitrag »Die amerikanischen Heuchler« zur Verfügung und ließ sich unter dem Zwischentitel »Westliche Geheimdienste haben gezielte Falschmeldungen über Deutschland verbreitet« als Fachmann zitieren. Kostprobe Professor H.: »Diese Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik ist Teil einer globalpolitischen Strategie der Amerikaner. Damit will Washington den weltweiten Einflußverlust wettmachen.« Regierungsexperten und Wirtschaftssprecher konnten diesem Statement nur noch zustimmen. Ob das der »historische Kompromiß« ist, von dem Huffschmid & Co. immer geträumt haben?

Kasten Seite 12 »Eingestellt, eingestellt, eingestellt«

Der Stand der Ermittlungen und Verfahren gegen die illegalen deutschen Waffenexporteure gegen?

Bosch/Teldix: Ermittlungsverfahren eingestellt. Teldix steht im Verdacht, Elektronik für MBB-Waffensysteme geliefert zu haben. (»Süddeutsche Zeitung«, 25.1.91)

Daimler-Benz/MBB: Alle Ermittlungen eingestellt.

Daimler-Benz/Mercedes: Bisher keine Anklage, erstes Verfahren abgeblasen. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hatte es im Unterschied zur Wuppertaler bereits im März abgelehnt, gegen den Konzern zu ermitteln, es gebe keinen konkreten Beteiligungsverdacht. Mehr als peinlich war jedoch, daß im April dem Südwestfunk der Vertrag über die Lieferung der mutmaßlichen Scud-Lafetten zugespielt und daraus ersichtlich wurde, daß Daimler-Benz bei dem Geschäft Generalunternehmer war. Trotzdem gab Anfang Juli das Bundesamt für Wirtschaft grünes Licht für den Export von Militärsattelschleppern nach Saudi-Arabien dies war einer der inkriminierten Posten in der anonymen Anzeige vom März gewesen (»FR«, 3.7.91).

Fritz Werner GmbH: Bisher keine Anklage. Ermittlungen wegen Lieferungen 1984-87, als die Firma noch im Bundesbesitz war (»taz«, 14.2.91).

Gildemeister: Ermittlungen eingestellt. Nur in einem von 1600 Ermittlungsverfahren wird es zu einer »dünnen« (»FR«, 9.7.91) Anklageerhebung kommen. Die Firma Gildemeister war Generalunternehmerin für die größte Militärforschungsanlage im Nahen Osten und Produktionsstätte für Trägerraketen in Mossul. Auch nach Beginn der staats-anwaltschaftlichen Ermittlungen hatdie Firma noch mit den Irakis koope-riert (das ergibt sich aus einem Dokument, das die »taz« am 9.7.91 veröffentlichte).

Harvert: Bisher keine Anklage. Ermittlungen wegen Kooperation bei der Raketenproduktion/Scud-Modernisierung. Dafür hatte Harvert 1988 Hermes-Bürgschaften in Millionenhöhe erhalten (»taz«, 6.2.91).

H+H Metalform: Erstes Ermittlungsverfahren 1989 eingestellt. Ein weiteres wurde im Februar 1991 eingeleitet, bisher keine Anklage. Die Firma soll am Atombombenbau beteiligt gewesen sein (Spezialmaschinen für Urananreicherung, »taz«, 22.2.91).

Karl Kolb GmbH/WET/Pilot Plant: Untersuchungshaft aufgehoben, Prozeß gefährdet. Seit Herbst 1990 befand sich u.a. der mutmaßliche Ex-BND-Agent Leifer in Haft. Am 11.3.1991 wurde Anklage erhoben, weil er und weitere Angeklagte den Irak maßgeblich beim Aufbau seines C-Waffen-Potentials in Samarra unterstützt haben sollen. Die Anklage wurde angefochten, da die zugrundeliegende Liste genehmigungsbedürftiger Chemikalien aufgrund eines Formfehlers nicht ordnungsgemäß zustandegekommen sei (»Spiegel« 39/91).

Labsco: Keine Ermittlungen wegen Ausrüstungshilfe im atomaren und chemischen Bereich. Prozeß gegen die Grünen gewonnen, die nicht mehr behaupten dürfen, Labsco sei eine »Rüstungsfirma« (»FR«, 12.7.91).

Lambda-Physik: Ermittlungen eingestellt. Die Laser-Firma stand im Verdacht, illegal High-Tech in arabische Länder und nach Südafrika geliefert zu haben (»FR«, 22.11.90).

Lasco: Keine Ermittlungen eingeleitet. Auf Lasco-Maschinen hatte der Irak Artillerie-Granaten hergestellt (»SZ«, 22.2.91).

Louis Fischer GmbH: Bisher keine Anklage. Ermittlungen wegen Embargobruchs. Der Firmenchef samt Belegschaft sprengte noch im Frühjahr ein Treffen der örtlichen Friedensgruppe und bedauerte öffentlich, daß er keinen Bauauftrag für den Saddam-Bunker bekommen habe (»taz«, 20.4.91).

MAN-Technologie: Ermittlungen eingestellt. Die Firma soll Zentrifugentechnik zur Urananreicherung vermittelt haben. Konstruktionspläne der Antriebsbooster der Ariane 5, für die MAN zuständig ist, sind über H+H-Metalform in den Irak gelangt (»Welt«, 3.4.91).

Preussag: Unter die Verjährung fällt der gerichtlich nachgewiesene Tatbestand, daß die Firma insgesamt die C-Waffen-Kooperation einiger Manager mit dem Irak ermöglicht hat. Diese hatten mit der Karl Kolb GmbH, WET und Pilot Plant zusammengearbeitet (»taz«, 6.6.91).

Siemens/Interatom: Einleitung eines Ermittlungsverfahrens Ende 1990 abgelehnt. Durch die UNO-Inspektoren hat sich jetzt der damalige »Anfangsverdacht« erhärtet, daß Interatom an der Bombenherstellung über seine Urananreicherungszentrifugen beteiligt war (»Spiegel« 38/91).

Strabag: Freispruch. Die Firma stand im Verdacht, am Raketenprojekt 395 mitgearbeitet und das UN-Embargo gebrochen zu haben. Letzteres treffe zwar zu, aber die Firma habe »in jener Notstandssituation« alles tun müssen, um Schaden von ihren Mitarbeitern im Irak abzuwenden (so das Gericht, lt. »FR« vom 8.7.91).

Thyssen: Bisher keine Anklage. Ermittlungen wegen Lieferung eines Giftgaslabors und von Turbopumpen für die Scud. Hat Prozeß gegen den »Stern« verloren, der weiter behaupten darf, der Konzern habe für sein Giftgas-Geschäft eine »Israel-Boykott-Klausel« unterschrieben (»FR«, 7.2.91).

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 9/91 über den Prozeß gegen den ehemaligen KZ-Kommandanten Josef Schwammberger

Konkret 12/91, S. 14

Gaby Gottwald

Freunde, Helfer

»Demokratisierungshilfe« und »Ausstattungshilfe« - so menschenfreundlich heißen die Programme, mit denen die Bundesregierung den armen Ländern des Südens hilft. Aber anstatt sich als Wohltäter öffentlich feiern zu lassen, drücken die Bonner auf jeden Zettel, der von ihren guten Taten zeugt, den Geheimhaltungsstempel »VS - Nur für den Dienstgebrauch«

Wer nach den Ereignissen während des letzten Golfkrieges gemeint hat, die Diskussion über die Gefährlichkeit des Exportschlagers Rüstungsgüter und anderes »sicherheitspolitisches know how« werde zu positiven Veränderungen im Regierungshandeln führen, der hat sich geirrt. Der Anfang Oktober im Bundestag von Auswärtigem Ausschuß und Haushaltsausschuß verabschiedete Dreijahresetat des Auswärtigen Amtes für Polizei- und Militärhilfe an andere Staaten ist gegenüber der letzten Bewilligung von 1988 um runde 20 Millionen auf 196,38 Millionen Mark erhöht worden.

Die vom Auswärtigen Amt (AA) seit ca. 30 Jahren praktizierte Ausrüstungshilfe für Folterregime in der Dritten Welt folgte stets der bekannten Regierungslogik in der Außenpolitik: Unterstützt werden sogenannte pro-westliche, »befreundete« Regime; Präsidenten, Armeen und Polizeien dieser Staaten sind - gleich, was sie mit ihrer Bevölkerung anstellen - zu stabilisieren und für eine »sicherheitspolitische Zusammenarbeit« auf internationaler Ebene, für Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und, neuerdings, für die Eindämmung von Flüchtlingsbewegungen zu gewinnen. In den Kanon der Begünstigten sind so erstmals vier osteuropäische Staaten aufgenommen worden: Bulgarien, CSFR, Polen und Ungarn. Das Highligt der liberalen Ostausdehnung des AA bildet die Polizeihilfe für die baltischen Staaten.

In den vertraulichen Unterlagen des Auswärtigen Amtes vom 22.8.91 (AZ:300-440.70 Allg.) für den Auswärtigen und Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages über die Ausstattungshilfe (AH) 1991-93 rekapituliert das AA seine Militär- und Polizeihilfe wie folgt:

»Die Ausstattungshilfe hat sich in den drei Jahrzehnten von 1961 bis 1990 als außenpolitisches Instrument der Bundesregierung bewährt. Sie ermöglicht es uns, in den Partnerländern die Kontakte zu einflußreichen Institutionen und Persönlichkeiten zu intensivieren.« Darüber hinaus trage sie zur inneren Stabilisierung der Länder bei und bilde »die Grundlage für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung.« Im Rahmen der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit (Terrorismus, Rauschgift und organisierte Kriminalität) »dient sie auch unmittelbar unseren eigenen Interessen«.

Mit dieser traditionellen Begründung zog das Auswärtige Amt am 9.10.91 in den Auswärtigen Ausschuß, um seinen von 30 auf 39 Staaten erweiterten Förderungskatalog für die internationale Ausstattungshilfe an Polizeien und Armeen absegnen zu lassen. Doch Kritik kam auf. Die Abgeordneten verlangten Änderungen. Die Hilfe für Zaire fiel dem spät erwachten Demokratieverständnis der Mandatsträger zum Opfer, wie auch Malawi und Kamerun jetzt keine Hilfe mehr erhalten sollen.

Besonders am Herzen lag den Mandatsträgern jedoch der Begründungszusammenhang für die Ausstattungshilfe, der der Sensibilität des Themas Rechnung tragen und die neue historische Situation berücksichtigen müsse. Verlangt wurde eine neue Begründung für die Fortsetzung der alten Politik.

Das AA beantwortete das Begehren mit einer neuen Vorlage am 25.10.91 wie folgt: »Schließlich noch ein Wort zur traditionellen Ausstattungshilfe, die vor 30 Jahren unter anderen politischen Verhältnissen begonnen worden war und zunächst vor allem dazu diente, Einflußnahmen des Ostblocks und insbesondere der DDR auf die Streitkräfte und Polizeien in den Partnerländern zu verhindern. In dem Maße, in dem hoffentlich die weltweiten Demokratisierungsbestrebungen fortgesetzt werden, kommt es unverändert darauf an, gerade auch jene Institutionen zu demokratisieren und umzuerziehen, die stets die wichtigsten Stützen von Diktaturen sind, nämlich Streitkräfte und Polizei.«

Die angebliche neue Begründung zur Fortsetzung alter Taten ist so neu nicht. Auch schon in früheren Zeiten soll die Aufrüstung von Polizei und Armee der Wahrung der Menschenrechte dienlich gewesen sein.

Das im Oktober beschlossene neue Dreijahresprogramm der Ausstattungshilfe für 36 Staaten ist unterteilt in:

· allgemeine Polizeihilfe in Höhe von 32 Millionen Mark, für deren Umsetzung das Bundesinnenministerium (BMI) verantwortlich ist,

· Ausstattungshilfe für Streitkräfte in Höhe von 95,2 Millionen, die dem Bundesverteidigungsministerium (BMVg) obliegt und die mit Ausnahme von Papua-Neuguinea (Neuaufnahme) ausschließlich an afrikanische Staaten fließt,

· 28 Millionen für die Rauschgiftbekämpfung, die ebenfalls vom BMI abgewickelt werden,

· 18 Millionen Demokratisierungshilfe und 23,18 Millionen als Sonderfonds für Ausstattungshilfe.

Die erstmals eingerichtete »Demokratisierungshilfe« soll zur »Unterstützung der Durchführung demokratischer Wahlen« in afrikanischen Ländern dienen und wäre dem Entwicklungshilfeetat zuzuschlagen, wenn die Aufgabenstellung nicht in

»einem ausgesprochen politischen Bereich« läge, der zurecht dem Außenministerium untersteht.

Der Sonderfonds wurde gegenüber 1988 von 7,5 Millionen auf 23,18 Millionen Mark erhöht, wodurch dem AA die Fortführung von Projekten erlaubt wird, die offiziell nicht mehr in der Förderliste enthalten sind, wie z.B. die umstrittene Polizeihilfe an Guatemala oder die Aufnahme von polizeilicher Zusammenarbeit mit neuen Ländern, die nicht im Katalog enthalten sind. Die »flexible« Verwendung der Mittel kann unkontrolliert erfolgen und sowohl der Armee als auch der Polizei zugute kommen, für Antiterrorismus oder Rauschgiftbekämpfung ausgegeben werden und für vieles, vieles andere.

Der Fonds zur Rauschgiftbekämpfung dient offensichtlich als Eintrittsticket für die große Anzahl der Neuaufnahmen im Förderkatalog, da die Ausweitung der Polizeihilfe über die Rauschgiftbekämpfung politisch am ehesten zu legitimieren ist. Der BKA-Aussteiger Dieter Schenk verweist auf den Folterstaat Indonesien, mit dem die polizeiliche Zusammenarbeit über ein Rauschgiftbekämpfungsprogramm begonnen wurde, weil man es anders »politisch nicht hätte verkaufen können« (Schenk, BKA, Hamburg 1990, S.83). Schenk stellte in Indonesien fest, daß es dort überhaupt keine Rauschgiftprobleme gab. Heute gehört Indonesien zu den kontinuierlichen Empfängern deutscher Polizeihilfe.

Tatort Osteuropa/Südosteuropa

Auf Einladung von Bundesinnenminister Schäuble haben sich Ende Oktober in Berlin die Polizeiminister von 28 ost- und westeuropäischen Staaten getroffen zwecks Suche nach gemeinsamen Maßnahmen zur Migrationseindämmung vor allem aus Ost- und Mitteleuropa. Am 31. Oktober einigten sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen illegale Einwanderung. Beschlossen wurden verstärkte einheitliche Grenzkontrollen bis hin zur gegenseitigen Unterstützung bei der Ausstattung und Ausbildung der Grenzsicherungstruppen, Intensivierung der Kommunikation und Austausch von personengebundenen Daten und anderen Informationen sowie die Effektivierung von Abschiebungen. Die Festung Europa ist in Bau.

Die Bundesregierung wird hierzu ihren Beitrag leisten. Unter dem Stichwort »Rauschgiftbekämpfung« entlang der »Balkanroute« werden die Polizeien in Bulgarien (1,5 Millionen), der CSFR (5,3 Millionen), Ungarn (8 Millionen) und Polen (4,5 Millionen Mark) durch die Bundesregierung aufgebaut. Lediglich ein Teil der Hilfe dient der direkten Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, weil die nur möglich sei, wenn die Polizei allgemein funktioniere. Geplant sind die Effektivierung von Grenzkontrollen, Ausstattungshilfen zur Verbesserung der Mobilität und der Kommunikation der Polizei und die Erprobung operativ-taktischer Einsatzmittel. Daß die Bemühungen der Bundesregierung nicht nur auf die Rauschgiftbekämpfung zielen, sondern auch als strategische Vorbereitung für die Eindämmung der Migrationsbewegungen , wie in Berlin beschlossen, zu werten sind, belegen die eigenen, im August gemachten Ausführungen: »Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß aufgrund der Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern, die u.a. zu einer immer größeren grenzüberschreitenden Freizügigkeit von Menschen und Waren führt, in Zukunft eine engere Zusammenarbeit mit den Polizeien osteuropäischer Länder erforderlich sein wird. Hieraus kann sich zu einem späteren Zeitpunkt die Notwendigkeit weiterer allgemeiner polizeilicher AH für weitere Länder Osteuropas ergeben.«

Die Bundesregierung sichert ihr Verlangen nach Abschottung vor Flüchtlingen bilateral ab und verläßt sich dabei nicht auf die politischen Entscheidungen innerhalb der EG, die der Bonner Regierung nicht weit genug gehen. So wurde beim EG-Außenministertreffen am 4. November die deutsche Forderung nach einer Zusammenarbeit der EG-Polizei und Schaffung einer europäischen Zentralstelle der Kriminalpolizei (Europol) abschlägig beschieden, wie auch die Vereinheitlichung der Asyl- und Ausländerpolitik nicht durchsetzbar war.

Die Bereitwilligkeit vieler osteuropäischer Länder, eigene Vorteile mit der Beschneidung der Rechte anderer zu erkaufen, kommt der Politik der Bundesregierung sehr entgegen. So hat Polen sich bereits im März 1991 gegenüber den Mitgliedsstaaten des Schengener Abkommens verpflichtet, alle über Polen nach Westeuropa illegal eingereisten Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Wohin Polen dann die Flüchtenden abschiebt, bleibt ihm selbst überlassen. Hauptsache, die Mauer steht.

Mit der Verhinderung des Rauschgifttransfers entlang der »Balkanroute« wird ebenfalls die polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei begründet, die seit 1980 von der Bundesregierung betrieben wird. Wie jedes Mal, so wird auch 1991 dem Folterstaat eine beständige Besserung in Sachen Demokratisierung attestiert. Die parlamentarische Demokratie habe sich »gefestigt«, »beachtliche Fortschritte im Menschenrechtsbereich« seien erzielt worden. »Bei der Konzipierung der Ausstattungshilfe müssen gleichwohl die immer noch bestehenden Defizite erkannt und berücksichtigt werden« (Entwurf August 91). Systematische Folter von Gefangenen, der Krieg gegen die Kurden, deren Bombardierung im Irak und in der Türkei, die Ermordung von Oppositionellen, die Außerkraftsetzung bürgerlicher Freiheitsrechte durch das Anti-Terrorgesetz, das die straffreie Verfolgung von Oppositionellen durch staatliche Todesschwadrone ermöglicht, buchen die Liberalen im Auswärtigen Amt unter »Defizit« im Demokratisierungsprozeß. Die Hilfe für den Folterstaat soll sich vorrangig auf die Grenzsicherung konzentrieren und auf den Aufbau eines »Informationssystems«.

Tatort Afrika

Im afrikanischen Zaire wackelte im September das 26jährige Einparteienregime des Diktators Mobuto. Die Unnachgiebigkeit des »Despoten« (»FAZ«) gegenüber der sich seit langem formierenden Opposition hat zu riesigen Demonstrationen geführt und zu aufstandsähnlichen Unruhen. Ein Teil der Armee meuterte, marodierende Soldaten zogen durch die Hauptstadt Kinshasa. Vor allem europäische Ausländer flohen aus dem Land. Belgier und Franzosen entsandten Truppen, die bei der Massenflucht behilflich waren. Einheiten der Armee und der Mobuto-getreuen Präsidialgarde sorgten für zahlreiche Verhaftungen Oppositioneller und hinterließen Hunderte von Toten.

Etwa zur gleichen Zeit berieten die Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses im Bundestag über die Ende August fertiggestellte Vorlage des Auswärtigen Amtes, die eine Fortführung der Verteidigungshilfe in Höhe von 5 Millionen Mark für die Armee in Zaire vorsieht. Mobuto ist nicht nur ein alter Freund des Westens, sondern auch einer der Bundesregierung. Der international als Foltermeister bekannte Diktator hat seit 1978 bisher 28 Millionen Mark für die Aufrechterhaltung seines Regimes erhalten. Seit 1988 unterstützt die Bundeswehr ausschließlich die Armee in Zaire. In den Jahren davor wurde unter Federführung des Bundesinnenministeriums zudem die als Polizei fungierende Zivilgarde aufgebaut. Mitglieder der Repressionsapparate besuchten außerdem militärische Ausbildungskurse in der Bundesrepublik.

»Es liegt im westlichen und somit auch im deutschen Interesse, die Sicherheit und Stabilität Zaires zu erhalten und zu festigen. Unsere Ausstattungshilfe trägt hierzu bei«, formulierte das Auswärtige Amt 1988 als Begründung für die Unterstützung der Diktatur, die stets mit »das auf Mobuto zugeschnittene Herrschaftssystem« umschrieben wird.

Noch im August 1991 würdigt das AA den »von Mobuto Anfang 1990 eingeleitete(n) Demokratisierungsprozeß«, der zwar mit »zahlreichen Unwägbarkeiten« behaftet sei, aber immerhin: »In Menschenrechtsfragen müssen weitere Verbesserungen erzielt werden. Es bestehen jedoch hinreichend günstige Aussichten für künftige Fortschritte im Bereich der politischen Reformen und für Verbesserungen im Gebiet der Menschenrechte, um eine Fortsetzung der Ausstattungshilfe für Zaire vorzuschlagen.«

Angesichts der sich überschlagenden Ereignisse in Zaire konnte dieser Zynismus nicht aufrechterhalten werden. Die »stabilisierende« Verteidigungshilfe an Zaire mußte nach Beschluß der Abgeordneten im Oktober ausgesetzt werden. In Zaire hat die Opposition eine Gegenregierung ausgerufen. Frankreich und Belgien drängen auf den Rücktritt Mobutos. Es ist noch offen, ob Mobuto sich halten kann und die Bundesregierung in der Vergangenheit aufs richtige Pferd gesetzt hat.

Sollte es anders kommen, wird umgesattelt. So erging es Somalia und Sudan, zwei der Hauptförderländer der Bundesregierung, die von der Liste der Begünstigten gestrichen wurden. Selbst für die Hartgesottenen im AA dürfte es angesichts der dortigen Kriegswirren und Staatenauflösung schon technisch unmöglich geworden sein, die Hilfe abzuwickeln. Skrupel plagten sie nicht, wie die Aufzeichnungen von 1988 zeigen. So habe die Unterstützung der Armee im Sudan keinerlei Auswirkungen auf den brutalen Krieg der sudanesischen Armee gegen die Bevölkerung im Süden des Landes gehabt. In Somalia sei man angesichts des gespannten Verhältnisses mit Äthiopien ebenfalls vorsichtig gewesen und habe nicht die Armee, sondern die Polizei unterstützt, um die Stabilität des Landes zu erhalten. Geklappt hat es nicht. Der Zusammenbruch kam von innen.

Die Argumente für die Begründung der Militär- und Polizeihilfe an afrikanische Diktaturen und Einparteienregime sind beliebig, wechselnd und korrespondieren nur selten mit der Realität in den jeweiligen Ländern. So wurde die seit 1969 praktizierte Hilfe für Mali 1988 noch mit der engen Verbundenheit mit Präsident Traore begründet, nach dessen Sturz im März 1991 durch den Oberstleutnant Toure wird die Fortsetzung der Förderung der Armee in Mali mit der positiven Entwicklung nach dem Putsch gerechtfertigt. Im Falle Malawis kommt das spezielle Demokratisierungskonzept des AA zum Tragen: »Die Fortsetzung der Ausstattungshilfe wird vor dem Hintergrund befürwortet, daß den malawischen Streitkräften in dem nach dem Ausscheiden des über 90-jährigen malawischen Präsidenten möglichen Machtvakuum eine entscheidende Stabilisierungsaufgabe zukommt.« Das sahen die Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses anders. Die Hilfe an Malawi mußte eingestellt werden.

Von beachtlicher Überzeugungskraft ist die Begründung für die Hilfe an die marokkanische Armee, die – so wird stets beteuert – »nicht als indirekte Unterstützung Marokkos im West-Sahara-Konflikt interpretiert werden« könne, denn die Bundesregierung habe sich im West-Sahara-Konflikt »stets neutral verhalten«. Wohl bewogen durch die aktuelle Entwicklung, die bis zur Einschaltung der UNO für eine eventuelle Verhandlungslösung ging, fügt die Bundesregierung 1991 zusätzlich an: »Die vorgesehene Reduzierung des Finanzrahmens um 6 Millionen gegenüber dem Programm 1988-90 ist sinnvoll; eine Einstellung unserer langjährigen Ausstattungshilfe stünde jedoch mit unserer neutralen Haltung nicht im Einklang; sie könnte vielmehr als Parteinahme verstanden werden und evtl. den Kräften in Marokko Auftrieb geben, die sich gegen ein Referendum aussprechen.« Diese Formulierung aus dem August-Entwurf mußte das AA revidieren. Im Oktober gibt das Ministerium seine Vorbehalte gegen Marokko zu Protokoll, weswegen die Förderung 1993 beendet

werden soll.

Tatort Lateinamerika

Ist in Afrika vorwiegend das Bundesverteidigungsministerium mit der Umsetzung der Militärhilfe beauftragt, tritt in Lateinamerika das Bundesinnenministerium in den Vordergrund. Unter dem Motto »Rauschgiftbekämpfung« wird es der Bundesregierung erstmals gelingen, via BKA in die Polizeiapparate von Uruguay; Peru, Kolumbien, Ecuador, Bolivien und Brasilien einzudringen. War es noch vor Jahren politisch inopportun, mit den von Todesschwadronen durchsetzten Sicherheitsapparaten in Lateinamerika offiziell zusammenzuarbeiten, so steht dem nach den vielbeschworenen Demokratisierungsprozessen in diesen Ländern nichts mehr im Wege, wenngleich die Sicherheitsapparate niemals gesäubert wurden (Brasilien, Uruguay, Bolivien) oder sich noch heute durch ihr mörderisches Vorgehen auszeichnen (Peru, Kolumbien).

Trotz des Desasters, das das BMI mit der 1986 bewilligten Polizeihilfe an Guatemala erlitt – Mitarbeiter des BKA in Guatemala berichteten, daß die korrupte und von Killern durchsetzte guatemaltekische Polizei nicht »partnerfähig« sei – , scheint das Interesse an polizeilicher Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Staaten unaufhaltbar.

Nicht nur im BKA liegen die Rauschgift- und die Terrorismusbekämpfung nah beieinander, sind die Experten für diese Fragen häufig mit beiden Aufgabenfeldern betraut, sondern dies ist ganz besonders in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern der Fall. In Peru, das neben Kolumbien die höchste Anzahl von Menschenrechtsverletzungen aufweist, kontrolliert die Guerilla Sendero Luminoso einen Teil der Gebiete mit Kokaanbau und betreibt den Handel mit Kokapaste. Weder ist Peru das einzige Land noch Lateinamerika der einzige Kontinent, wo Guerillaorganisationen ihre Einkünfte aus dem Rauschgifthandel beziehen. Das Auswärtige Amt problematisiert weder die Überschneidung der Bereiche noch das repressive Vorgehen der häufig berüchtigten Antiterror-Einheiten. Zu Peru seien die Beziehungen »problemlos und freundschaftlich«. Geliefert werden sollen Kfz, Observationsfahrzeuge und Funkgeräte für die Polizei.

Den von Amnesty heftig kritisierten, staatlich zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien wird der Satz gewidmet: »Menschenrechtsverletzungen gibt es zwar weiterhin; die Regierung bemüht sich jedoch zunehmend um ihre Verminderung.« In Ecuador ist ein zentrales Ausbildungszentrum für Teilnehmer lateinamerikanischer Staaten geplant, auch soll die bereits 1990 gelieferten Datenverarbeitungsanlage ausgebaut werden. Daß ein Großteil der Aktivitäten mit der US-amerikanischen Antidrogenbehörde DEA koordiniert wird, die in fast allen Ländern tätig ist, liegt auf der Hand. An Informationsaustausch des BKA mit der DEA und anderen US-Einrichtungen wird es nicht mangeln.

Ob das Engagement des BKA in Lateinamerika im Antidrogenkampf effizient sein wird, kann durchaus bezweifelt werden, zumal ein Großteil der jeweiligen Regierungs- und Polizeistellen selbst ins Drogengeschäft verwickelt ist. Von Nutzen für das BKA werden jedoch die neuen Informationskanäle sein, und dies nicht nur auf dem Gebiet der Rauschgiftkriminalität, wie das Auswärtige Amt selbst anmerkt: »Die Vertiefung der Kontakte zu ausländischen Polizeien, die sich aus der AH-Zusammenarbeit ergibt, liegt grundsätzlich auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Bundesgebiet. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung der Kriminalität, vor allem auch in den Bereichen Terrorismus und Rauschgiftkriminalität, sind gute Kontakte zu ausländischen Polizeien für eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung im Bundesgebiet unverzichtbar.«

Fazit: Bis auf einige Streichungen im Länderkatalog setzt die Bundesregierung ihre Kriegs- und Polizeihilfe an Unrechtsregime in der Dritten Welt nicht nur fort, sondern erweitert den Kreis der Begünstigten auf die Länder Osteuropas. Selbst die baltischen Staaten sollen nicht leer ausgehen. Sie »profitieren« u.a. von der Streichung der Förderung an Zaire. Statt Restriktion ist Expansion angesagt. Um Kritik an dieser Politik nicht nur im Bundestag, sondern auch in der Öffentlichkeit zu begegnen, wurde eine Menschenrechtsklausel eingeführt, die in jeden Vertrag aufgenommen werden soll: »Parallel zu entsprechenden politischen Kriterien des BMZ für die Gewährung von Entwicklungshilfe wird das Auswärtige Amt künftig auch bei der Ausstattungshilfe darauf Wert legen, daß die Partnerländer, mit denen wir zusammenarbeiten, grundsätzlich die Menschenrechte achten, ihre Rüstungsausgaben in angemessenen Grenzen halten und Demokratisierungsbestrebungen nicht unterdrücken.«

Um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, erklärt das AA jedoch im Anschluß: »Unter den... Partnerländern des neuen Dreijahresprogramms befinden sich keine Staaten, bei denen es in letzter Zeit zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Den meisten von ihnen werden zwar im letzten Bericht von Amnesty International Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, das gilt aber unter anderem auch für Deutschland, Dänemark, Großbritannien und die Schweiz.«

Noch Fragen?

Konkret 12/91, S. 18

Micha Brumlik

Aktenkoffer statt Knarre

Die Madrider Nahost-Konferenz hat Ergebnisse gebracht, die ohne weiteres nicht mehr zu revidieren sind

Was den Menschen während des Mittelalters selbstverständlich und auch in der Neuzeit bis zum Wiener Kongreß stets ein Anlaß gespannter Aufmerksamkeit war, ist heute neu zu entdecken: daß Politik, internationale zumal, stets auch ein Akt repräsentativer Öffentlichkeit ist. In der repräsentativen Öffentlichkeit inszenieren sich Macht und Ohnmacht, Gut und Böse, Furcht und Hoffnung in einer präzise vorgeschriebenen Symbolsprache. Unabhängig von allem Feilschen, von allem Druck und allen Verhandlungen und Kompromissen hinter den Kulissen, wird vorne, auf der Bühne, unwiderruflich gezeigt, wer wie erscheinen, als was man anerkannt und worauf man verpflichtet werden möchte. Das Ritual repräsentativer Öffentlichkeit stellt bei aller Oberflächlichkeit zugleich ein Programm, ein eigentümlich verbindlich-unverbindliches Spiel dar, dessen Regeln, sind sie einmal akzeptiert, nicht mehr ohne weiteres umgestoßen werden können.

Unter diesem Blickwinkel hat die Madrider Nahost-Konferenz eine Reihe nicht trivialer Ergebnisse erbracht, die auch bei einer erwartbaren künftigen Klimaverschlechterung zwischen den Parteien nicht mehr ohne weiteres rückgängig gemacht werden dürften:

· Israel und die Palästinenser sind - zum ersten Mal seit der jüdischen Kolonisation Palästinas zu Beginn dieses Jahrhunderts - in formelle Anerkennungsverhältnisse zueinander getreten;

· Israel und Syrien sind genau deshalb nicht friedensfähig, weil zwischen ihnen kein substantieller Konflikt herrscht;

· ein möglicher Frieden in Nahost wird auf absehbare Zeit eine pax americana oder überhaupt nicht sein.

Die wütenden Proteste der muslimischen Fundamentalisten, das Aufbegehren der palästinensischen Hamasbewegung und die vor allem innenpolitisch instrumentierte Verweigerungskonferenz in Teheran haben deutlich werden lassen, welch wirklich revolutionären Gestaltwandel die Politik der palästinensischen Nationalisten durchgemacht hat, wie sehr der zeitbedingte Trikontmachismo noch eines Yasser Arafat den klassischen Formen bürgerlicher Diplomatie weichen mußte.

An die Stelle der umgeschnallten Knarre, die Arafat noch vor den Vereinten Nationen glaubte vorführen zu müssen, an den Platz der Phantasieuniform einer niemals wirklich bestehenden Armee sind heute bei den Palästinensern das Schneiderkostüm und das Aktenköfferchen getreten. Wo früher gehetzte und übermüdete Untergrundkämpfer, unrasiert und unausgeschlafen das Gesicht der palästinensischen Revolution repräsentierten, verbinden wir deren Programm heute mit der eleganten Erscheinung einer überlegen wirkenden Englisch(!)professorin und dem distinguierten Charme eines über siebzig Jahre alten Arztes. Hanan Aschrawi und Haider abdel Schafi, sie Christin, Angehörige einer großen Familie und im gleichen Alter wie die Führer der Guerilla; er Angehöriger der Generation und der Klasse einer Honoratioren-Bourgeoisie, die noch die Geburtswehen des israelischen Staates und das palästinensische Unglück von 1948 bewußt und selbst erlebte, verbinden bürgerliches Nationalgefühl mit kühl kalkuliertem Interesse. Die palästinensische Revolution ist verbürgerlicht, und darin besteht ihre einzige Chance, so sie je eine andere hatte. Daß sich der PLO assoziierte palästinensische Vertreter und jüdische Israelis - wenn auch jenseits der Kameras - die Hände gaben, zeigt im übrigen, daß, wer ein gemeinsames Problem zu lösen hat, eben auch miteinander verhandeln muß und geradezu dankbar ist, wenn eine auswärtige Macht, die USA, ihn dazu zwingt.

Die Vereinigten Staaten haben es den Vernünftigen unter Israelis und Palästinensern ermöglicht, ohne Gesichtsverlust miteinander erste Gespräche zu führen. Daraus sollte freilich niemand falsche Hoffnungen ziehen. Tatsächlich möchte die Regierung Schamir weder jetzt noch später auch nur einen Quadratmeter der Westbank preisgeben. Der rechtsgerichtete Zionismus des Likud vertritt bezüglich der Palästinenser der Westbank die These von den ‘Arabern des Landes Israel’, also eine letzten Endes panarabische These, die zum Entsetzen vieler Israelis während des Golfkrieges in der palästinensischen Parteinahme für Saddam Hussein ihren Ausdruck fand. Demnach erstreckt sich die arabische - im Unterschied zur jüdischen - Nation vom Atlantik bis zum persischen Golf, und es ist ihr zumutbar, daß ein kleiner Teil dieser (arabischen) Nation ihr Selbstbestimmungsrecht nicht dort ausübt, wo es lebt.

Daß die Araber des Landes Israel eine kommunale Autonomie erringen, ihren Stimmzettel für ein nationales Parlament indessen in Amman abgeben und damit unter israelischer Herrschaft lebende Bürger Jordaniens werden, ist das Verhandlungsziel der gegenwärtigen Regierung Israels. Auf diese Fiktion werden sich die Palästinenser aller Wahrscheinlichkeit nach einlassen müssen, wollen sie den ungebremsten israelischen Siedlungsprozeß erst einmal zum Stillstand bringen. Jüdische Israelis und arabische Palästinenser sind sowohl der Besatzung als auch des Krieges, des Unterdrückens und des Unterdrücktwerdens müde - sie werden sich auf eine vorläufig drittbeste Lösung einigen, weil ihnen schließlich das eigene Leben und die eigene Würde denn doch näher steht als der panarabische oder messianische Rock.

Jizchak Schamir war in den vierziger Jahren ein terroristischer, antiimperialistischer, nationalrevolutionärer Freiheitskämpfer wider die Briten. Sein Deckname ‘Michael’ erinnerte bewußt an die irische Untergrundarmee. Was womöglich von Syrien als Entlarvung gedacht war (Schamirs ‘Enttarnung’ in Madrid), könnte sich tatsächlich - gegen den Willen der Urheber - als eine verdrehte Form der Anerkennung entpuppen: Wie Schamir, so Arafat - wie Arafat, so Schamir! Daß die Staatsmänner von heute die Terroristen von gestern und die Terroristen von heute die Staatsmänner von morgen sind, brachte nicht erst die Entkolonialisierung zu Tage - realistisches politisches Denken seit Machiavelli hatte nie anderes im Sinn. Der Zynismus dieser Einsicht könnte aber dazu führen, in einem bestimmten Feld von Konflikten - nämlich in zwischenstaatlichen - friedensfördernd zu wirken.

Die mit dieser Einsicht einhergehende Entmoralisierung zwischenstaatlicher Konflikte macht es langfristig allen Beteiligten leichter, aufeinander zuzugehen. Aber: Weder Israel noch Syrien haben ein Interesse an Friedensverhandlungen. Jede Konzession Israels auf dem Golan würde Zugeständnisse Syriens im Libanon nach sich ziehen, jede Konzession Syriens in der Anerkennungsfrage würde Israels Position im südlichen Libanon schwächen. So betrachtet, stellt die Unnachgiebigkeit der Syrer für beide Seiten die bestmögliche Strategie dar.

So diente der syrische Eklat am dritten Tag der Konferenz den hegemonialen Ansprüchen Israels und Syriens gleichermaßen, weswegen sich die israelische Empörung auch in Grenzen hielt. In dieser Frage haben die USA Israel und Syrien gleichermaßen zum Feind. Ohne eine Befriedung des südlichen Libanon jedoch steht - nicht zuletzt wegen der dort ansässigen Palästinenser - jeder israelisch/palästinensische Ausgleich in Frage. Ohne die Bereitschaft der USA für einen entmilitarisierten Golan und einen ‘souveränen’ Libanon Sicherheitsgarantien und finanzielle Mittel bereitzustellen, wird der Friedensprozeß, der in seinen allerersten Anfängen steckt, ins Stocken geraten.

Aut pax americana aut nihil - wird die von sozialer Ungerechtigkeit, Armut und wirtschaftlichem Niedergang geschlagene US-amerikanische Nation die Bereitschaft für eine Außenpolitik aufbieten, die ihr selbst kaum zugute kommt, sondern nur Geld kostet?

Micha Brumlik ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Heidelberg und Abgeordneter im Frankfurter Stadtparlament - parteilos, seit er Anfang des Jahres aus Protest gegen ihre Weigerung, der Lieferung von Verteidigungswaffen an Israel zuzustimmen, die Grüne Partei verließ. Vor einigen Wochen ist im Junius Verlag (Hamburg) sein Buch »Weltrisiko Naher Osten« erschienen

Konkret 12/91, S. 20

Oliver Tolmein

Die rassende Reporterin

Als zwischen Hoyerswerda und Saarlouis Ausländerheime brannten und zehntausende Flüchtlinge um Leib und Leben zitterten, schickte der »Spiegel« seine mutigste Redakteurin an die Front: Zum Titelthema »Skinheads, Straßenräuber, Einbrecher - kapituliert die Polizei?« durfte Ariane Barth in einem endlosen Riemen den Terror beschreiben, den Banden von asozialen Roma-Kindern über einen Hamburger Stadtteil verbreiten

I

»Man fragt sich während des Lesens: Ist es möglich? Und das hier in Deutschland? Die Deutschen, die dort im Karolinen-Viertel leben müssen, können einem leid tun. Aber es sind halt 'nur' kleine Leute, die das ertragen müssen.«
Leserbrief an den »Spiegel«

Wenige hundert Meter Luftlinie von den Nobel-Passagen der Hamburger Innenstadt entfernt, liegen die Straßenzüge des Karolinen-Viertels. Von vielen der alten Häuser, ehemals Wohnstätten von Arbeitern und Tagelöhnern, blättert die Farbe; Wohnungen mit Kohleöfen und ohne Bad sind keine Seltenheit. Billige Mieten haben Studenten und Leute aus der Szene angezogen, viele alte Menschen konnten es sich leisten, hier zu bleiben. Seit etwa 15 Jahren leben auch etliche Roma, die aus dem serbischen Teil Jugoslawiens geflohen sind, im Karolinen-Viertel, in den letzten Wochen und Monaten haben viele ihrer Verwandten und Freunde hier Zuflucht gesucht.

Das Viertel war nie ein besonders ruhiges Quartier: Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Punks, Punks und Anwohnern, Anwohnern und Dealern gab es hier schon vor Jahren. Trotzdem haben sich im Lauf der Zeit immer mehr Geschäfte und Boutiquen angesiedelt, wurden hier Restaurants aufgemacht, über deren Küche man sich streiten kann, deren Publikum sich aber ungeheuer schick findet. Ein bißchen sozialer Brennpunkt, ein bißchen Alternativ-Idyll, ein bißchen Kiez - das Karo-Viertel ist ein Großstadt-Viertel wie andere vor dem Sanierungs-Kahlschlag auch. Spektakulär waren allenfalls die Praktiken, mit denen der Hausbesitzer Rabels versuchte, Profit aus seinen Häusern in der Laeisz-/Ecke Marktstraße zu schlagen, und der sich über zwei Tage ziehende knüppelgewaltige Polizeieinsatz, mit dem die instandbesetzten Häuser geräumt wurden, war denn auch der einzige Anlaß, der das Viertel in die Schlagzeilen bringen konnte.

So zumindest schien es, bis die »Spiegel«-Reporterin Ariane Barth kam, ins, laut Editorial des Hamburger Deutschland-Magazins, *ehedem kleinbürgerliche Hamburger Karolinen-Viertel, wo gewalttätige Roma-Kinder die meist älteren Einheimischen tyrannisieren. Aus Angst entwickeln die Deutschen »ungeheure Haßgefühle«, so daß auch »nette, pazifistische Leute so etwas wie eine Bürgerwehr« wollen**. Diese Information hat Ariane Barth ihrer Reportage zufolge von Horst Krigel, *eine Art Supermann von 1,93 Metern*: *Längst hat Krigel durchkalkuliert, was passieren würde, wenn er seine »Kollegas« aus der Antifa-Bewegung holen würde: »Dann fahren die Sippen von hier ins Krankenhaus ein. Aber Stunden später rücken die Zigeuner aus diesem Lager vom Stadtrand ein, wo neulich 10 von 100 Polizisten dermaßen was aufs Maul gekriegt haben, daß sie dienstunfähig waren. Notfalls machen die Zigeuner einen Rundruf in der Bundesrepublik, und dann haben wir hier innerhalb von zwei Tagen eine Hölle. Das kannst du vergessen.«*

Antifas, die sich überlegen, gegen Romas loszuprügeln, Polizisten, die gnadenlos zusammengeschlagen werden, die Vision eines Bürger-gegen-Roma-Kriegs im Karolinen-Viertel? Das will ich mir von Horst Krigel genauer erklären lassen. Aber dazu kommt es nicht. Der ehemalige Türsteher, *er wirkte schon als Aufpasser in der Gastronomie*, will nach dem »Spiegel«-Artikel mit der Presse nichts mehr zu tun haben. Am Telefon schimpft er lautstark über »dieses Geschmiere, das gut in den faschistischen Geist der Zeit paßt«. Daß er überlegt habe, Antifas zum Schutz der Deutschen gegen die Roma zu holen, sei »totaler Blödsinn, welche Antifa würde sowas wohl machen?«. Im Nachhinein bedauert er es, Ariane Barth überhaupt bei ihren Recherchen geholfen zu haben, »das passiert mir nicht nochmal«.

»Der Spiegel« lügt? Die Geschichte von bespuckten und getretenen alten Menschen, von sexuell belästigten Frauen und tyrannisierten Ladenbesitzern, von Zwist und Hilflosigkeit im Viertel - bloß ein böses Märchen aus dem Abendland?

II

»Warum absolviert unser Bundespräsident neben den nötigen Besuchen in Asylantenunterkünften nicht auch einmal einen Besuch bei den Deutschen im Karolinen-Viertel?«
Leserbrief an den »Spiegel«

Rainer Bachmann ist Galerist. Der »Spiegel« beschreibt ihn als einen *Alternativen mit Haarschwanz*, als einen Mann mit Zivilcourage, einen der wenigen, der den Roma-Kindern die Meinung sagt, wenn sie Frauen sexuell belästigen. Auch

Rainer Bachmann ist mit Ariane Barths Text nicht zufrieden: »Viel zu lasch«. Bachmann, der gleich einen kumpelhaften Ton anschlägt, klärt mich über die wirklichen, die größeren Gefahren auf, die im Viertel lauern: Die erwachsenen Roma sind viel schlimmer als die Kids, in Kinderwagen schieben sie Heroin durch die Gegend, in jeder Jackentasche von »denen da« wartet ein Springmesser, und die Kinder bespucken und treten alte Menschen nicht nur, sie schmeißen sie zu Boden und springen ihnen dann ins Kreuz, während die Erwachsenen drumherumstehen, »fett grinsen« und Morddrohungen gegen Deutsche ausstoßen. »Das Karolinen-Viertel war nie ein idyllisches Viertel, aber als früher die Punks hier in Scharen rumgemacht haben, da hat sich wenigstens noch jemand getraut, auch mal zu sagen: 'Schluß jetzt' und die rauszuschmeißen.« Bachmann, dessen vertrauliches »Du« wohl bedeuten soll, daß wir Deutschen eine Schicksalsgemeinschaft bilden, ist nicht zu bremsen. Von den Punks kommt er übergangslos aufs Asylrecht zu sprechen: Wenn er sich die Flüchtlinge so anschaut, findet er nicht, daß die allzu bedroht aussehen, und Opfer politischer Repression, die Vokabeln von früher gehen ihm, dem die Grünen mittlerweile zu chaotisch sind, noch leicht über die Lippen, also Opfer politischer Repression hat er sich immer ganz anders vorgestellt. Sein Resümee: »Wenn man überhaupt in diesem Zusammenhang von Verfolgung spricht, dann müssen wir über eine Deutschen-Verfolgung reden.«

Und über die Feigheit der Deutschen. Rainer Bachmann geht mit seinen Landsleuten hart ins Gericht: Ängstlich sind sie, ohne Courage, kaum jemand macht den Mund auf, die Linken lassen sich von den Zigeunern, »so nennen die sich schließlich selbst auch«, auf der Nase rumtanzen. Das wundert den Galeristen aber alles nicht, das Strickmuster ist bekannt, und die Roma sind nicht die ersten, nicht die einzigen und vielleicht nicht einmal die schlimmsten, die so mit den Deutschen umspringen. »Die Juden dürfen hier in diesem Land ja auch nicht kritisiert werden.« Aber Bachmann weiß, was sich gehört und was nicht, also flicht er an dieser Stelle kurz und übergangslos eine Distanzierung von jenem »Penny«-Markt-Chef ein, den der »Spiegel« mit dem Satz zitiert: *Was kann ich dafür, daß mir beim Anblick der Zigeuner der Gedanke an Gasöfen kommt.* »Sowas« findet Bachmann »natürlich ganz unmöglich«. Darum geht es ihm auch nicht. Er findet es nur skandalös, »daß die Juden in Palästina auf bestialischste Art und Weise Menschen abschlachten können, und da traut sich kein Deutscher, was dagegen zu sagen«. Rainer Bachmann - ein deutscher Galerist. Der Bundespräsident und er hätten sich wahrscheinlich viel zu erzählen.

III

»Langsam wackelt auch mein demokratisches Weltbild. Ich hoffe für mich und ganz Deutschland, daß der Artikel nicht ganz der Wahrheit entspricht.«
Leserbrief an den »Spiegel«

»In unserem Viertel leben doch keine Ausländerfeinde, das sind doch alles eher Linke.« Britta ist überzeugt, daß »Ariane«, mit der sie viele Stunden gesprochen hat, eine Linke ist. »Die hat auf ein Problem aufmerksam machen wollen - und ich finde, das ist ihr gelungen, wenngleich der Artikel etwas boulevardmäßig ist.« Das Problem ist in ihren Augen die Verrohung der Sitten im Viertel, die Übergriffe gegen alte Menschen, die sexuelle Belästigung, die sie selbst erlebt hat. Roma-Jungen hätten ihr »ficki-ficki« hinterhergerufen, sie sei angepöbelt (»was du für geile Titten hast«) und angetatscht worden. Über ihre Reaktion (sie hat einen Jungen, der sie angemacht hat, als »Kanake« beschimpft) und die Nicht-Reaktion ihres Freundes Andreas kam es zum Streit zwischen den beiden.

Britta wünschte sich ihren Freund, 'groß und stämmig, wie der ist', als Beschützer, doch auch als wehrsamen Bürger, der für den Erhalt sozialer Formen gegenüber den Roma eintritt: 'Die halten uns ja für doof und reizen alles aus, und wir machen nichts, weil wir alle liebe Menschen sind, das nutzen die knallhart aus.' Die kleinen Zigeuner kitzelten heraus, daß sich Andreas, jedenfalls für Britta, als 'schwacher Mann' erwies. Vor ein paar Wochen trennte sie sich von ihm. Andreas zog aus der Wohnung im Karo aus.

»Daß wir uns getrennt haben, hat damit nichts zu tun.« Und auch sonst ist Brittas Geschichte vom »Spiegel« dramaturgisch wirkungsvoll verkürzt und geschnitten worden. Daß sie beim allerersten Mal den Jungen, der sie angepöbelt hat, »Kanake« titulierte, stimmt zwar - daß sie das nie wieder getan hat, und warum nicht, kommt im »Spiegel« nicht vor. »Ich habe damals, das war vor über zwei Jahren, Kanake gesagt, weil ich mich so gedemütigt gefühlt habe, daß ich den möglichst tief verletzen wollte, deswegen habe ich ihn nicht nur als Mann, sondern eben als Ausländer beschimpft - das habe ich dann nie mehr gemacht.« Sie hat, heute wie damals, auch nicht nur darauf gewartet, daß ihr Freund endlich als Beschützer aktiv wird: »Ich bin nicht das graue Mäuschen, als das ich im Artikel wirke.« Sie hat sich schließlich selbst gegen die Anmache zur Wehr gesetzt und einem Roma-Jungen, der sie belästigte, Schläge angedroht. Seitdem, das war im Frühjahr, hat sie Ruhe - bis jetzt zumindest.

Britta findet die Aggressionen, die die Roma-Kinder gegen alte Menschen entwickeln, viel bedrohlicher als die Anmache, die sie erlebt hat: »Ich habe mich auch nie so gefühlt, daß ich mich jetzt mit Tränengas oder sowas bewaffnet hätte.«

Wie die Situation im Viertel zu verbessern wäre? Britta guckt ein wenig ratlos aus dem Fenster. Daß die Roma vertrieben werden, »Ausländer raus oder so«, das will sie nicht. Aber sie sieht die Roma auch nicht als Opfer staatlicher Politik. Vielleicht, meint sie, hilft es, wenn man sich einfach entschiedener wehrt, wenn man denen auch mal »in die Fresse haut«. So jedenfalls wie die Linken - »also links sind ja hier die meisten, aber die von der Karo-Ini sind ja mehr linksextrem« - sich das vorstellen, verständnisvoll und miteinander, gehe es jedenfalls nicht: »Auf dem letzten Stadtteiltreffen haben die lange rumdiskutiert, ob zwei Polizisten im Raum bleiben dürfen oder nicht - als ob das das Problem wäre.« Und dann: Kaffeetrinken und Feste mit den Roma feiern, mit denen reden - »das ist doch lächerlich, so nehmen die uns doch nie ernst«.

Keine zwei Minuten zu Fuß von Brittas kleiner Wohnung liegen der »Penny«-Markt und die Drogerie Schlitzer. Im »Penny«-Markt erklärt mir der stellvertretende Filialleiter - sein vom »Spiegel« zitierter Chef hat gerade Urlaub , daß er sich über Gasöfen keine Gedanken mache, die Zigeuner haben aber wirklich Ladenverbot und die Türken-Kinder, die klauen, auch. Woran er die erkennt, verrät er nicht: »Das wissen wir halt.« In der Drogerie von Aloys Schlitzer, 84, werde ich eher entnervt empfangen: »Schon wieder Presse«, stöhnt die Tochter hinter dem Laden-Tresen, die, wie ich aus dem »Spiegel« weiß, zur Verzweiflung ihres Vaters dort gar nicht mehr hilft. Ihren Auszug aus dem Viertel hat Ariane Barth mit feinem Sinn für Untertöne und Dimensionen einen *Exodus* genannt.

Weil sich die Roma-Kinder blitzschnell aus seinen Vitrinen bedienten, schloß er die Schiebescheiben mit Klebeband. Dann kamen sie in Gruppen zu kleinen Einkäufen und brachten ihn ganz durcheinander, damit sie klauen konnten. Inzwischen jagt er jedes dunkelhaarige Kind gleich aus dem Laden, was ihm heimgezahlt wird durch Wurfgeschosse.

Direkt hinter mir kommen zwei kleine Roma-Jungen in den Laden. »Das da«, sie deuten auf die Wunderkerzen-Packungen, und einer der Jungen hält zwei Finger hoch. Aloys Schlitzer versteht nicht ganz, was und wieviel. Er öffnet die Schublade, stellt ein Flugzeug raus, »das?«, und eine Packung Seifenblasen, »oder das?«. Schließlich liegen die Wunderkerzen auf dem Tisch. »Fünfzig Pfennig«, summiert Schlitzer, der ältere der beiden Jungen, etwa neun Jahre alt, legt ein Zwei-Mark-Stück auf den Tisch, nimmt die Wunderkerzen und geht zur Tür. »Halt, halt«, ruft sie Schlitzer zurück und gibt ihnen ihr Wechselgeld. »Die sind nicht alle so, daß die klauen«, erklärt er mir, als die beiden draußen sind. »Aber doch viele«, wendet seine Tochter ein und empört sich über einen NDR-Fernsehbericht, in dem »nur Zigeuner befragt worden sind«. Eine etwa vierzigjährige Frau mit Cashmere-Schal und pelzbesetzter Jacke, die gerade einen Sack Vogelstreu erstanden hat, sieht das anders: »Meistens ziehen die Medien doch ziemlich über die Roma her, da ist es doch richtig, wenn sie auch mal zu Wort kommen.« Darüber und über die Frage, ob man den Roma helfen soll oder ob die sich zu benehmen haben, wird länger ergebnislos diskutiert.

Aloys Schlitzers Drogerie, seit 1930 im Viertel angesiedelt, ist auch ein Kommunikationszentrum. Draußen vor der Tür, es ist mittlerweile dunkel geworden, brennen fünf Kinder Wunderkerzen ab, ein Junge, knapp über zehn, ist enttäuscht, daß mein Motorrad keine 200 Sachen fährt. Über den »Spiegel«-Artikel sind sie alle empört: »Die hat Fotos von uns gemacht, und wir haben gedacht, die schenkt sie uns, und dann steht das auf einmal in der Zeitung.« Ein etwas älterer Junge meint, daß vieles stimme, »aber vieles eben auch nicht, und jetzt sind wir auf einmal schuld an allem Terror, der hier gemacht wird«. »Was soll das?« will auch ein etwa dreißigjähriger Roma von mir wissen, »ich sage doch auch nicht ‘Alle Deutschen sind so`, wenn mir welche Scheiß-Zigeuner hinterherrufen oder mich schlagen«.

Kurz gehe ich noch in die »Villa Massimou«, den von Ariane Barth beschriebenen Treffpunkt der *Schönen*, das *Schlemmerlokal des Viertels*: Hier hat mittlerweile das Team gewechselt - nicht aus Angst vor den Roma, sondern weil die Kundschaft für das teure Lokal fehlte. Die neue Besatzung versucht es jetzt mit niedrigeren Preisen und einer weniger aufwendigen Küche: »Als Kneipe halt, das paßt hier auch besser her«, erklärt eine Kellnerin. Um zur Entspannung der Situation im Viertel beizutragen, hängen nicht nur die aus Protest gegen den »Spiegel«-Artikel verfaßten Flugblätter der Karo-Ini aus, die Kneipiers haben auch angeboten, ihren Billard-Raum den etwas älteren Roma-Kindern zur Verfügung zu stellen, wenn eine Betreuungsperson dabei ist.

IV

»Wir wissen alle, daß Asylanten, also politisch Verfolgte, in der Regel anständige Leute sind. Mit den Schein-Asylanten erreicht uns jedoch ein starkes kriminelles Potential. Es ist sehr wichtig, daß der berechtigte Zorn leidtragender Einheimischer sich in den Medien artikuliert. Ansonsten passiert es, daß Menschen in die Hände klatschen, wenn kriminelle Rechte auf ihr Problem aufmerksam machen.«
Leserbrief an den »Spiegel«

»Selbstverständlich gibt es hier ziemliche Probleme im Viertel.« Auf eines weisen schon das Plakat und ein paar halbzerfetzte Spuckis am Eingang von Irinas* und Karlas* WG hin: »Warnung: Heroin-Dealer verpißt euch!« Manchmal, erzählt Karla, haben Drogenhändler im Hausflur ihre Geschäfte abgewickelt, und sie habe sich nicht mehr alleine

reingetraut. Etliche Frauen aus Szene-WGs hätten noch Schlüssel von Wohnungen außerhalb des Karos, wo sie übernachten könnten, wenn es sehr spät wird, manche würden auch anrufen, bevor sie nach Hause kämen, damit im Hausflur jemand auf sie wartet. Auch Anmachen, Tatschereien und Überfälle haben viele selbst erlebt oder von Freundinnen erzählt bekommen. »Wir haben uns überlegt: Wie machen wir was dagegen, ohne daß das in irgendeiner Art und Weise rassistisch wird?« Erst ein Treffen im Haus, dann Flugblätter für ein Stadtteil-Treffen, Planungen für ein Stadtteilfest für Ende November wurden schon lange vor dem »Spiegel«-Artikel in Angriff genommen. Vor allem wurden aber Gespräche mit den Roma selber geführt: »Für uns war klar, daß das zusammen gehen muß und nicht gegeneinander.«

Knotenpunkt für viele der Aktivitäten, von denen keine einzige von Ariane Barth auch nur zur Kenntnis genommen wurde, ist die Karo-Ini. Das kleine zweistöckige Haus liegt am Rande des Viertels, an der Theke gibt's Kaffee aus der Thermoskanne, keine Cola, dafür verschiedene Fruchtsäfte. Im großen Veranstaltungsraum versucht eine Frau die Düsternis mit weißer Wandfarbe zu bekämpfen. Hier treffe ich Irina*, Bettina*, Miriam* und Klemens*: Seit Veröffentlichung des »Spiegel«-Artikels haben sie ihre Aktivitäten vervielfacht. Ein internationaler Stammtisch ist eingerichtet worden, ein Spielnachmittag mit Roma-Kindern, aber auch ein Einkaufsdienst für alte Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels, die Angst haben, alleine nach draußen zu gehen.

Seitdem es persönliche Kontakte mit den Roma gibt, hat sich die Situation spürbar entschärft, meinen die Frauen. Sexuelle Übergriffe, wie sie im »Spiegel« beschrieben werden, gebe es seitdem nicht mehr, und auch die Attacken gegen alte Menschen, die der Artikel beschreibe, seien alle älteren Datums. »Aufdringliches Mackerverhalten« nervt aber trotzdem noch, meint Irina. »Aber das ist nicht typisch für Roma, sondern verstößt im Gegenteil gegen ihre eigenen Traditionen - es ist das charakteristische Verhalten von Deklassierten in einer Ghetto-Situation«, antwortet Miriam, und Bettina hofft, daß mit »parteilicher Jungenarbeit« langfristig etwas geändert werden könnte: »Aber es finden sich auch keine deutschen Typen, die bereit wären, antisexistisch mit den Romas zu arbeiten, damit die kapieren, daß sie mir nicht `alte Votze' hinterherrufen können.«

Die Selbsthilfe ohne Bürgerwehrcharakter, das Theaterprojekt mit Roma-Jugendlichen im »Theatron«, das Engagement der örtlichen Grundschule, in der auch mit Dolmetschern experimentiert wird, die Aufstockung der Sozialarbeiter-Stellen für die Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel und die Einrichtung eines betreuten Abenteuerspielplatzes, die in Zusammenarbeit mit der »european playworkers association« projektiert worden ist, sind im Karo-Viertel, das bisher über keinen Jugendtreff und kaum irgendwelche gemeinnützigen Einrichtungen verfügt, dringend notwendig. Grundlegend kann die Verbesserung und Intensivierung von Sozial- und Gemeinwesenarbeit und pädagogischer Betreuung die Situation im Karo-Viertel nicht verändern - darüber sind sich die Leute von der Karo-Ini einig.

Etliche der neu ins Viertel gezogenen Roma kommen aus Nordrhein-Westfalen. Nachdem Innenminister Schnoor seine Zusage für ein Bleiberecht zurückgezogen hatte, blieb ihnen die Wahl, ins Bürgerkriegsland Jugoslawien zurückzukehren oder in ein anderes Bundesland zu fliehen. Im Karo-Viertel hatten manche Verwandte. So lange sie und andere Roma in völlig ungesicherten Verhältnissen leben, viele nur mit dem ausländerrechtlichen Status der »Geduldeten«, solange sie von einem Tag auf den anderen damit rechnen, daß ihnen die Aufenthaltserlaubnis entzogen wird oder sie abgeschoben werden, solange sie ohne Geld und ohne Chance auf Arbeit leben müssen, werden sich viele auch an die Umstände anpassen. Sie haben nichts zu verlieren. Die schnelle Mark mit Drogen bietet ihnen wenigstens die Chance, ein bißchen was zu gewinnen.

Und auch das Engagement der Deutschen für die Roma wird nicht aus der Sackgasse herausführen. »Wirklich weiter kommen wir nur, wenn Leute aus dem Ghetto selber die Initiative in die Hand nehmen und zusammen mit ihren Leuten etwas ent wickeln«, resümiert Miriam ihre langjährige interkulturelle Arbeit und verweist auf Erfahrungen von Latinos und Schwarzen in den USA. Sie hält auch weniger die Anpassung der Roma an die deutschen Normen für wünschenswert als vielmehr die Wiedererlangung eines kulturellen Selbstbewußtseins. »Die Roma brauchen autonome Räume«, fordert auch Irina und meint damit mehr als die 50 Quadratmeter Kellerraum, die den Roma-Kindern mittlerweile von der Stadtentwicklungs-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

Ein erster Ansatz in diese Richtung ist die Gründung eines Selbsthilfe-Vereins der Roma im Frühjahr dieses Jahres - und die Idee der zum allergrößten Teil aus dem serbischen Nigotie kommenden Roma, einen Lehrer von dort, der über einige Autorität in den Familien verfügt, nach Deutschland zu holen, damit auch die Roma-Kinder, die bisher nicht in die Schule gehen - auch, weil sie's nicht dürfen , die Möglichkeit haben, wenigstens Lesen und Schreiben zu lernen. Eine kleine Delegation ist Anfang November nach Jugoslawien geflogen, um mit dem Lehrer Verhandlungen aufzunehmen. Der ist bereit, nach Deutschland zu kommen - wenn seine Landsleute bereit sind, seine Arbeit zu unterstützen.

V

»Die Redakteurin Ariane Barth beschränkt sich auf die Darstellung besonders sensationell verwertbarer Aspekte (Bandenkriminalität, sexuelle Übergriffe auf Frauen, Bürgerwehr), wobei sie durch ihre stigmatisierende Wortwahl für

Roma (Sippe, Rotte, Scharen, Irrwische, Rabauken, Räuber etc.) bei den LeserInnen ein emotionales Klima des rassistischen Hasses zu erzeugen vermag, in welchem ein Umgang mit diesen primär sozialen Problemen jenseits von Bürgerwehr und Staatsgewalt kaum möglich erscheint.«
Leserbrief an den »Spiegel«, den dieser nicht veröffentlicht hat

Die Polizei kann die Situation im Karo-Viertel laut »Spiegel« nicht *grundlegend verändern*. Immerhin scheinen die Beamten der Wache 16 aber bemüht, zu tun, was sie können - und das keineswegs nur mit repressiven Maßnahmen, sondern z.B. auch mit einer *sozialen Einsatzreserve:* Dem *Polizeioberkommissar Sönke Harms, 30, der in einer beeindruckend gelassenen, doch auch bestimmten Art mit den Roma zu reden versteht*. Aber auch der Revierführer der Wache, der Erste Polizeihauptkommissar Dieter Suckert, *ist ein bedachtsamer Mann, er weiß aus internationalen Untersuchungen, daß die althergebrachte Methode, Polizeipräsenz zu demonstrieren und jedem fremdländisch aussehenden Menschen den Ausweis zu kontrollieren, ein heißes Viertel nicht kalmiert, sondern erst recht zum Kochen bringt.* Daß Suckert das Benehmen der Roma in leichter Abwandlung des NS-Begriffs »gemeinschaftsfremd« als *gemeinschaftsfeindlich* charakterisiert, kann die Reporterin des »Spiegel« nicht stutzig machen.

Ob Polizeioberkommissar Sönke Harms einer der sechs Beamten ist, die teils in Uniform, teils in Zivil an meinem ersten Recherche-Tag im Viertel aus einem VW-Bus das Treiben auf dem Platz vor der Drogerie Schlitzer beobachten, weiß ich bis heute nicht. Auf meine Frage, was sie denn da täten, beschied mich die Einsatz-Crew, das gehe mich garnichts an. Trotz (oder wegen) meines Presseausweises waren sie weder bereit, ihre Namen, noch, wozu sie verpflichtet gewesen wären, ihre Dienstnummern zu nennen: »Mach dich vom Acker!« Eine Viertelstunde später kommt ein freundlicher Uniformierter auf mich zu und informiert mich, jetzt auf einmal ungefragt, »ganz vertraulich«, daß der Einsatz »rein garnichts mit dem »'Spiegel'-Artikel« zu tun habe.

Wenige Tage später begegne ich, es ist schon dunkel, erneut einer Gruppe von Zivilbeamten: Diesmal brauche ich nicht zu fragen - ich sehe, wie sie zwei Jugendliche und ein Kind in Handschellen abführen. Im Nu leuchtet mir einer der Beamten ins Gesicht: »Wir kennen uns doch. Woher wissen Sie von dem Einsatz?« Zwei seiner Kollegen verdrücken sich, ohne ersichtlichen Grund, in einen Hauseingang. Eine Frau, die dort steht, wird rüde beiseitegedrängt. Inzwischen ist ein Gefangenen-Transporter mit Blaulicht angekommen. »Los, los, los!« Die Truppe zerrt die drei Festgenommenen in den Wagen, die Beamten aus dem Hauseingang verschwinden über die Straße.

Einen weiteren Polizeieinsatz bald darauf habe ich nicht miterlebt: »Razzia im Cafe / Polizei machte Jagd auf Roma im Karoviertel«, teilte die »taz« mit. Neun Menschen, auch diesmal wieder einige Kinder, wurden festgenommen. »Wegen Drogenbesitz«, so die offizielle Begründung. Gefunden wurde allerdings nur bei einer Person eine geringe Menge Haschisch. Ein Roma behauptet, auf der Wache zusammengeschlagen worden zu sein. Michael Herrmann, Ex-GALier und seit längerem für die Roma engagiert, hat Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt.

Wenn man sich auf die Marktstraße stelle und beobachte - »und Zivilbeamte von der Wache 16 tun das seit längerem und mittlerweile immer häufiger« - könne man ohne allzu große Probleme sehen, wer deale und wer nicht, meint Michael Herrmann. Ein Großeinsatz, bei dem neun Roma festgenommen werden, und zwar welche, die keine Drogen, dafür aber gute Kontakte mit Stadtteil-Aktivisten haben, werfe zumindest die Frage nach der Zielrichtung der Polizei-Arbeit im Viertel auf. Leute, die tatsächlich dealten, würden nämlich kaum verhaftet, »und wenn, dann stehen die zwei Stunden später wieder da«.

Das Interesse der Polizei an Deeskalation stellen auch andere in Frage. Eine Anwohnerin berichtet, daß die Polizei lange Zeit überhaupt nicht gekommen sei, wenn Leute aus dem Karo-Viertel sie, aus welchem Grund auch immer, gerufen hatten. »Das macht Menschen natürlich angst, wenn sie um Hilfe bitten, und dann kommt niemand.« Um im Viertel zu observieren, Leute zu fotografieren oder am Rande des Karos mit zum Teil merkwürdigsten Begründungen zu verfolgen und festzunehmen, sei zur gleichen Zeit stets genug Personal einsatzbereit gewesen. Das bestätigen auch Autonome, die sich zusammen mit Leuten von der Roten Hilfe seit einiger Zeit mit Übergriffen und Aktionen speziell der Wache 16 beschäftigen, die für das Karo- Viertel zuständig ist. Anzeigen wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung, wegen Meineids und rechtswidriger Einsätze gibt es gegen die Beamten der Wache 16 zuhauf. Obwohl die Verletzungen der in den Polizei-Zellen festgehaltenen Personen meist durch ärztliche Gutachten bestätigt wurden, sind bisher kaum Polizisten vor Gericht zur Rechenschaft gezogen worden. Bei Polizei-Kritikern ist die Wache 16 als »Prügelwache« verschrieen - vor allem die sogenannte E-Schicht, die auch öfters im Karo-Viertel zum Einsatz kommt, ist berüchtigt.

VI

Das Foto im »Spiegel«-Editorial zeigt die Reporterin Barth im Einsatz: Den Arm um drei Roma-Kinder gelegt, lächelnd. Sie hat den Kindern Telespiele geschenkt, sie hat sie zum Essen eingeladen - »sie hat ihr Vertrauen erschlichen, hat Hoffnungen geweckt und sie dabei einfach nur schamlos ausgenutzt«. Christa Kimmich, seit Jahren in der Stadtteil-Arbeit

aktiv, wird heute noch wütend. Zumal Kinder, die einen großen Teil ihrer Zeit auf der Straße leben, wenn sie plötzlich so hofiert werden, natürlich versuchen, ihre Geschichten so interessant und gefährlich wie möglich erscheinen zu lassen, und miteinander um die tollsten Stories konkurrieren. Christa Kimmich hat Ariane Barth auch darauf angesprochen. Und die Antwort hat sie, verärgert wie sie war, mitgeschrieben: »Als ich ihr sagte, daß sie die Kinder mit Geschenken `kauft', meinte sie: `Was kann ich dafür, daß ich aus reichem Hause komme?' Und weil sie ein Interview mit mir machen wollte, habe ich sie nach dem Ziel gefragt, daß sie mit dem Artikel verfolgt. Da meinte sie doch glatt: `Der Spiegel verfolgt keine Ziele.'«

Nicht nur die Auslassungen, die leichten und groben Verfälschungen, der zum Tenor des Artikels passende Titel »Skinheads, Straßenräuber, Einbrecher - kapituliert die Polizei?«, nicht nur *was*, sondern auch *wie* Ariane Barth schreibt, straft dieses Lippenbekenntnis des objektiven Nachrichtenjournalismus Lügen. *Um ihr silberweißes Haar bindet sie ein Kopftuch, womit sie den gewohnten Anblick eines Weibelchens aus dem Rotkäppchen-Wald bietet,* beschreibt sie eine alte, deutsche Frau, Elsbeth Kurs, die beraubt wird von *Kindern mit schwarzbraunen Haaren und dunklen Augen.* Der Briefkasten von Elsbeth Kurs hat nicht einfach eine Tür, es ist ein *Türchen..., durch Spuren von Aufbrüchen und Postplünderungen verunstaltet.* Die Deutschen werden mit sentimentaler Traurigkeit als vereinzelte Opfer beschrieben, sie werden wortreich als *beklemmt*, *bedrückt*, allenfalls noch als *bedachtsam* charakterisiert, sie fliehen, haben Angst, grämen sich oder sind zermürbt. Roma dagegen sind Masse, *riesige Sippen mit Scharen von Kindern*, sie erlernen keine sozialen Verhaltensweisen, sie werden *infiziert*. *Irrwische jagen umher*, *kreischendes Leben erfüllt den Platz*, die Kinder treten als *Traube* auf, oder gar als *`delinquente' Traube*. Die Sprache reproduziert die Klischees, wie der Aufbau des Artikels die Stereotypen verfestigt: *Alteingesessene arme Leute* gegen rabiate *kleine Fremdlinge*, als hilf- und wehrlos beschriebene Frauen gegen aggressive Jungen. Kein Wunder, daß auch ein scharfer Roma-Kritiker auftritt, der nicht nur *im Prinzip große Sympathien für die Roma* hat, sondern sogar noch darauf verweisen kann, daß einige seiner besten Freunde... nein, in diesem Fall ist der Vater seines Halbbruders ein Roma.

Nachdem ich knapp drei Wochen immer wieder über Ariane Barth und ihren Text gesprochen habe, möchte ich gerne einmal mit ihr selber reden. Ein Anruf genügt: »Nein, nein, ich möchte nicht mit Ihnen über meine Geschichte sprechen. Es ist nicht meine Art, einen Text von mir zu kommentieren.« Dann spricht sie aber doch mit mir und klärt mich in fünf Minuten, ohne daß eine Pause für eine Zwischenfrage geblieben wäre, über »Hintergründe« ihrer Arbeit auf. Damit ich das wenigstens weiß. »Nur daß wir uns recht verstehen: Zitieren dürfen sie von dem, was ich Ihnen gesagt habe kein Wort.« Ariane Barth traut Journalisten eben nicht. Sie weiß schließlich, wie sie arbeitet.

*Kursiv gesetzte Passagen stammen aus dem »Spiegel« Nr. 42/91

* Namen von der Red. geändert

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 11/91 über Rechtsextremismus in der DDR

Konkret 12/91, S. 23

Thomas Ebermann; Rainer Trampert

»Zum Beispiel Grenzkontrollen«

Warum die DKP - doch, doch, gibt's noch - glaubt, die deutsche Arbeiterklasse vor der »Einwanderungswelle« in Schutz nehmen zu müssen. Ein Nachtrag zu »Zum Städele hinaus ...« in KONKRET 11/91

Neue Argumente gegen den Rassismus, wie er von großen Teilen der sich selbst »links« Nennenden vorgetragen wird, sind uns nicht eingefallen. Aber das Dokument der »DKP zur Asylpolitik«, abgedruckt als Aufmacher der »UZ« vom 18. Oktober, möchten wir gerne noch zur Kenntnis bringen.

In ihm wird eine Ursache für »ausländerfeindliche Stimmung unter weiten Teilen der Bevölkerung« genannt. Weitere Ursachen bleiben unerwähnt, was kein Schaden, weil schon die eine zum Kotzen ist: »Eine Ursache liegt sicher darin, daß die Folgelasten der Einwanderungswelle« (man hat sich für Welle entschieden, nicht für Flut oder Schwemme) »der vergangenen Jahre die Bevölkerung und hier vor allem die ärmeren Teile zu tragen haben. Sie bekommen keine Wohnung« (= Folgelast der Welle). »Sie zahlen immer höhere Steuern und Abgaben« (= auch Folgelast der Welle) »und leiden unter dem Lohnabbau.«

Die DKP hat aber keineswegs nur Verständnis für Rassismus (pardon: der Begriff kommt natürlich nicht vor), sondern auch konkrete Kampfziele anzubieten: »Die Erklärung der Bundesrepublik zum Einwanderungsland - viele Linke und Demokraten fallen auf diese Verschleierung aus ökonomischen Interessen des Kapitals herein , löst keine der Ursachen für Ausländerfeindlichkeit und Verarmung.« Im Gegenteil, da die vielen Ausländer die Ursache der Ausländerfeindlichkeit und der Verarmung sind, »sollte man dieses dicht besiedelte Land« (Volk ohne Raum?) »nicht zum Einwanderungsland erklären, nicht zuletzt und vor allem im Interesse der Ärmsten der Armen.« (Ach, deren Interesse verficht Helmut Kohl also gerade!)

Weiter: »Dies ist eine Forderung gerade auch im Interesse« (gemeint ist wohl das berüchtigt 'objektive') »jener Asylbewerber, Aussiedler usw., die am schlimmsten davon betroffen wären. Ihre Situation würde sich weiter drastisch verschlechtern.« (Die Drohung ist unüberhörbar!) So argumentiert bekanntlich auch Schönhuber, der ja auch immer wieder das - von ihm definierte - Interesse »fremder Völker« ins Spiel bringt. Was in diesem Punkt die DKP von den Republikanern unterscheidet, ist, daß letztere auch mit praktischen Vorschlägen nicht geizen, während die DKP die technokratischen Lösungen den Herrschenden überlassen will: »Es ist nicht die Sorge der DKP, administrative Lösungen vorzuschlagen, zum Beispiel die Verschärfung der Grenzkontrollen etc.« (ein Satz, der andeutet, wie weit die »interne Debatte« ging). Natürlich ist es erst recht nicht Sorge der DKP, administrative Lösungen abzulehnen - das ist höchstens eine Sorge, mit der sich die »Einwanderungswelle« rumzuschlagen hat.

Um die DKP nicht ins falsche Licht zu rücken: Die Partei will nicht alle hier lebenden Ausländer rausschmeißen. Sie hat sogar festgelegt, wer hierbleiben und am staatsbürgerlichen Leben teilnehmen dürfen soll. Nicht alle, aber immerhin der, der »in diesem Land jahrelang seine Haut zu Markte getragen hat, Knochenarbeit geleistet hat« (das ist Minimum), »ausgebeutet worden ist« (darunter läuft gar nichts), »muß alle Rechte deutscher Staatsbürger wahrnehmen dürfen. Dazu gehört selbstverständlich auch, daß die Kinder und Frauen in Deutschland leben können.« (Aber haltet uns die entfernteren Verwandten vom Hals!)

Und noch eines sei erwähnt, quasi zum Trost derer, die die DKP nicht in unser dicht besiedeltes Land lassen will: »Ziel unserer Asylpolitik bleibt deshalb vor allem die Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.« So bleibt das Ziel eine Forderung. Das richtet keinen Schaden an. Jeder weiß, daß die Forderung nicht erfüllt werden wird; weiß dafür nicht, was eine »gerechte Weltwirtschaftsordnung« ist, aber ahnt, daß die DKP nichts dulden wird, was hierzulande als Begründung für Wohnungsnot, Steuern, Abgaben oder Lohneinbußen herhalten könnte. Wenn so die »neue Weltwirtschaftsordnung« gestrickt ist, wird das deutsche Proletariat keine Einwände haben. Sonst doch.

Übrigens: Daß Einwanderung (insbesondere die unreglementierte) die »Ursachen für Ausländerfeindlichkeit und Verarmung« (DKP) nicht löst, ist richtig. Genauso richtig ist, daß man weder die Ausbeutung der »Dritten Welt« beendet noch die Bundesregierung stürzt, weder die Kriegstreiber entwaffnet noch die Arbeitsplätze im Kohlebergbau rettet - wenn man einem Anhänger dieser DKP-Position eins in die Fresse haut. Im Gegenteil, man würde sich mit einer ganz und gar abseitigen Angelegenheit befassen... aber keinen Falschen treffen.

P.S. Das alles ist nicht neu. Im, wegen des dortigen Wahlerfolgs als vorbildlich gehandelten, Kommunalwahl-Programm der DKP für Bottrop hieß es bereits im Sommer '89: »Wir wenden uns gegen die heute übliche Praxis, daß Sozialwohnungen in erster Linie Aussiedlern zur Verfügung stehen.«

Konkret 12/91, S. 26

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« II

Aus den Schlagzeilen sind sie längst verschwunden, aber die Angriffe auf Ausländer und ihre Unterkünfte sind auch in den letzten vier Wochen weitergegangen. Fortsetzung einer unvollständigen Chronik

Donnerstag, 10.10.1991

Im Übergangswohnheim für russische und polnische Übersiedler im Kreis Herfeld-Rothenburg wird eine Bombenattrappe deponiert.

In der Nähe eines Wohnheimes bei Sontra/Werra-Meißner-Kreis fallen Schüsse. Später in der Nacht wird das Gebäude mit Steinen und Flaschen beworfen.

Ein Asylbewerberheim im Kreis Lübben wird mit Steinen angegriffen.

Ein Brandsatz wird auf ein von Asylbewerbern bewohntes Haus in Plattensee bei Hannover geworfen.

Maskierte versetzen die Bewohner eines Flüchtlingswohnheims in Hochheim/Taunus in Angst und Schrecken. Der Geistesgegenwart der Flüchtlinge ist es zu verdanken, daß nichts Schlimmeres passiert.

Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in der Nähe von Naumburg/Sachsen-Anhalt.

In Ense bei Soest brennt ein Asylbewerberheim aus. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

Auf zwei Asylbewerberunterkünfte im rheinischen Hürth-Fischenich werden acht Schüsse abgegeben. Sechs Projektile durchschlagen ein Fenster.

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Bonn-Poppelsdorf.

In der Gemeinde Erntebruch/Kreis Siegen werden Steine gegen drei Wohnwagen geworfen, in denen Asylbewerber untergebracht sind.

Brandanschlag auf das Auto einer Ausländerin in Künzell bei Fulda.

Freitag, 11.10.

Zwei Skinheads werfen eine Fensterscheibe in einem Ausländerwohnheim in Rangsdorf/Kreis Zossen ein.

In Erlensee bei Hanau bewerfen drei junge Deutsche einen Asylbewerber mit Steinen.

In der Saarbrücker City wird ein Nigerianer von einem 19jährigen Deutschen zusammengeschlagen.

In Saarbrücken wird ein Flüchtling aus Sri Lanka nach eigenen Angaben nach Verlassen eines Busses entführt, betäubt und auf Bahngleise geworfen. In der Nähe der Gleise wird er abends von der Polizei gefunden. Blutspuren weisen nach, daß er von einem Zug überrollt worden sein muß. In einer Notoperation wird der rechte Oberschenkel amputiert.

Samstag, 12.10.

In Biebergemünd/Main-Kinzig-Kreis versuchen sechs Männer, in ein Flüchtlingswohnheim einzubrechen.

Bei einem Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Gebäude in Kaufbeuren springen zwei türkische Familien in Panik aus dem Fenster. Vier Türken werden schwer verletzt.

Brandanschlag auf eine Ausländer-Wohnunterkunft der Siemens AG in Greifswald. Die vietnamesischen Bewohner können das Feuer löschen.

Bei einer Schlägerei zwischen 50 Skinheads und Türken in Geesthacht/Schleswig-Holstein werden zwei Personen verletzt.

In Brandenburg überfallen Rechtsradikale zwei Ausländerwohnheime.

30 rechtsradikale Jugendliche schlagen in Greifswald einen marokkanischen Studenten zusammen. Er erleidet mehrere Platzwunden am Kopf und Brüche zweier Finger.

Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in Mannheim.

Zwei Jugendliche verüben einen Anschlag auf ein Wohnheim für Flüchtlinge in Springe bei Hannover.

Sonntag, 13.10.

Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Immenstadt im Allgäu werden zwei Kurden schwer verletzt, als sie in Panik aus dem Fenster springen. Das Wohnheim wird vollständig zerstört.

In der S-Bahn von Rostock nach Warnemünde greifen Skinheads einen Uruguayer an und fügen ihm Stich- und Schnittwunden zu.

Drei Jugendliche bewerfen Asylbewerber mit Steinen und beschmieren ein Ausländerwohnheim in der Nähe Darmstadts.

In Mecklenburg-Vorpommern werden zwei Asylbewerberheime überfallen.

In Tornow/Kreis Altentreptow greifen 15 Maskierte ein Ausländerheim an. Sie schlagen Außentüren und Fenster ein und schießen mit Schreckschußpistolen.

Vor einem Flüchtlingswohnheim in Bad Karlshaven bei Kassel werden mehrere Schüsse abgegeben.

15 Skinheads greifen in Drebkau/Kreis Cottbus eine Unterkunft für Ausländer mit Steinen und Eisenstangen an.

Montag, 14.10.

Bei einem Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim in Oberteuringen am Bodensee wird ein Afghane aus dem Fenster des ersten Stockwerks gestoßen. Er bricht sich das Nasenbein.

Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Nienburg/Weser.

Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Pforzheim.

Tätliche Angriffe auf polnische Zoll- und Grenzbeamte in Ziegenort (Trzebiez) im Bezirk Stettin durch mehrere Jugendliche.

Drei jugendliche Skinheads prügeln und treten einen Vietnamesen in Berlin so, daß er sich tagelang in Lebensgefahr befindet. Der Überfall fand tagsüber auf einer belebten Straße statt, ohne daß jemand eingriff.

Im brandenburgischen Welzow beschießen etwa 30 Jugendliche Sowjetsoldaten mit Schreckschuß- und Gaspistolen. Als der diensthabende Posten zwei Warnschüsse abfeuert, ergreifen sie die Flucht.

Dienstag, 15.10.

Überfall auf die Lebensgefährtin eines Asylbewerbers in Ober-Mörlen/Wetteraukreis durch zwei Männer, die den Aufenthalt ihres Freundes erfahren wollen. Die Frau muß mit Schnittverletzungen im Krankenhaus behandelt werden.

Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden in Hückeswagen und Bergkamen/NRW.

Angriffe auf Asylbewerberheime in Troisdorf und Bochum.

In Sandesneben/Schleswig-Holstein werden Asylbewerber aus Bulgarien angegriffen.

In Wächtersbach/Hessen versuchen Jugendliche, auf dem Flachdach eines Asylbewerberheims Feuer zu legen.

Mitte Oktober

In Hochheim/Taunus wird die Wohnung des Priesters und Sprechers der bundesweiten AG »Pro Asyl« mit einem Pflasterstein beworfen. Im Briefkasten findet er ein Schreiben der »Aktionsgemeinschaft Novembersturm«, die auch für den Überfall auf das Flüchtlingsheim am 10.10. verantwortlich zeichnet.

Mittwoch, 16.10.

Brandanschlag auf ein Wohnheim für Asylbewerber in Kelkheim/Taunus.

In Lilienthal/Niedersachsen werden in einem Wohnheim für Flüchtlinge Fensterscheiben eingeworfen und Brandsätze in ein Haus geworfen, das von einer türkischen Familie bewohnt wird.

Brandstiftung in einem Mehrfamilienhaus in Bad Vilbel/Hessen, das vorwiegend von ausländischen Familien bewohnt wird. Fünf Personen türkischer und zwei syrischer Staatsangehörigkeit sowie ein deutsches Kind müssen wegen schwerer Rauchvergiftungen behandelt werden.

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Schwedt/Brandenburg.

Im Oranienburger Schloßhof in Potsdam wird ein Wohnheim für ausländische Arbeitnehmer mit Steinen beworfen.

Donnerstag, 17.10.

Brandanschlag auf eine Unterkunft von Asylbewerbern in Fulda.

Innenminister Diederich/Mecklenburg-Vorpommern gibt an, daß es seit Jahresbeginn 40 Angriffe auf Ausländerwohnheime gab. Dabei seien sieben Asylbewerber verletzt worden. Drei Ausländer seien auf offener Straße angegriffen und verletzt worden.

In einem Vorort von Kassel/Hessen überfallen ca. 25 junge Männer zwischen 18 und 22 Jahren ein Wohnheim für Asylbewerber. Sie sind mit Äxten und Eisenstangen bewaffnet.

Brandanschlag gegen ein Asylbewerberheim in Pasewalk/Mecklenburg-Vorpommern.

In München wird die Kirche St. Willibrod verwüstet, nachdem der Pfarrer ein Tansparent mit der Aufschrift »Gott liebt die Fremden, darum sollt auch ihr sie lieben« aufgehängt hatte.

Freitag, 18.10.

Brand in einem Berliner Haus, das ausschließlich von Türken bewohnt wird. Brandstiftung kann nicht ausgeschlossen werden.In Marzahn/Ost-Berlin ziehen 15 Skinheads vor ein Wohnheim, in dem jüdische Einwanderer leben. Bei dem Versuch der Skins, das Gebäude zu stürmen, gehen Fensterscheiben zu Bruch. Die Pförtnerin erleidet einen Schock. Unklar ist die Rolle von Rias-TV bei diesem Überfall. Ein Filmteam war anwesend, die Getränke der Skins wurden angeblich von Rias-TV bezahlt.

Samstag, 19.10.

Skinheads überfallen in Schwedt/Brandenburg vier polnische Reisende, schlagen eine Autoscheibe ein und verletzen drei Personen mit Messern und Fußtritten.

In Schwedt/Brandenburg löst die Polizei eine Ansammlung von etwa 30 Skinheads auf, die einen türkischen Händler bedrohen.

Samstag/Sonntag, 19./20.10.

In Burg auf Fehmarn werfen Unbekannte zwei schwere Mauersteine durch die Scheibe einer Asylbewerberunterkunft.

Steinwürfe durch Fensterscheiben auch in Lübeck und Preek/Kreis Plön. Dabei werden an Wohncontainern erhebliche Beschädigungen angerichtet.

In Mölln/Kreis Herzogtum Lauenburg zertrümmern Unbekannte die Scheibe eines Ausländerheims.

An mehreren Stellen in Schleswig-Holstein werden ausländerfeindliche Schmierereien entdeckt. In Wahlstedt/Kreis Segeberg fordern nach Mitteilung der Polizei Unbekannte »zum Töten von Asylbewerbern« auf. Ausländerfeindliche Wandschmierereien auch in Lübeck in der Nähe eines Ausländerheims.

Erneuter Brandanschlag auf ein Asylantenheim in Pasewalk/Mecklenburg-Vorpommern.**Sonntag, 20.10.**

Ein Heim für Asylbewerber im mittelfränkischen Weißenburg wird mit Steinen beworfen. Bei vier Tätern stellt die Polizei u.a. einen Stahlhelm mit Hakenkreuz, Gaspatronen und einen Schlagring sicher.

Jugendliche greifen in Magdeburg ein Wohnheim für Aussiedler mit Steinen an.

Jugendliche bewerfen ein Gebäude in Reiskirchen/Kreis Gießen, in dem ca. 30 Spätaussiedler aus der UdSSR leben, mit Eiern.

Vor einem Wohnheim ungarischer Arbeitnehmer in Schwarzheide/Kreis Senftenberg und einem Asylbewerberheim in Jüteborg versammeln sich Jugendliche, die ausländerfeindliche Parolen rufen und mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffnet sind.

In Schwedt/Brandenburg wird ein Vietnamese bei einem Überfall von drei Jugendlichen mißhandelt und mit einer Pistole bedroht.

Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Gütersloh.

Dienstag, 22.10.

In Delmenhorst und in Giesen bei Hildesheim werden Scheiben von Asylbewerberunter künften mit Bierflaschen eingeworfen.

In Laatzen bei Hannover wird im Eingangsbereich eines provisorischen Asylbewerberheims ein mit Benzin gefüllter Behälter ausgekippt.

In Trier schlagen fünf Skinheads in einem Linienbus zwei deutsche Fahrgäste zusammen, die sich schützend vor zwei Schwarze gestellt haben.

In Frankfurt/Oder werfen Unbekannte mit Schottersteinen mehrere Fensterscheiben eines Übersiedlerheims ein, in dem sowjetische Bürger leben.

Nach Angaben des hessischen Ministerpräsidenten H. Eichel gab es in Hessen im September neun gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und Ausländer, seit Anfang Oktober bereits 50.

Mittwoch, 23.10.

In Preetz wird ein Italiener von zwölf Jugendlichen angepöbelt und bedrängt.

In Glückstadt/Schleswig-Holstein versuchen Unbekannte, eine türkische Moschee in Brand zu setzen. Das Feuer kann rechtzeitig gelöscht werden.

In Kiel werden Fenster einer Unterkunft für Asylbewerber mit Steinen zertrümmert.

In Unatten/Kreis Schleswig-Flensburg werfen Unbekannte Molotowcocktails gegen eine Ausländerunterkunft.

In Waldenbuch/Kreis Böblingen werfen unbekannte Täter einen Brandsatz gegen einen Wohncontainer, der von Asylbewerbern bewohnt wird. Zwei Libanesen werden verletzt.

Das BKA gibt bekannt, daß in diesem Jahr 1.331 Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund gemeldet worden seien, die meisten davon seit August. Von den 1.331 Straftaten sind 255 Brandanschläge und 130 Übergriffe gegen Personen. Dem BKA zufolge gab es die meisten Angriffe gegen Personen in NRW. An zweiter Stelle der Statistik folgt Sachsen-Anhalt, an dritter Sachsen, an vierter Hessen.

An der Oder-Neiße-Grenze häufen sich Überfälle junger deutscher Rechtsradikaler auf polnische Touristen.

Donnerstag, 24.10.

Bei einem Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Cottbus wird ein Rumäne verletzt.

Versuchter Brandanschlag in München gegen ein Heim, in dem 20 Asylbewerber untergebracht sind.

Ein Flüchtlingsheim nahe Kiel wird beschmiert.

Samstag/Sonntag, 26./27.10.

In Berlin wird ein Türke von drei jungen Männern lebensgefährlich verletzt.

In Koblenz werden drei chinesische Asylbewerber von Unbekannten zusammengeschlagen.

Dienstag, 29.10.

Vertreter von Flüchtlingsgruppen in Berlin teilen mit, daß in den letzten zwei Monaten sechs Ausländer an den Folgen von Mißhandlungen gestorben sind. Zehn Flüchtlinge schwebten noch in Lebensgefahr, 40 hätten durch Angriffe bleibende Gesundheitsschäden erlitten.

Freitag, 1.11.1991

Innenminister Bull teilt in Kiel mit, daß zwischen dem 15. September und dem 29. Oktober 58 Aktionen gegen Ausländer in Schleswig-Holstein bekanntgeworden seien. Darunter waren fünf Brandanschläge und 32 Sachbeschädigungen.

Samstag, 2.11.

In Dresden stürmen etwa 30 rechte Schläger das Kulturzentrum, in dem das bundesweite Antifa-Treffen stattfindet. Mitarbeiter des Zentrums werden angegriffen, als sie versuchen, zwei Ausländer zu schützen.

In Magdeburg bewerfen Jugendliche ein Aussiedlerwohnheim mit Steinen.

Sonntag, 3.11.

Brandanschlag auf eine von Kurden bewohnte Ausländerunterkunft in Bad Honnef bei Bonn. Zehn Bewohner müssen wegen Rauchvergiftungen behandelt werden.

Im Anschluß an ein Fußballspiel randalieren ca. 200 Berliner Hooligans und greifen ein Asylbeerberheim in Greifswald/Schwerin an. Mehrere Asylbewerber werden verletzt.

Ein russischer Asylbewerber in Heide wird von zwei Männern entführt.

Angriff auf ein Asylbewerberheim in Kiel durch eine Gruppe von Skinheads.

In Frankfurt/Main hetzen zwei Männer in einer Bar lautstark gegen Ausländer und greifen den kurdischen Barmann an. Sie kehren später noch einmal zurück und zerschlagen die Scheiben des Lokals.

Dienstag, 5.11.

Brandstiftung in Nürnberg in einem überwiegend von ausländischen Familien bewohmten Gebäudekomplex, zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen. Sieben Hausbewohner werden verletzt, 21 müssen evakutiert werden.

Mittwoch, 6.11.

200 bis 300 Hooligans ziehen nach einem Fußballspiel in Düsseldorf in Richtung des Roma-Lagers. Es kommt nicht zu Übergriffen, da die Polizei frühzeitig eingreift. 166 Hooligans werden vorläufig in Gewahrsam genommen.

Der erste Berliner Verfassungsschutzbericht verzeichnet einen »dramatischen Anstieg von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ostdeutscher Skinheads«. Künftig müsse überprüft werden, ob gewalttätige und rechtsextremistische Skinhead-Gruppen von Verfassungsschützern beobachtet werden sollten.

Donnerstag, 7.11.

Brandanschläge auf das Asylantenheim Ladebow bei Greifswald und eine in der Stadt gelegene Unterkunft für Asylbewerber.

Freitag, 8.11.

In einem Wohnheim für Asylbewerber in Kelkheim/Hessen werden Scheiben eingeworfen.

Samstag, 9.11.

Schwere Schlägereien zwischen etwa 40 ausländischen Studenten und 30 deutschen Jugendlichen in Wismar/Schwerin.

Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Greifswald.

In Weimar wird einem Mosambikaner mit einem Luftdruckgewehr ins Gesicht geschossen. Dem Mann muß ein Geschoß aus der linken Schläfe operiert werden. Die Polizei nimmt drei Jugendliche fest.

Sonntag, 10.11.

Mit Steinen, Flaschen und Leuchtkugeln gehen rechtsradikale Jugendliche gegen Personen vor, die sich schützend vor ein Asylantenheim in Seeheim-Jugenheim/Kreis Darmstadt-Dieburg gestellt haben.

Das Archiv für Sozialpolitik e.V. in Frankfurt erarbeitet seit Herbst 1988 auf der Grundlage von Presse- und Fachzeitschriftenauswertungen ein qualifiziertes Informations- und Dokumentationsangebot (Pressespiegel, Einzelrecherchen etc.)

Konkret 12/91, S. 28

Oliver Tolmein

»Hat es nie gegeben«

Nicht die Angriffe rechtsradikaler Schläger auf Ausländer, sondern die Versuche linker Gruppen, sie davor zu schützen, stellen nach Meinung deutscher Politiker und Medien eine »besonders gefährliche Form von Gewalt im Ausländerbereich« dar

Der mecklenburgische Innenminister Georg Diederich (CDU) war zwar nicht dabei - aber er verfügt über »Erkenntnisse«. Denen zufolge hat es am 3. November keinen Angriff rechtsextremer Hooligans auf die Unterkunft der Flüchtlinge gegeben, die kurz zuvor aus Neumünster nach Greifswald gebracht worden waren. Vielmehr hätten einige Ausländer selber im Fußballstadion die Fans provoziert und anschließend dadurch, daß sie ihre Unterkunft aufgesucht haben, überhaupt erst auf deren Existenz aufmerksam gemacht. Was sich dann abgespielt habe, sei keineswegs ein Angriff auf Ausländer gewesen, sondern »Randale«: »Eine wirkliche Gefährdung hat es nie gegeben.« Ein mecklenburgisches Fernsehteam ließ der Minister wissen: »Die Aktionen der Hooligans und die Flucht der Asylanten aus Greifswald haben nichts miteinander zu tun.« Letztere sei überhaupt auch gar keine gewesen, sondern ein »politisches Kidnapping«, eine »von langer Hand vorbereitete Aktion Autonomer«. Die Flüchtlinge seien »überredet und teilweise gezwungen worden«, in die Busse zu steigen, die sie zurück nach Neumünster brachten. Resümee des Ministers: »Wir haben es mit einer neuartigen Form von Gewalt im Ausländerbereich zu tun.« Bisher hätten »rechtsextreme Jugendliche« Ausländer-Unterkünfte angegriffen, jetzt würden »linksextreme Autonome« die »Asylanten« benutzen, um ihre staatsfeindlichen Ziele durchzusetzen. »Letzteres ist die sehr viel gefährlichere und komplizierter zu bekämpfende Form von Gewalt.«

Vor einiger Zeit wäre dieses Szenario einer raffinierten Autonomen-Verschwörung gerade mal Stoff für eine gelangweilte Kurznachricht oder eine süffisante Bemerkung über die trüben Phantasien eines Provinzpolitikers gewesen. Manche hätten sich vielleicht sogar über diese systematische Verkehrung der Ereignisse empört, die die Schläger von Greifswald aus dem Blickfeld rückt, den Angegriffenen die Schuld an dem Überfall zuschanzt, und denen, die ihnen auf ihren Wunsch hin geholfen haben, miese Absichten unterstellt. Heute tönt es dagegen bemerkenswert einstimmig aus dem Mediendschungel: »Verstörte, mit deren Angst gespielt wird/ Während die Regierung in Kiel die Asylbewerber aus politischen Gründen zurückbringen möchte, wollen selbsternannte Beschützer dies verhindern« (»Süddeutsche Zeitung«); »Inländerfeinde/ Jeder, nun auch die Autonomen, kocht mit der Ausländerfrage sein Süppchen« (»taz«); »Nachdem die Kernkraftbewegung am Ende ist, die Friedensbewegung sich verlaufen hat, betätigen die Autonomen sich jetzt als selbsternannnte Unterstützer der Asylanten - ob sie denen damit allerdings nützen, ist ziemlich fraglich« (NDR-Fernsehen).

Und noch die Gutwilligen denken eher daran, sich ernsthaft mit den Unterstellungen des Ministers zu befassen, anstatt die naheliegende Fragen nach der Rolle zu stellen, die Polizei und Regierungspolitik in dieser Konfrontation spielen. Wieso behauptete Minister Diederich z.B. am Tag nach dem Angriff, es hätten keine Erkenntnisse über die geplante Anreise rechtsextremer Fußballfans nach Greifswald vorgelegen? Zwar präzisierte er kurz darauf, daß man mit dem Eintreffen von 50 Hooligans gerechnet habe - der Greifswalder Polizeieinsatzleiter wußte aber immerhin zu berichten, er sei schon Tage vorher informiert worden, daß 150 Rechtsradikale kommen würden. Aus den Fakten Schlüsse zu ziehen, war aber auch des Einsatzleiters Sache nicht: »Wir haben nicht mit einem Angriff auf das Asylbewerberheim gerechnet.« Obwohl Angaben der Berliner Polizei zufolge die von den Rechten gecharterten Busse (samt ihrer Kennzeichen) bekannt waren, wurden sie direkt gegenüber der von gerade mal 15 Polizisten bewachten Flüchtlingsunterkunft geparkt. Die Greifswalder Polizei hatte zwar Verstärkung von der Landespolizeidirektion Mecklenburg angefordert - gekommen sind die Unterstützungseinheiten jedoch nicht. Staatliches Gewaltmonopol - das ist eine Lehre aus diesem Risiko-Spiel - heißt eben auch, daß der Staat entscheidet, wer der Gewalt ausgesetzt wird. Daß die Exekutive nicht selber Hand anlegen muß, um eine »Ausländerfrage« zu schaffen, nach deren Lösung die Volksgemeinschaft dann verlangt oder die sie selber zu beantworten unternimmt, hat hierzulande Tradition.

Die Flüchtlinge, die gegen ihren Willen nach Greifswald transportiert worden sind, denen haltlose Versprechungen gemacht wurden, die dann erleben mußten, daß eintraf, was sie befürchtet hatten, und die deswegen zurück nach Schleswig-Holstein geflohen sind, sollen jetzt (Mitte November) - Schleswig-Holsteins SPD- und Mecklenburgs CDU-Regierung haben es so verfügt - wieder zurück nach Greifswald. Für ihre Sicherheit sei gesorgt, behaupten die Minister von neuem wider besseres Wissen: In der Nacht zum 9. November wurde in Greifswald ein weiteres Flüchtlingswohnheim von Rechtsextremen mit Brandsätzen angegriffen. »Hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben«, kommentierte der mecklenburgische Innenminister diese erneute Attacke, und sein Sprecher verwies darauf, daß schließlich niemand verletzt worden sei.

Das alles wird, wenn überhaupt, gelassen zur Kenntnis genommen. »Ich bin ein Ausländer«, erklären zwar in bundesweit geschalteten Anzeigen z.B. der Hamburger Theaterchef Jürgen Flimm, Herbert Grönemeyer, Steffi Graf und Wim Wenders. Aber ihnen bleibt die beruhigende Gewißheit, daß sie es nur in zivilisierteren Ländern als Deutschland sind - hier bleiben sie Deutsche. Weder müssen sie mit Abschiebung rechnen, noch mit Prügel. Sie können ungestört weiter singen, Tennis spielen und Theaterproben abhalten - und tun es auch. Jürgen Flimm, der noch in der Woche nach der Rückkehr der Flüchtlinge aus Greifswald in der TV-Talkshow »Kunst gegen Gewalt« ausgiebig über das Leiden des Künstlers an seiner

Hilflosigkeit räsonierte, der bekannte, daß mit Lesungen und Sondervorstellungen nicht viel erreicht werden könne, war tags darauf, als er Auskunft darüber geben sollte, ob er die Flüchtlinge konkret unterstützen könne, nicht mehr zu sprechen. »Der Intendant hat Proben und deswegen erst nach der Premiere wieder Zeit. Das ist außerdem ein Problem der Politik«, beschied sein Vorzimmer.

Solange sich die Ausländerfreunde aber selbst jetzt noch, wo tatsächlich gehandelt werden muß, aufs Reden übers bessere Deutschland beschränken oder Vorschläge machen, die sich dezidiert gegen die Interessen der Betroffenen richten (z.B.: bessere Unterbringung in der Ex-DDR), sind die akut Gefährdeten gut beraten, weiterhin auf die Linksradikalen und die konsequent humanitär handelnden Kirchenleute zu setzen, die leider viel weniger inländerfeindlich sind, als ihnen unterstellt wird. Mit ihnen zusammen haben sie trotz aller Schwierigkeiten bisher mehr erreicht, als noch vor ein paar Wochen zu erwarten gewesen wäre. Weil es aber vielen Flüchtlingen geht wie denen, die derzeit noch in Norderstedt Zuflucht haben, und weil nichts gewonnen ist, wenn statt ihrer andere Asylsuchende nach Greifswald verschoben werden, wird das auf Dauer nicht ausreichen. Dennoch ist ein Erfolg wie der (vorläufige?) in Norderstedt die Voraussetzung dafür, daß die Flüchtlinge der deutschen Regierungspolitik nicht völlig ausgeliefert werden.

Konkret 12/91, S. 30

Robert Kurz

Stand: Zweiter Weltkrieg

Die Wiedervereinigung habe dem deutschen Kapital »einen unverschämten Boom beschert« meinte Rainer Trampert in KONKRET 10/91 (»Förderung bei Wolgograd«) und warf dem Krisentheoretiker Robert Kurz Zweckpessimismus zugunsten der imperialen Bestrebungen des wiedervereinigten Deutschland vor. Kurz antwortet ihm: »Wenn es heute einen Weltmeister im Glauben an den 'Sieg' des Kapitalismus gibt, dann sind es die Veteranen linker Radikalität«

Die simpelste Reaktionsform des linken gesellschaftskritischen Denkens auf die historischen Umbrüche zu Beginn der 90er Jahre besteht zweifellos darin, der Kritik im Glauben an die krude Faktizität des Augenblicks abzuschwören und so schnell wie möglich zur scheinbaren Gewinnerseite überzulaufen. Diese Simpel-Version, dargestellt z.B. von der grammatikalischen Laienspielgruppe der »taz«-Realos, wird freilich inzwischen sogar schon von Kurt Biedenkopf links überholt, der immerhin angesichts der globalen Krisenphänomene die Fähigkeit des westlichen Systems, sie zu bewältigen, in Zweifel zu ziehen sich erlaubt. Es sind jedoch keineswegs nur die Realos, die im Krisenbewußtsein hinter Biedenkopf zurückfallen. Wenn es heute einen Weltmeister im Glauben an den »Sieg«, an die Stabilität, Macht und Herrlichkeit des Kapitalismus gibt, dann sind es die übriggebliebenen Veteranen linker Radikalität, die in ihr hohles »Trotz alledem« die Predigt der Verzweiflung mischen. Nicht in der eigenen Birne soll das falsche Raster stecken, sondern die Welt hat sich angeblich in die verkehrte Richtung weitergedreht. Dankenswerterweise hat mit Rainer Trampert einer der Platzhirsche dieses Linksradikalismus seine Auffassung aus aktuellem Anlaß vorgeführt (KONKRET 10/91, »Förderung bei Wolgograd«; die Zitate im folgenden stammen aus diesem Artikel).

Trampert kann die neue weltgesellschaftliche Wirklichkeit nicht anders als im Stil der Kriegsberichterstattung des 2. Weltkriegs darstellen. Da ist die Rede von »Eroberungen des BRD-Imperialismus«, von der »Eindeutschung Kaliningrads und Schlesiens«, von »eingenommenen (!) Freihandelszonen«, von der »Niederwerfung (!) des realen Sozialismus«, und das alles mit »Generalstabsplänen« im Rahmen einer »imperialistischen Gesamtstrategie«. Wollte man die Trampertsche Terminologie auch nur versuchsweise ernst nehmen, so müßte man glauben, daß die Bundeswehr am Ural und vor Dubrovnik steht, während die sowjetischen Kommunisten nach heroischem Abwehrkampf einiger blödgesoffener Verdienstordensträger von einem faschistischen Besatzungs- bzw. Quisling-Regime grausam verfolgt werden. Diese erstaunlichen Phantasien sind mindestens genauso surreal wie die offizielle Sprachregelung von der »demokratischen Revolution«. Trampert enthebt sich der Mühe einer kritischen Aufarbeitung, indem er suggeriert, daß die östlichen Akkumulationsregimes in erster Linie an äußerlichen imperialistischen Pressionen und »Strategien« des Westens gescheitert seien.

In Wirklichkeit hat kein einziger Soldat die Grenzen überschritten. Die westliche »Gesamtstrategie« ist selber von Anno Tobak und war auf die reale Entwicklung überhaupt nicht vorbereitet. Das gilt übrigens gerade auch für den Bürgerkrieg in Jugoslawien, der den irrationalen Zerfallsformen einer Zusammenbruchsökonomie (der ersten im OECD-Bereich) folgt und keinerlei »imperialistischer Strategie«. Daß die radikale Linke in diesem Gemetzel überhaupt Partei ergreift und teilweise die »großserbische« Mordbrenner-Propaganda eines Milosevic unterstützt, die derjenigen eines Tudjman in nichts nachsteht, disqualifiziert sie vollständig. Und in Moskau wird die KPdSU von den Trümmern ihres eigenen zerbrechenden Apparats erschlagen, keinesfalls aber von einer ihr fremden Macht als kommunistisches Unschuldslamm verfolgt.

Es ist eine durch die Trampertsche Brille völlig unsichtbare Macht, die den »Realsozialismus« niedergeworfen hat. Nicht an feindlichen Armeen und imperialistischen Strategien ist er gescheitert, sondern an den Gesetzen der »Verwertung des Werts« (Marx), die er von seiner Entwicklungsbasis aus nicht überwinden konnte und die in seinem eigenen Inneren wirkten. Eine warenförmige Reproduktion setzt jede derartige Gesellschaft den Standards des Weltmarktes aus, und diese erzeugen heute hoffnungslose Verlierer auf einer ganz anderen Ebene als der politisch-militärischen. Derselbe Grund aber, der den »Realsozialismus« an seiner eigenen Vergesellschaftungsform scheitern ließ, die ihn mit den höherentwickelten westlichen Warensystemen zwangskompatibel machte, läßt ihn als Terrain für weitere Kapitalakkumulation großenteils unbrauchbar werden. Denn es gibt für das hochproduktive Kapital überhaupt keinen Grund, in den Verliererzonen verbrannter Marktwirtschaftserde zu investieren, und somit auch keinen Grund, sie zu »erobern«. Der kampflose »Sieg« war nicht zufällig, und er ist vollkommen nutzlos. Wenn von wenigen Zentren aus die noch vorhandene Kaufkraft der ganzen Welt bedient werden kann, wären die gewaltigen Kosten für eine erneute Erschließung der Verliererzonen »unrentabel« in den Sand gesetzt, und das westliche Kapital würde sich nur selber Konkurrenz machen.

Für Trampert freilich ist der unproduktive Transfer-Boom der Wiedervereinigung, der sich schon seinem Ende zuneigt, ein unwiderlegbarer Beweis, daß »das deutsche Kapital« akkumuliert habe, und zwar »berauschend«. Einen Unterschied zwischen Einzel- und Gesamtkapital, zwischen Realakkumulation und verselbständigtem Kreditüberbau, zwischen Marktgewinnen und staatlichen Transfergrößen kennt er anscheinend kaum. Es entgeht ihm, daß der Staat und seine monetären Eingriffe nichts »dem Kapital« äußerliches sind. Vielmehr war der »unverschämte Boom« unproduktiv vorfinanziert aus der Abschöpfung vergangener Akkumulation bzw. staatlicher Kreditaufnahme, und für das Gesamtkapital

wird er daher als Kostenfaktor wieder auftauchen. Wenn für den Betrachter der Zeithorizont kapitalistischer Reproduktionsbewegung freilich nicht weiter reicht als die eigene Nase, muß er »berauscht« sein von der »hevorragenden Konjunktur«. Dasselbe Problem stellt sich bei den staatlichen Infrastruktur-Investitionen. Trampert sieht hier schon »die Voraussetzungen für eine sich selbst tragende Wirtschaft«. Aber auch diese Investitionen bleiben ein bloßer Kostenfaktor, wenn nicht produktive Investitionen marktfähiger Kapitalien nachfolgen. Genau diese aber sind ausgeblieben, jedenfalls im erforderlichen Ausmaß. Trampert selber sagt über die »berauschende Akkumulation« in aller Treuherzigkeit: »es schlug sich nur nicht besonders in Investitionen drüben nieder«. Von einer »eigenen Wertschöpfung« in der Ex-DDR, die wirklich ein Beitrag zur Kapitalakkumulation (und kein Abzug davon) wäre, ist nach wie vor weit und breit nichts zu sehen.

Was aber für das bloß politisch und administrativ einverleibte Ostdeutschland gilt, trifft erst recht für Osteuropa und die Sowjetunion zu. Trampert phantasiert von einer »ökonomischen Erschließung des Ostens als Vorgarten der BRD«. Absichtserklärungen, propagandistische Versprechungen, Planspiele und sogar Wunschträume von Managern stehen für ihn offenbar auf derselben Stufe von »Wahrheit der Tatsachen« wie die Außenhandelsbilanz. Tatsächlich sind die Investitionen westlichen Kapitals in Osteuropa und der Sowjetunion aktuell wie perspektivisch verschwindend gering. Und selbst von diesen spärlichen Rinnsalen wird sich noch ein Teil (so vermutlich der Einstieg von VW in die Automobilproduktion der CSFR) als nicht marktfähige Fehlinvestition herausstellen. Nicht einmal die Option auf die »Rohstoffausbeute«, die allein noch lange keine »ökonomische Erschließung« wäre, ist so eindeutig, wie Trampert glauben macht. Selbst über solche Investitionen wird vorerst noch gestritten. Denn erstens können die Bodenschätze angesichts der maroden Förderanlagen nur unter einem Aufwand von Geldkapital für marktfähige Produktion mobil gemacht werden, der sich in vielen Fällen nicht rechnen dürfte. Und zweitens geht die zu erwartende politische Destabilisierung (Situationen des jugoslawischen Typs) als Risikofaktor in die Kalkulation mit ein. Deswegen gibt es sogar auch die entgegengesetzte Option, sich von russischem Erdöl und Erdgas unabhängiger als bisher zu machen. Nimmt man nicht Einzelfälle, sondern die Gesamtsituation, und nicht Vorschläge, sondern reale Entscheidungen als Kriterium, dann ist die Haltung des kommerziellen Bankensystems ein entscheidendes Indiz. Und dieses fällt eindeutig aus: Der kommerzielle Kreditstrom gen Osten ist praktisch zum Stillstand gekommen. Geldkapital für die »ökonomische Erschließung« gibt es von den Banken nur noch bei staatlichen Garantien der Nato-Länder. Dieser Tatbestand signalisiert so ziemlich die unterste Stufe der Investitions- (in Trampertscher Terminologie: »Eroberungs«-)Bereitschaft.

Die satte und sprunghaft wachsende Auslandsverschuldung der Sowjetunion vor allem bei den BRD-Banken verweist so nicht auf einen kommenden Erschließungs-Boom, sondern auf den Beginn einer zweiten Schuldenkrise. Denn es ist ja keineswegs die Wiedervereinigung allein, die als Krisenfaktor wirksam wird. Nur bei unveränderten Außenbedingungen, wie sie Trampert unterstellt, wäre es mit der (auch dann mehr belastenden als akkumulationsträchtigen) Verwandlung Ostdeutschlands in eine Mezzogiorno-Peripherie getan. Aber die Wiedervereinigung war ja umgekehrt bloß möglich, weil sich mit dem Verschwinden der Zahlungsfähigkeit Osteuropas und der SU diese Außenbedingungen bereits katastrophal verschlechtert hatten. Statt grandioser Erschließungsmöglichkeiten hat die BRD auf längere Sicht das Problem zusammenbrechender Exportstrukturen geerbt, die mit Abermilliarden Mark subventioniert werden müssen. Gleichzeitig schlagen die Vereinigungskosten ihrerseits auf die Weltökonomie zurück, die auch im Westen längst durch einen überstrapazierten Kredit- und Spekulationsüberbau gezeichnet ist.

Trampert bringt es fertig, in einem Atemzug zusammen mit US-Berufsoptimisten die westlichen Ökonomien »in die verbesserte Konjunktur hineingleiten« zu sehen und so nebenbei zuzugeben, daß in Japan »650 Milliarden Mark Realkredite wackeln, in den USA mehr« (nämlich ca. 1 Billion, und zwar Dollars). Nicht genug damit, sieht er diesen crashverdächtigen Zustand der internationalen Finanzmärkte allen Ernstes als Konkurrenzvorteil des »deutschen« Kapitals, im Wettlauf um die »Erschließung des Ostens«. Aber das internationalisierte Geldkapital ist genauso gut »deutsches« Kapital, weil seine Zinsrenditen alle denkbaren Erträge aus Produktivinvestitionen im Osten bei weitem übersteigen und daher deutsche Exporterlöse vor allem in diesen Sektor geflos-sen sind. Eine Belastung der japanischen und US-Finanzmärkte trifft daher mit voller Wucht auch das BRD-Kapital und läßt die östlichen Blütenträume erst recht dahinwelken.

Es geht hier keineswegs allein um unterschiedliche Interpretationen von noch nicht bis zur Kenntlichkeit ausgereiften Tatsachen. Es geht auch nicht darum, ob jemand nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« an die kommende Krise des Westens »glaubt« oder nicht. Die Ereignisse stellen sich sowieso immer ungebeten ein. Vielmehr werden in der unterschiedlichen Beurteilung der Weltlage auch ganz entgegengesetzte Begriffe des Kapitalismus und seiner radikalen Kritik sichtbar. Trampert kann die Wirklichkeit des warenproduzierenden Weltsystems nicht »systemisch« beschreiben, d.h. entwicklungs- und akkumulationstheoretisch (diesen Part haben die Bewegungsmilitanten mit dem Gestus des unverstandenen Weltindianers immer den akademischen Reformisten überlassen), sondern allein in Kategorien bürgerlicher Subjektivität. In seinem Verständnis existiert das Kapital in erster Linie als eine Konstellation von politischer Macht, auf der vor allem die »Ausbeutung« zu beruhen scheint: ein purer »Wille zur Ausbeutung«, der durch nichts begrenzt werden könnte als durch den entgegengesetzten Willen des guten alten Proletariats.

Aber das Kapital kann Arbeitskraft keineswegs beliebig »ausbeuten«, allein weil es die politisch-militärische Macht dazu hätte, sondern nur auf der Höhe des selbsterzeugten Produktivitätsstandards. Solange das warenproduzierende System sich noch gegen ältere Produktionsweisen durchsetzen mußte und weitgehend nationalökonomisch zentriert war, machte es kapitalistischen Sinn, um imperiale Einflußsphären und Annexionen zu kämpfen, weil nahezu überall und scheinbar unbegrenzt abstrakte Arbeitskraft in den Selbstverwertungsprozeß des Geldes eingesaugt werden konnte. Das ist die Welt, in der Tramperts Ideologie sitzengeblieben ist. Aber heute hat sich dieses System zum unmittelbaren Weltverhältnis gemausert. Dieselbe Produktivkraftentwicklung, die verkehrs- und produktionstechnisch globale Arbeitsteilung und den totalen Weltmarkt ermöglichte, hat dabei erstmals auch das Verhältnis von Arbeits- und Kapitalintensität zugunsten letzterer umkippen lassen. Dadurch ist ironischerweise zusammen mit seinem vermeintlich »vorläufig endgültigen Sieg« (Fülberth) auch die Krise des globalen Ware-Geld-Systems fällig geworden. Trampert findet es lachhaft, daß ausgerechnet das Kapital die abstrakte Arbeit »überwunden« habe. Das hat allerdings auch niemand behauptet. Indem es seine eigene abstrakte Arbeitssubstanz durch verwissenschaftlichten Sachmitteleinsatz überkompensiert, stürzt das Kapital vielmehr die global vergesellschaftete Menschheit in eine ebenso globale Reproduktionskrise. Damit wird die Abschaffung des warenproduzierenden Systems (das sich nicht von selbst abschafft) als Perspektive auf die historische Tagesordnung gesetzt, freilich auf eine Weise, die sich Tramperts ausgebleichter Arbeiterbewegungsmarxismus offenbar nicht mehr vorstellen kann.

Dieser Marxismus gehört nämlich selbst noch dem Aufstiegsprozeß der bürgerlichen Moderne an. Er hat das Kapital nie als das angegriffen, was es ist, nämlich als warenproduzierendes System. Die »Ausbeutung« erschien vielmehr als ein der Warenform bloß äußerlich angeklebtes Attribut. Das Geld wurde wie in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ganz unbefangen als »gesellschaftliche Ressource« (neben anderen) betrachtet, statt als die fetischistische Form, in der sich die wirklichen Ressourcen (Menschen, Natur, Wissen, Produktionsmittel) befinden. Die »Fremdbestimmtheit« der Massen wurde nicht in ihrer eigenen historischen Form als Geldsubjekte gesucht, sondern bloß in der vermeintlichen Unterwerfung unter »fremde Willenssubjekte« (Kapitalisten als Schurken der Geschichte). Das Kapital wurde so seines objektivierten Fetischcharakters entkleidet und in ein bloßes Parallelogramm von sozialen und politischen »Kräfteverhältnissen« verwandelt. An die Stelle einer Kritik der Warenform selbst trat die Einteilung der Warensubjekte in »gute« und »schlechte«.

Ein in diesen Kategorien befangenes Bewußtsein, und sei es noch so militant »antikapitalistisch«, gelangt nie zur Kritik der abstrakten Arbeit selbst. Demzufolge kann es auch nicht erkennen, daß der »Realsozialismus« als ein System »nachholender Modernisierung« selber noch der abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzung von Mensch und Natur verhaftet war und sein Zusammenbruch der Anfang vom Ende der warenförmigen Vergesellschaftung überhaupt ist. Denn die Krise muß zuerst die produktivitätsschwächsten Teile des globalen Gesamtsystems erfassen, die wegen der hochgetriebenen Kapitalintensität weder die Vorauskosten noch die (sozialen und ökologischen) Folgekosten marktfähiger Produktion mehr tragen können. Trampert sieht nur einen »Verlust von Utopien und realen Alternativen in Ländern der 3. Welt«. Gleichzeitig bemerkt er so nebenbei, der »Realsozialismus« sei ein »Scheinsozialismus« gewesen. Ach ja? Wie, bitteschön, ist denn bloß ein »Scheinsozialismus« in der Geschichte aufgetaucht, und worin bestand dieser »Schein« eigentlich? Erfüllte sich heute Tramperts linker Politikertraum, und dürfte er vor einer Million erwartungsvoller Menschen die Diskussion über einen neuen Begriff dessen beginnen, was einmal Sozialismus hieß, so verwandelte sich der Traum sogleich in einen Alptraum, und der agitatorische Elan müßte auf die peinlichste Weise erlahmen, weil er außer gutgemeinten Lesebuchidyllen nichts hervorbringen könnte.

Da er ideologisch in der Vergangenheit lebt, sind Trampert auch »die weltoffenen Jungbürger mit den Ohrclips« ein Greuel, die er sofort ausschließlich mit den Realos identifiziert. Seine Subjekte dagegen bevölkern die linken Mythen antiker Klassenkämpfe. Erweckte er zusammen mit Thomas Ebermann in dem Buch »Die Zukunft der Grünen« die Geister jener Solinger Scherenschleifer zum Leben, die vor dem 1. Weltkrieg noch ihre eigenen Werkzeuge in die Fabrik mitbringen durften, so beschwört er nun die »in den Norden immigrierten Süditaliener« wieder herauf, jene noch agrarisch geprägten »Arbeiterinnen und Arbeiter Ende der 60er Jahre«, die vorübergehend zur Basis des längst gescheiterten Operaismus wurden. Trampert drückt auf die Heroismusdrüsen der militanten Bewegungskämpfer, wenn er im Ton des Stolzes von jenen Bewegungen sagt: »Niemand von ihnen hatte ausgerechnet, wie hoch das (ihre Forderungen, R.K.) den Staatshaushalt belasten würde.« Nicht zuletzt deshalb sind sie auch untergegangen. Aber selbst wenn Mario Trontis »Arbeiterstaat« Wirklichkeit geworden wäre, würde sich diese Ignoranz heute fürchterlich rächen. Denn dieser »Arbeiterstaat« müßte auf der Basis von unaufgehobenen Ware-Geld-Beziehungen an denselben Subventionsstrukturen ersticken, die soeben dem »Realsozialismus« den Garaus gemacht haben.

Das warenproduzierende Weltsystem läßt sich auch nur weltweit aufheben, also nicht isoliert in den höchstentwickelten westlichen Zentren, die den Rest der Welt seinem Schicksal überlassen könnten. Ein nicht mehr warenförmiges Weltsystem müßte trotzdem nicht in die alte »Arbeitsgesellschaft« zurückfallen, weil ein Großteil des heute vernutzten Arbeitsvolumens nur noch der Systemerhaltung dient oder in Pyramidenbauprojekte fließt, die den Selbstzweckcharakter der abstrakten Arbeit vor den Augen aller enthüllen. Freilich kann eine Alternative nicht mehr in der Form von Peripherie-

Utopien formuliert werden, sondern nur noch vom Standpunkt der höchsten (westlichen) Entwicklungsstufe. Aber gerade die westliche Linke ist stumm geworden, weil ihre Vorstellungskraft von der Vergangenheit des Modernisierungs-Marxismus besetzt ist. Das törichte Autonomen-Motto »Wir kriegen unser Geld auch so« sagt leider alles. Auch für Trampert ist eine radikale Kritik warenförmiger Vergesellschaftung offenbar derart fremd, daß er sie als theoretische Raster einer Analyse (z.B. in dem Buch »Honeckers Rache«) nicht einmal wahrnimmt. Für ihn handelt es sich dabei wohl um eine Art Gespenst, und an Gespenster glaubt ein linksradikaler Aufklärer nicht.

Aber die heute in völlig neuer Form sich entwickelnde Krise der abstrakten Arbeit wird alle, die sich dem dadurch gestellten Problem verweigern, entweder dazu zwingen, die brutalen sozialen Restriktionen im Namen der Geldlogik legitimatorisch mitzutragen (wie schon jetzt die lammfromm gewordenen Marktwirtschaftsmarxisten), oder zur lächerlichen Figur zu werden. Die von Trampert beschworene Radikalität ist so mumifiziert wie der Leichnam Lenins. Und wie dieser braucht sie nur noch eines: ein anständiges Begräbnis.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 5/91 einen Nachruf auf Treuhandchef Rohwedder

Konkret 12/91, S. 33

Georg Fülberth

Zu Kurz

Robert Kurz' Versuch, Kapitalismus und Realen Sozialismus gemeinsam auf den Begriff »Moderne« zu bringen und nach dem Scheitern des einen das des anderen vorauszusagen, erklärt nicht viel. Allenfalls jagt er den Metropolen-Intellektuellen einen wohligen Schauer über den Rücken

Seit nahezu zwei Jahrzehnten bemüht sich der Soziologe Karl Hermann Tjaden (Kassel) darum, die ursprüngliche Dimension des Historischen Materialismus wiederherzustellen. Bei Marx und Engels habe Arbeit zwei Systeme in sich zusammengefaßt: den Teil der außermenschlichen Natur, der gleichwohl für die Gattung relevant ist, und die Gesellschaft, die sich durch die Auseinandersetzung mit diesen physikalischen, chemischen und biologischen Gelegenheiten konstituiert.

Alle bisherigen Klassengesellschaften seit dem Neolithikum faßt Tjaden als eine einzige Gesellschaftsformation: die »ökonomische«. Ihr Prinzip bestehe nicht nur in der Aneignung eines Mehrprodukts durch die jeweils herrschende Klasse, sondern auch darin, daß eine Steigerung dieses Überschusses durch Senkung der Aufwendungen für lebendige Arbeitskraft oder stoffliche Ressourcen erzielt wird. Die »ökonomische Gesellschaftsformation« zerfalle in mehrere aufeinander folgende Produktionsweisen. Eine davon ist der Kapitalismus. Seine Effektivität beruhe auf der Minimierung bezahlter Arbeit und ihrer Ersetzung durch »kostenlose« oder doch sehr billige Produktionsvoraussetzungen. Die ruinöse Konsequenz dieser Produktionsweise mache ihre Überwindung in einer »politisch-gemeinwirtschaftlichen ('tertiären') Formation« notwendig - »tertiär« deshalb, weil Tjaden, hier sehr traditionell, die Urgemeinschaft vor den Klassengesellschaften mitrechnet. Die neue Gesellschaft müsse durch »die Ersetzung der produktiven durch eine reproduktiv-systemare Effektivität« gekennzeichnet sein. Von der ihr vorangehenden »ökonomischen« Formation unterscheidet sich ihre Nachfolgerin dadurch, daß sie eine »politische« ist: der gesellschaftliche Gesamtwille steuert über den Gebrauchswert Produktion, Konsumtion und die Reproduktion der Lebensvoraussetzungen. Die gebrauchswertorientierte Effektivitätsformel ist in der Argumentation Tjadens trotz des Scheiterns des Realen Sozialismus offensichtlich das, was von der Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft gültig bleibt. Er stützt sich deshalb explizit auch auf - von ihm selbständig und im einzelnen kritisch rezipierte - theoretische Ausführungen zur Politischen Ökonomie des Sozialismus, wie sie insbesondere in der DDR erarbeitet wurden.

An der Praxis des Realen Sozialismus bemängelt Tjaden nicht nur das Demokratie-Defizit, sondern auch die vom Marxismus-Leninismus vorgenommene reduktionistische Auswahl aus dem Historischen Materialismus: der Naturhaushalt kommt in Plan und Etat, vor allem aber in der Realität dieser Staaten de facto nicht vor.

Tjadens Konzept hat Mängel. Der subjektive Faktor, welcher die Transformation herbeiführen soll, trägt einen abstrakten Namen, eben Politik. Um die schwächste Stelle der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie, das Wert-Preis-Problem, macht der Autor einen Bogen.

Das Buch »Mensch - Gesellschaftssystem - Biosphäre« von Karl Hermann Tjaden ist in einem winzigen Verlag in einer Auflage von fünfhundert Stück erschienen, augenfeindlich eng bedruckt und in einer zwar präzisen, aber sperrigen Sprache verfaßt. Ergänzende Aufsätze bringt er in kleinen, häufig schwer zugänglichen linken Zeitschriften unter.

Handicaps also jede Menge. Und doch ist Tjadens Buch, meiner Meinung nach, die wichtigste marxistische Veröffentlichung dieser Jahre. Andere Schriften können an ihr gemessen werden.

Zum Beispiel »Der Kollaps der Modernisierung« von Robert Kurz. Der Autor pflegt einen trompetenden Stil, es kommt ihm - anders als Tjaden - mehr auf den Effekt seiner Begriffe als auf deren Präzision an.

Unter »Modernisierung« versteht er die Durchsetzung des Kapitalverhältnisses. Diese sei inzwischen nicht nur in den alten Zentren erfolgt, sondern auch in den Ländern des ehemaligen Realen Sozialismus und in der bisherigen »Dritten Welt«. Sonderwege - Verstaatlichung des Produktionseigentums, Planwirtschaft - hätten letztlich nur diesem Ziel gedient, es handele sich um nachholende Modernisierung.

So war es wohl, und so darf man es sehen, wenn man sich ausschließlich um das Resultat kümmert. Eine solche Interpretation ist allemal besser als der larmoyante Hinweis auf die guten Absichten der Sozialisten, welche gemeinen, aber übermächtigen Gegnern unterlegen seien.

Angemessener als diese beiden Verkürzungen wäre allerdings die konkrete Analyse des historischen Verlaufs. Sie würde, meiner Ansicht nach, ergeben, daß der Reale Sozialismus nun tatsächlich der zwar letztlich gescheiterte, aber zeitweilig erfolgreiche, in Versagen und Gelingen der gründlichen Betrachtung werte Versuch einer anderen, nämlich nichtkapitalistischen Moderne gewesen ist. Wenn eine rationale, gerechte, die allseitige individuelle Entfaltung der Menschen ebenso wie die nachhaltige Sicherung und Reproduktion natürlicher und kultureller Ressourcen gewährleistende

Ordnung ein anzustrebendes Ziel ist, dann sind die kommunistischen Parteien, welche einige Jahrzehnte regiert haben, danach zu beurteilen, was sie dafür geleistet und wo sie falsch gehandelt haben - und in beiden Fällen: warum.

Kurz hat recht, wenn er darauf hinweist, daß schon die forcierte Industrialisierung Sowjetrußlands auf einen Wachstumstyp festgelegt wurde, mit dem zunächst einmal der Vorsprung des Westens eingeholt werden sollte. Das war Mittel zu dem Zweck, die Voraussetzungen für eine kommunistische Ordnung zu schaffen. Mit dem Ausbleiben der Revolution im Westen wurde die Sowjetunion eine Notwehr-Gesellschaft: die Perspektive auf eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«, mußte der Verteidigung gegen einen übermächtigen Gegner untergeordnet werden, der so die Entwicklungsrichtung des neuen Staates deutlich mitbestimmte. Tatsächlich war ein Standhalten auf den Kampffeldern, welche der Kapitalismus diktierte, eine Voraussetzung dafür, einen wichtigen Teil der Potentiale zu sichern, mit denen er - akzeptierte man die Systemauseinandersetzung überhaupt als einen möglichen Hebel - überwunden werden konnte. Unterlagen die sozialistischen Staaten aber, fiel dem Gegner alles in die Hände: die nachholende Entwicklung hatte dann tatsächlich die Grundlagen für eine auf sie folgende Durchkapitalisierung geschaffen.

Beides - das Herauspauken halbfeudaler Gesellschaften aus ihrem vorindustriellen Zustand und ihr Übergang in die bürgerliche Ordnung - ist begrifflich und historisch voneinander zu trennen. Hier rächt sich der zwar effektvolle, aber letztlich nur für Unklarheit sorgende Gebrauch des Begriffs »Modernisierung« durch Kurz. Jeder Versuch, auf ökonomisches Wachstum angelegte technologische Rationalität durchzusetzen, wird als identisch mit Kapitalisierung gesehen. Anschließend kommt dann der Hohn, daß in der UdSSR dies viel schlechter funktioniert habe als z.B. in den USA. Richtig daran ist, daß innerhalb des Weltmarktes, insbesondere in dem Zustand, den er etwa seit Mitte der siebziger Jahre angenommen hat, ein Gleichziehen der bis dahin Zurückgebliebenen (ganz zu schweigen von einer eigenständigen, nichtkapitalistischen Entwicklung) mehrheitlich bislang nicht möglich war und diese vom Regen in die Traufe bringt. Das aber ist bereits die Folge der Niederlage des Sozialismus. Solange die auf ihn ausgerichteten Gesellschaften so viel eigene Dynamik entwickelten, daß sie die weltweite Durchsetzung des Kapitalverhältnisses aufhalten konnten, blieb die Chance, daß das ursprünglich gesetzte Ziel dann erreicht werden konnte, wenn eine Transformation in den kapitalistischen Ländern selbst in Gang kam.

Hier müßte die Frage gestellt werden, weshalb der Kapitalismus nach seiner großen Krise von 1929-1933 und nach den Verunsicherungen der sechziger Jahre sich erneuern und in seinen Zentren immer wieder an Dynamik gewinnen konnte. Kurz kümmert sich nicht groß darum - bei einem Theoretiker, der sich mit »Modernisierung« befaßt, eine erstaunliche Tatsache, aber letztlich zu erklären daraus, daß diese Produktionsweise für ihn eine in sich historisch weitgehend undifferenzierte, in ihren Grundzügen von Anfang an feststehende Struktur hat.

Ihn interessiert auch nicht, daß die sozialistischen Gesellschaften einige Jahrzehnte lang eben nicht nur den Zwängen des Kapitals folgten, sondern auch selbstgesetzte Ziele erreichten: nicht nur, daß sie den Versuchen, sie frontal und militärisch aus dem Weg zu räumen, widerstanden, es gelang ihnen auch, geplante Volkswirtschaften zu entwickeln, in denen die Vorstellungen ihrer Führungen von sozialer Sicherheit annähernd erreicht wurden und in denen Ressourcenverschleiß und Rüstungswirtschaft zwar ungeheure, niemals bewältigte Übel waren, nicht jedoch - im Unterschied zur kapitalistischen Produktionsweise - Voraussetzungen ihrer Selbstreproduktion. Es lohnt sich heute, Texte des Trotzki-Biographen Isaac Deutscher oder der linkskeynesianischen Ökonomin Joan Robinson aus den sechziger Jahren zu lesen: Beide kamen (wie viele andere auch) übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß die Sowjetunion sich aus dem Gröbsten herausgearbeitet habe und nun eine gute Perspektive vor sich sehe.

Daß es anders kam, ist allerdings nicht allein auf die Dynamik der kapitalistischen Ordnung zurückzuführen, sondern auf einen internen Defekt: Der Typus der Planwirtschaft, der in der Sowjetunion entwickelt wurde, war den Erfordernissen der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation (und auch der Herauslösung einer neuen Volkswirtschaft aus ihrem bisherigen national-kapitalistischen Kontext: DDR) angemessen, nicht aber den darauf folgenden Notwendigkeiten der Weiterentwicklung auf der so erreichten Grundlage und auch nicht den Möglichkeiten einer zugleich sozial gerechten und doch hochgradig auf individueller Selbstentfaltung beruhenden Bedürfnisbefriedigung und kreativer Selbstverwirklichung in der Produktion, wie es einem »Verein freier Menschen« zugekommen und für dessen Selbstbehauptung unabdingbar gewesen wäre. Das ist durchaus auch ein Problem der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie: Sie decouvrierte die bürgerliche Ideologie, aber sie reicht für eine nachrevolutionäre Ordnung nicht aus. Die Gesellschaften des Realen Sozialismus regulierten den Kern ihrer Ökonomie durch Wertzuweisungen, ohne über verläßliche Kriterien für deren Messung zu verfügen. Apologeten der nunmehr wieder einmal siegreichen Produktionsweise ziehen daraus den Schluß, das gehe eben nur mit Privateigentum, Markt und Kapital. Eine gerade entgegengesetzte Schlußfolgerung ist nötig: Nicht die Abwesenheit dieser Segnungen hat den Sozialismus ruiniert, sondern die Inkonsequenz und Halbherzigkeit beim Versuch einer wirklichen Planwirtschaft. In den Ländern des RGW gelang es nie, mit transparenten Werten zu arbeiten. Mag sein, daß das auf dem geringen Stand der bereits im Kapitalismus erreichten, also schon vorgefundenen Vergesellschaftung nicht möglich war, vielleicht auch hat die Abschaffung einer relativ autonomen, also insofern »freien« Theoriebildung im Stalinismus die notwendige Weiterentwicklung verhindert - das Ergebnis war, daß diese Gesellschaften eben nur auf einer

vergleichsweise kurzen Strecke und für einen begrenzten Aufgabenbereich nach sozialistischen Prinzipien funktionierten und danach - spätestens Mitte der siebziger Jahre, also lange vor ihrem formellen Ende - sich nicht mehr auf ihren eigenen Grundlagen weiterentwickelten, sondern insbesondere über ihre Außenverschuldung in den kapitalistischen Zusammenhang zurückkehrten.

Von da an ist richtig, was Kurz völlig falsch für ihre gesamte Geschichte - also von 1917 an - behauptet.

In seiner Interpretation ist hinten nur das herausgekommen, was vorn hineingesteckt wurde. Deshalb ist für ihn die staatliche Planwirtschaft des Realen Sozialismus dasselbe, was im Spätfeudalismus der Merkantilismus war. Historische Analogien sind sinnvoll als Illustrationen dessen, was vorher empirisch und begrifflich geklärt wurde. Doch vermögen sie aus sich heraus nichts zu beweisen. Ebenso wie die Aufklärung des 18. Jahrhunderts Gedanken hervorgebracht hat, hinter die bei Strafe der Barbarei nicht zurückgegangen werden darf, so enthielt der Merkantilismus Momente einer unverzichtbaren wirtschaftspolitischen Rationalität, die von ihrer ursprünglichen Klassengrundlage losgelöst werden können. Völlig zu Recht referiert Kurz Fichtes Schrift über den »Geschlossenen Handelsstaat«, doch kann er darin nichts anderes sehen als eine schnöde Propagandaschrift für eine Ordnung der Unfreiheit. Mit den feudalen und frühbourgeoisen Zwecken des alten Merkantilismus hatte die Planwirtschaft des Realen Sozialismus nichts zu schaffen, ging es bei ihr doch nicht darum, die Macht der Krone und des Adels zu retten oder die Interessen eines noch schutzbedürftigen Bürgertums zu hegen, sondern sie war der noch höchst unvollkommene Versuch einer rationalen Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen in egalitärer Absicht.

Als synonym für »Kapitalismus« und »Moderne« benutzt Robert Kurz den Begriff »Arbeitsgesellschaft«. Damit erweckt er den Eindruck, als hätten vor der Industriellen Revolution die Menschen von der Luft, von der Liebe und direkt aus der Photosynthese gelebt. Sinnvoller wäre es, mit Tjaden die gesamte Ökonomische Gesellschaftsformation als Arbeitsgesellschaft und den Kapitalismus als deren jüngste, besonders dynamische und destruktive Phase zu definieren.

Ein weiterer unscharfer Begriff bei Kurz ist die »Krise«. Über weite Strecken versteht er sie als die gegenwärtige Depravierung des Trikont, die kapitalistische Ruinierung der Länder des ehemaligen Realen Sozialismus und als die Marginalisierung großer Menschengruppen auch in den Zentren. Was er darüber ausführt, ist zwar nicht neu, aber unzweifelhaft richtig. Es zeigt sich, daß auch ein Referat nach Zeitungsausschnitten (z.B. aus dem »Handelsblatt«) einen zusätzlichen Wert erhält, wenn sein Verfasser überdies noch über Kenntnisse aus dem Fetisch-Kapitel des ersten Bandes des »Kapital« verfügt. Auch die »Nürnberger Nachrichten«, die am Wohnort des Autors erscheinen, sind ihm teuer. Für Robert Kurz haben sie wohl eine ähnliche Funktion wie die »Stuttgarter Zeitung« für Wolfgang Pohrt: als Tor zur Welt.

Zuschlechterletzt aber ist »Krise« bei ihm doch wieder identisch mit dem guten alten Kladderadatsch. »Es muß also wohl die dritte und letzte Schuldenkrise kommen, diejenige der westlichen Defizitökonomien selbst, die dann auch die letzten vermeintlichen Sieger Japan und BRD in den Abgrund reißen und eine Weltwirtschaftskrise bisher nicht gekannten Ausmaßes auslösen wird.« Und: »Es ist also zu erwarten, daß die bürgerliche Welt des totalen Geldes und der modernen Ware, deren Logik die sogenannte Neuzeit mit immer aufsteigender Dynamik konstituiert hat, noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts in ein dunkles Zeitalter von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist.« Hier handelt es sich nicht mehr um Theorie, sondern um Roulette. Man setzt auf Jahreszahlen - hier: 1991 - 1999 - und spekuliert, daß die Kugel auf einer von ihnen liegenbleibt. Es gibt keinen Beweis dafür, daß die gegenwärtige Stabilität in den Hauptländern des Kapitals noch lange anhalten wird - aber auch nicht dafür, daß sie in einem totalen Kollaps endet. So unwissend sind wir tatsächlich. Im sozialwissenschaftelnden Feuilleton aber ist die Prognose nur ein Stilmittel, mehr nicht.

Robert Kurz ist von den etablierten Metropolen-Intellektuellen, die er so gekonnt verspottet, weniger weit entfernt, als er selber wohl meint. Wo diese sich in Sektlaune befinden, gefällt ihm das wohlige Grauen. Die konsumfreudigen Citoyens werden es als Digestif zu schätzen wissen.

Karl Hermann Tjaden: Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1990

Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1991, 289 Seiten, 44 Mark

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 10/91 einen Nachruf auf KPdSU und UdSSR

Konkret 12/91, S. 35

Reimar Paul

EK III in Grün-Braun

Der Ökofaschist Herbert Gruhl hat endlich das Bundesverdienstkreuz bekommen - von der niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn

Nichts Geringeres als das Bundesverdienstkreuz am Bande hat die niedersächsische Umweltministerin und ehemalige Greenpeace-Aktivistin Monika Griefahn dem rechtsextremen Umwelt- und Heimatschützer Herbert Gruhl am 7. Oktober um den Hals gehängt. »Mit seinem weltweit erschienenen Bestseller ‘Ein Planet wird geplündert’«, erklärte die Ministerin zur Begründung ihrer Entscheidung, »hat er die Diskussion über die Grenzen des Wachstums in der breiten Öffentlichkeit entfacht.« Gruhls besonderes Verdienst bestehe darin, »den Gedanken des Umweltschutzes und der Umweltvorsorge überhaupt erst in das politische und öffentliche Bewußtsein getragen« zu haben. Nicht zuletzt, so Griefahn, sei der Orden für den 70jährigen auch deshalb gerechtfertigt, weil der Geehrte sich »nicht in das Schema einer Partei« habe pressen lassen.

Die parteilose Griefahn, die durchaus auch unter linken Ökologen Zustimmung gefunden hatte, bis sie im Frühsommer vor Töpfers drohendem Zeigefinger kuschte, Atommülltransporte ins Gorlebener Zwischenlager dirigierte und Polizei gegen Sitzblockierer aufmarschieren ließ, war nach den Landtagswahlen im vergangenen Jahr auf dem Ticket der SPD ins hannoversche Kabinett gerutscht. Hätte sie sich - eine arge Zumutung, gewiß - mit der einschlägigen sozialdemokratischen Publizistik vertraut gemacht, wäre ihr womöglich ein Artikel im SPD-Pressedienst »blick nach rechts« vom Januar ‘91 aufgefallen, in dem es über den von ihr über den grünen Klee gelobten Sachbuchautor Gruhl und sein Hauptwerk hieß: »Das damals erschienene Buch ‘Ein Planet wird geplündert` wurde eher irrtümlich zum Bestseller... Wer es las, fand darin knallharten Darwinismus mit einem fragwürdigen Demokratieverständnis, was den Vorwurf nach sich zog, Gruhl sei ‘Ökofaschist`.«

Herbert Gruhl, seit 1954 CDU-Mitglied und bald darauf Vorsitzender des Kreisverbandes Hannover-Nord, wurde 1969 in den Bundestag gewählt, dem er drei Legislaturperioden angehörte. Er war zeitweise Vorsitzender der Arbeitsgruppe ‘Umweltvorsorge` der CDU/CSU-Fraktion und übernahm 1975 den Vorsitz im Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. Am 11. Juli 1978 verließ Gruhl die CDU, tags darauf schon gründete er die Grüne Aktion Zukunft (GAZ). Zusammen mit dem Alt-Rechten August Haußleiter von der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) des Georg Otto und der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH) schloß er ein Dreivierteljahr später das Wahlbündnis Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen, das es bei der Europawahl vom 10. Juni 1979 immerhin auf 3,2 Prozent der Stimmen brachte. Die auf dem Offenbacher Kongreß im November desselben Jahres versuchte Gründung einer grünen Partei ließ Gruhl an der Beteiligung bunter und alternativer Listen scheitern. Stattdessen hob er mit Unterstützung weit rechts stehender Ökologen wie Baldur Springmann, dem Ehepaar Ursula und Werner Haverbeck - beide nacheinander Vorsitzende des öko-faschistischen Weltbundes zum Schutz des Lebens (WSL) - und dem Nordseeschützer Konrad Buchwald die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) aus der Taufe, deren Vorsitzender er im März 1982 wurde.

Auf dem ÖDP-Bundesparteitag im Januar 1989 in Saarbrücken trat Gruhl zusammen mit einem Drittel der Delegierten aber wieder aus, um anschließend eine neue Vereinigung, den Arbeitskreis Ökologische Politik, ins Leben zu rufen. Gruhls Vorwurf an die Adresse seiner alten Partei: die ÖDP sei zu einer »links-katholischen Sekte« verkommen, der »einzig gravierende Unterschied zu den Grünen« sei nur noch »der Paragraph 218«. Bruchpunkt war in Wahrheit jedoch eine mit knapper Mehrheit angenommene Erklärung des Parteitags, die eine formale Abgrenzung zur NPD und den Republikanern ziehen sollte.

Mit dem Etikett »links-katholische Sekte« allerdings kann man der ÖDP ungerechter kaum werden. Aufrufe zu Demonstrationen - wie am 16. Juni 1989 - unter dem Motto »Leben und leben lassen, Solidarität mit den Schwangeren« offenbaren das politische Selbstverständnis der 2.000-Mitglieder-Partei ebenso wie ein lebensschützerisch-völkisches Programm oder ein zum Hannoveraner Schlesier-Treffen verteiltes Flugblatt des niedersächsischen ÖDP-Landesverbandes, in dem unter anderem zu lesen war: »Was sollen Heimatvertriebene von einer Bundesregierung erwarten, welche die Oder-Neisse-Linie als ‘endgültige deutsche Ostgrenze` bezeichnet, obwohl die Grenzfrage erst bei der Gewährung eines Friedensvertrages auf die Tagesordnung gesetzt werden kann? Wir Ökologischen Demokraten meinen: Deutschlandpolitik muß zuerst den Menschen dienen. Deshalb treten wir besonders für die ca. 1,1 Millionen Deutsche (!), die immer noch jenseits von Oder und Neisse ohne elementarste Grundrechte leben, ein.«

Dies alles jedoch war Gruhl, der seit Mitte der achtziger Jahre häufig auch als Gastredner bei Versammlungen Schweizer Neonazis oder auf Kongressen geschichtsrevisionistischer Gruppen auftrat, noch nicht stramm genug. Im Arbeitskreis Ökologische Politik setzte er als einen der ersten Beschlüsse die Forderung nach einem »Einwanderungsstop aus ökologischen Gründen«durch. Ausländer, dies die ebenso originelle wie rassistische Begründung, belasten die deutsche

Umwelt nämlich mehr als die Deutschen. Erstens kommen sie vielfach aus warmen Ländern, weshalb sie hier ständig frieren und heizen müssen. Viel heizen aber, das hat Gruhl schon in »Ein Planet wird geplündert« aufgedeckt, ist schlecht für die Luft. Zweitens gibt es da, wo die Ausländer herkommen, kein oder doch nur ein sehr unterentwickeltes Umweltbewußtsein. Und drittens fehlt den Fremden zu Deutschland einfach der emotionale Bezug, so daß ihnen der Erhalt der deutschen Natur und Umwelt gar nicht so wichtig ist.

In seiner neuen Truppe hat Herbert Gruhl sich abermals mit rechtsradikalen Mitstreitern umgeben. So zählen zum Mitarbeiterstab der Hauszeitschrift »Ökologie« neben zahlreichen Ex-Republikanern auch die Nationalrevolutionäre Heinz-Siegfried Strelow und Wolfram Bednarski. Gleichzeitig haben sich die Chef-Denker im Arbeitskreis Ökologische Politik auch Publikationsmöglichkeiten in anderen rechten Pamphleten geschaffen - als Autoren ebenso wie als »Interviewpartner«. In einem Gespräch mit Redakteuren der »Jungen Freiheit«, dem publizistischen Flaggschiff der Nationalrevolutionäre, ließ sich Gruhl zuletzt im Frühjahr über die Frage aus, ob die ihn umtreibenden Probleme des Umwelt- und Lebensschutzes in einer Demokratie überhaupt gelöst werden können: »Wahrscheinlich nicht, denn die Demokratie folgt dem Zeitgeist. Und der Zeitgeist ist in allen Ländern der Welt weiterhin programmiert auf Steigerungen des Wohlstandes. Parteien, die davor warnen und von Verzicht reden, haben offensichtlich keine Chance.«

Nun wäre Herbert Gruhl aber der letzte, der trotz soviel Politfrusts seine Hände in den Schoß legen und nicht bis zum letzten Atemzug seinen Traum von einer »Öko-Diktatur« zu erfüllen trachten würde. »Den Freundinnen und Freunden des Arbeitskreises ist zu sagen«, schrieb er jüngst in einem Leserbrief an die »Hannoversche Neue Presse«, »daß unser Tätigkeitsfeld nur noch außerhalb der Parteien liegen kann... Wie wir unsere Gemeinschaft auch künftig nennen werden, sie wird allen echten Ökologen offen stehen. Wenn wir nicht auseinanderlaufen, sondern zusammenbleiben, dann könnten wir zu einem neuen Kristallisationspunkt werden.«

Im niedersächsischen Umweltministerium will man von alldem nichts gewußt haben. Der Computer des Hausarchivs, so beteuerte eine Sprecherin, habe nichts, aber auch gar nichts Böses über den neuen Bundesverdienstkreuzträger ausgespuckt. Im Gegenteil, der Herr habe bei der Ehrung einen so guten Eindruck hinterlassen, daß die gegen ihn ins Feld geführten Behauptungen sich doch wohl von alleine erledigt hätten. Außerdem sei Gruhl ja nicht für die Mitgliedschaft in irgendwelchen Parteien ausgezeichnet worden, sondern - wie es Frau Griefahn auch ganz richtig formuliert habe - für seine Verdienste um den Umweltschutz.

Reimar Paul interviewte für KONKRET 11/88 den Trotzky-Enkel S.W. Bronstein

Konkret 12/91, S. 36

Wend Berghänel

Menschen am Werk
Gute Gründe

Seit mit dem Scheitern des Putsches in der Sowjetunion die Niederlage des Sozialismus gleichsam geschichtsoffiziell geworden ist, widmet sich die westliche Welt mit Inbrunst und Häme den noch verbliebenen »letzten Bastionen des Kommunismus«. Ihre besondere Aufmerksamkeit hat sie dabei auf das mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen kämpfende Kuba gerichtet, von dessen sozialen und politischen Errungenschaften die ausgeplünderten Massen der Dritten Welt nur träumen können Zwei Beiträge über ein Land, dessen Bevölkerung und politische Führung Slums, Analphabetismus und Todesschwadrone nicht für erstrebenswert halten

Auch die liberale deutsche Öffentlichkeit ist felsenfest davon überzeugt: »Kuba wird sich früher oder später der Freiheit öffnen müssen.« So festgesetzt hat sich diese Gewißheit in den Redaktionen von Funk und Fernsehen, daß die Frage »Warum sollte es eigentlich?« nur ein verständnisloses Kopfschütteln oder allenfalls einen Hinweis auf den unaufhaltsamen Siegeszug des Kapitalismus erntete. Wer dennoch auf ihr beharrt – etwa weil er, streng marktwirtschaftlich, wissen möchte, welchen Preis diese »Freiheit« denn hat und wer ihn bezahlen soll – , bekäme wahrscheinlich nichts anderes als die Reizvokabel »Repression« und eine wenig schmeichelhafte Beschreibung des kubanischen Staats- und Parteichefs Fidel Castro zu hören, der »ein Fossil«, »starrsinnig« und »dem alten Denken verhaftet« sei, weil er die »Zeichen der Zeit« nicht erkennen wolle. Im »Spiegel« prophezeite Carlos Widmann: »Das wird ihn teuer zu stehen kommen: Passable Gesundheit vorausgesetzt, dürfte Dr. Fidel Castro den Untergang der kubanischen Revolution noch am eigenen Leibe erleben.«

Ginge es bei alldem bloß um einen Propagandakrieg, hätte der alte Revolutionär nichts zu befürchten. Aber Kuba kämpft nicht gegen Argumente, sondern gegen eine nunmehr drei Jahrzehnte andauernde US-Wirtschaftsblockade und gegen das historische Pech, vom ehemaligen Verbündeten Sowjetunion nach und nach im Stich gelassen zu werden. Schon drängen die USA auf einen totalen Wirtschaftsboykott gegen die vom Zuckerexport und Ölimport abhängige Karibikinsel und verstärken unter massiven Drohungen gegen potentielle neue Handelspartner in Lateinamerika ihr Embargo.

Zu diesen politisch geschaffenen Fakten bilden die publizistischen Attacken der liberalen »Kuba-Kenner« lediglich die propagandistische Begleitmusik. Ihr Ziel besteht in dem, was sie sonst stets nur beim Gegner entdecken: Feindbildpflege. Und die hat es in sich. Die Widerlegung der »sozialistischen Irrlehre« sowie die Legitimierung von »freedom & democracy« gehen nämlich andere Wege als die des herrschaftsfreien Dialogs. Ihre Devise ist das Dekret: Tausend Fliegen können nicht irren! Wenn alle Welt die Wende will und ein ganzer Staatenblock darüber zusammenbricht, dann müssen schließlich auch die Kubaner einsehen, daß es besser für sie ist, wenn sie ihren Hunger nach »Freiheit«, von dem sie womöglich gar nichts wissen, durch einen Entzug von Nahrungsmitteln stillen, den sie immerhin deutlich spüren werden.

Womit hat man es also auf Kuba zu tun, wenn weder die Staatsführung noch das von ihr vermeintlich drangsalierte Volk das einsehen will? Wenn die Kubaner trotz der Perestroika-bedingten Versorgungsschwierigkeiten nach wie vor der Ansicht sind, daß es angesichts des Elends ihrer lateinamerikanischen Klassenbrüder und -schwestern und der zunehmenden Not der »befreiten« Völker Osteuropas und der Sowjetunion gute Gründe gibt, am Sozialismus festzuhalten? Der »Spiegel« klärt auf: Mit einem »grauen Mangel-Sozialismus« und einer »starren Bevormundung durch den Maximo Lider«. Zwar kann sich Castro zum Leidwesen seiner westlichen Widersacher offenbar weiterhin des Zuspruchs der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung sicher sein – noch enthält beinahe jeder Bericht aus und über Kuba am Ende das Eingeständnis: nach wie vor keine nennenswerte Opposition. Doch »Spiegel«-Leser wissen mehr: »Bislang murren die Kinder der Revolution nur, sie rebellieren noch nicht offen. Doch unverkennbar haben die Sprößlinge des karibischen Sozialismus die Revolutionsepik satt... Sie sahen mit an, wie die Progressiven von damals über dem Versuch, vor der Nase der USA eine kommunistische Gesellschaft aufzubauen, zu grauen Parteiideologen erstarrten. Inzwischen hat die Diktatur der Partei das Land in einen der repressivsten der kommunistischen Staaten verwandelt. Das Volk, das einst die lebensfrohe Salsa-Musik schuf, hat seine Latino-Leichtigkeit verloren...«

Es fragt sich, warum die Kubaner eigentlich Batista verjagt und den sozialistischen Kurs der Castro-Regierung bis heute unterstützt haben. Weil sie die Maßnahmen satt hatten, mit denen die vorrevolutionären Diktaturen ihre »Latino-Leichtigkeit« stimulierten? Wie auch immer, die antikommunistische Hetze des »Spiegel«, die keine andere Farbe als Grau zu kennen scheint, ist so ganz farbenblind denn doch nicht: »In der neuen Gesellschaft braucht keiner mehr zu hungern, die medizinische Versorgung ist gratis. Jeder erhält heute kostenlos eine Ausbildung. So konnte – einmalig in der Dritten Welt – der Analphabetismus ausgerottet werden, Slums und Bettler verschwanden.«

Tatsächlich blieb Kuba bis dato von Rohstoffbörsen, freiem Welthandel, IWF und Weltbank verschont. So konnte für das Volk produziert werden, ohne daß das Land ausländischen Verwertungsinteressen unterworfen wurde; ein Umstand, der den Castro-Sozialismus in vielerlei Hinsicht nicht nur von den Staaten Lateinamerikas positiv unterscheidet.

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden lagen die Kubaner 1985 mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 77 Jahren vor allen übrigen amerikanischen Staaten – auch vor den USA (76). In Argentinien lag sie zur gleichen Zeit bei 70, in Guatemala gar nur bei 60 Jahren. Die Säuglingssterblichkeit ist in Havanna geringer als in Washington D.C.. Mit einem Arzt pro 443 Einwohner erreicht Kuba nahezu BRD-Standard. Die medizinische Versorgung ist, auch wenn der Exportzwang Aspirin mittlerweile zur Mangelware gemacht hat, nach wie vor gut und kostenlos. Denn im Gegensatz zum AOK-Leidensgenossen braucht ein kranker Kubaner eines nicht zu befürchten: daß Profite der Pharmaindustrie und Rentabilität des Gesundheitswesens wichtiger sind als eine vernünftige ärztliche Behandlung. Ebenso hält der kubanische Staat die Tatsache, daß Erziehung und Ausbildung des Nachwuchses teuer sind, keineswegs für einen Grund, das kostenlose Erziehungs- und Bildungssystem zu reformieren (d.h. abzuschaffen). Daß die Kubaner gebildet sein und genug zu Essen haben sollen, ist eben nicht nur Gegenstand von Wahlkampfreden ihrer Politiker. Darauf verstehen sich die benachbarten Staatsführer sehr viel besser: –

»100 Jahre Frieden, Wohlstand und Demokratie« versprach etwa Raoul Alfonsin den Argentiniern, als er 1983 zum Präsidenten gewählt wurde. In den folgenden sechs Jahren sanken die Reallöhne um bis zu 60 Prozent, die jährliche Inflationsrate betrug durchschnittlich 400 Prozent. Nachdem Amnesty International für die Jahre 1976-1983 30.000 Tote Argentinier als Opfer des »schmutzigen« Krieges der Militärs gegen ihr eigenes Volk gezählt hatte, bezifferte Unicef die Zahl der allein im Jahre 1988 an Unterernährung gestorbenen Kinder mit 20.000. Von den rund 32 Millionen Einwohnern leben laut amtlicher Statistik 9 Millionen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, die Hälfte davon in den 19.000 »villas miserias« (Slums). Hungerrevolten, in deren Verlauf Supermärkte geplündert wurden, ließ Alfonsins Nachfolger Menem blutig niederschlagen – Voraussetzung für eine weitere Kreditierung durch IWF, Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank. –

Im Dezember '89 berichtete der »Spiegel« von ähnlichen Zuständen in Brasilien. In der »nach Indien und den USA der Erde drittgrößten Demokratie« mit ihrem »unerschöpflichen Reichtum« sind zwei Drittel der Bevölkerung unterernährt. Von 1.000 Säuglingen sterben 50 vor ihrem ersten Geburtstag. 7 Millionen Kinder vagabundieren obdachlos in den Straßen der Großstädte. Allein in Sao Paulo wurden 1988 4.500 Morde registriert. »Elend, Verbrechen, über 1.000 Prozent Inflation und drohende Massenstreiks – harte Zeiten für...« – wen wohl? – ». . .den neuen demokratischen Präsidenten Collor de Mello« (»Spiegel« 52/1989). –

Als es im Februar 1989 in Venezuela zu einem der zahlreichen »IWF-Aufstände« kam, mußten gleich mehrere hundert Menschen mit ihrem Leben dafür bezahlen, daß sie sich gegen ihre weitere Verelendung zur Wehr setzten. Perez' Austeritätspolitik nach IWF-Vorschrift hatte zuvor u.a. zu einer Erhöhung der Brotpreise um bis zu 300 Prozent, der Benzinpreise um 100 und der Bustarife um 30 Prozent geführt. Das Realeinkommen war seit 1983 um 38 Prozent gefallen. –

In Mexiko lag Angaben der CEPAL (Comision Economica para America Latina y el Caribe) zufolge der städtische Minimallohn 1988 bei 53,6 Prozent des Niveaus von 1980, – bei einer Inflationsrate von weit über 100 Prozent. –

In der kolumbianischen Hauptstadt Bogota leben 10.000 obdachlose Kinder im Alter zwischen 8 und 15 Jahren. Knapp die Hälfte der 30 Millionen Einwohner Kolumbiens gilt als völlig verarmt. Ein Drittel der Bevölkerung haust in den Elendsgürteln rund um die großen Städte; in Chile drängt sich ein Viertel der Bevölkerung in den Slums von Santiago zusammen.

Dies alles blieb den Kubanern bis heute erspart, was ja immerhin für ihr Staatswesen sprechen könnte – wenn der aufmerksame Beobachter vom »Spiegel« nicht folgendes bemerkt hätte: »Für die ( ) Jugendlichen sind Gratisausbildung, Gratismedizin und ausreichende Ernährung selbstverständlich geworden. Sie vergleichen sich nicht mit den Altersgenossen in Brasilien, Bolivien oder Chile, die betteln, stehlen oder sehr früh hart arbeiten müssen, um zu überleben. Seit jeher ist der Blick der Kubaner auf den Nachbarn im Norden gerichtet. Wie sehr Fidel Castro sich auch anstrengt, die Yankees zu verteufeln – die neuen Generationen messen sich an ihren Vettern in Florida.«

Wohlgemerkt: Im Vergleich der Systeme ist es der kubanische Sozialismus, der über ein Sozialwesen verfügt, von dem die freien Völker Lateinamerikas nur träumen können, nicht umgekehrt. Und was lernen wir daraus? Nicht etwa die bolivianischen, chilenischen und brasilianischen Massen haben allen Grund, ihr Gesellschaftssystem umzustürzen, sondern die kubanischen! Nach dem Vorbild USA obendrein ! Für diese Empfehlung vergißt der »Spiegel« sogar seine eigenen Reportagen über das Elend von mexikanischen Einwanderern, Arbeitslosenheeren und Obdachlosen im »Land der unbegrenzten Möglichkeiten«. Selbstverständlich wird auch verschwiegen, daß kubanische Jugendliche wie ihre »Altersgenossen in Brasilien, Bolivien oder Chile« werden »betteln, stehlen oder sehr früh hart arbeiten« müssen, »um zu überleben«, wenn ihr Land wirklich eines Tages so »frei« gemacht worden sein sollte wie der Rest Lateinamerikas.

Anläßlich des 4. Parteitages der KP Kubas im Oktober dieses Jahres erreichte die antikubanische Häme der deutschen Medien einen neuen Höhepunkt. Selbst die materiellen Einschränkungen im Gefolge der US-amerikanischen Blockade, die seit der Einstellung der sozialistischen »Bruderhilfe« aus Moskau bislang keineswegs in dem Maße zunehmen, wie das zu

befürchten war, dienten nur mehr als genüßlich herangezogener Beweis für die Unfähigkeit der Castro-Regierung, ordentlich zu wirtschaften. Nicht einmal ein Handelsembargo und den sowjetischen Lieferstopp kann Kubas Planwirtschaft verkraften? Na also, und eben deshalb muß sie endlich dem freiem Unternehmertum weichen.

In der »Zeit« hat Carl D. Goerdeler sich nicht die geringste Mühe gegeben, seine Schadenfreude angesichts der ökonomischen Probleme Kubas zu kaschieren: »Moskau finanzierte die Wohlfahrt Kubas mit jährlich bis zu fünf Milliarden Dollar. Auch das Erziehungssystem und das Gesundheitswesen, die das Regime gerne als seine Errungenschaften vorzeigt, sind nicht mit eigenem Geld bezahlt. Vom kommenden Jahr an wird der Osthandel zu den für Kuba günstigen Konditionen vollständig eingestellt. Dann wird mit harten Devisen abgerechnet. Verzweifelt versucht die Führung in Havanna, an Dollar zu kommen... Das Wirtschaftsembargo, das Amerika seit der Enteignung amerikanischer Unternehmen 1962 gegen Kuba praktiziert, soll im Forum der Vereinten Nationen als 'völkerrechtswidriges Verbrechen' verurteilt werden – so dringlich ist für Kubas Kommunisten auf einmal der Handel mit den Erzimperialisten.«

Hat der Mann etwas gegen Ausbildung und Gesundheit? Wenn nicht, warum hätte Kuba dann sein Erziehungs- und Gesundheitswesen nicht mit sowjetischer Hilfe voranbringen sollen? Auf Unterstützung aus dem Westen konnte es schließlich nicht hoffen. Oder ist die »Zeit« dann zufrieden, wenn Kuba seine Bevölkerung allein aus eigener Kraft mit Schulen und Ärzten versorgt? Das allerdings ginge wiederum nur auf Kosten der bezweckten sozialen Versorgung. Wo wäre also der Nutzen?

Es hilft alles nichts. Das Verbrechen des Regimes ist es selbst. Doch demnächst wird »abgerechnet«. Mit »harten Devisen«. Und mit Westhandel zu weniger günstigen Konditionen. Dann wird Kuba auf Knien kommen und die lieben Herren Imperialisten um Gnade und Kredite bitten. Doch mit diesen wird es auch jene nicht geben, sondern bloß den Versuch, einen Zustand wiederherzustellen, der, vergleicht man ihn mit dem tatsächlich Erreichten, beinahe paradiesisch gewesen sein muß: »Nach 32 Jahren kommunistischer Herrschaft geht es den Kubanern schlechter als unter der Diktatur, gegen die sie damals aufbegehrten« (»Zeit«, 11 .10.91).

Wend Berghänel ist Politikwissenschaftler und lebt in Marburg

Konkret 12/91, S. 38

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Menschen am Werk
Nicht im Handstreich

Seit mit dem Scheitern des Putsches in der Sowjetunion die Niederlage des Sozialismus gleichsam geschichtsoffiziell geworden ist, widmet sich die westliche Welt mit Inbrunst und Häme den noch verbliebenen »letzten Bastionen des Kommunismus«. Ihre besondere Aufmerksamkeit hat sie dabei auf das mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen kämpfende Kuba gerichtet, von dessen sozialen und politischen Errungenschaften die ausgeplünderten Massen der Dritten Welt nur träumen können Zwei Beiträge über ein Land, dessen Bevölkerung und politische Führung Slums, Analphabetismus und Todesschwadrone nicht für erstrebenswert halten

Die kubanische Revolution sieht sich zur Zeit hart bedrängt: Versorgungsprobleme und Produktionsstillstände infolge ausbleibender Lebensmittel-, Rohstoff-, Ersatzteil- und Erdöllieferungen; Anfeindungen von allen Seiten; verschärfte diplomatische Intrigen, Subversionsangriffe, Drohungen und Provokationen – bis an die Grenze offener Kriegshandlungen – von seiten der USA.

Mit dem warnenden Beispiel der »friedlichen Revolutionen« in Europa vor Augen, weigert sich die Führung, mit einem sichtlich verjüngten Fidel Castro an der Spitze und einig mit der großen Mehrheit der Bevölkerung (nicht nur mit den 600.000 Mitgliedern der neuerdings inoffiziell so genannten »Partei des kubanischen Volkes«), allen Schwierigkeiten, Pressionen und besserwisserischen Ratschlägen zum Trotz, ihren sozialistischen und antiimperialistischen Kurs aufzugeben, und sammelt statt dessen alle Kräfte für einen langwierigen Überlebenskampf zur Wut nicht zuletzt der Schreibtischhelden des Kalten Krieges, die nun ihre übliche antikubanische Hetze und dreiste Desinformation bis ins Groteske treiben und damit so manchem die letzten Reste von Feinderkennungsfähigkeit und den Sinn für Proportionen durcheinanderbringen.

Anlaß, einiges in Erinnerung zu bringen und klarzustellen:

Die Geschichte der kubanischen Revolution ist großenteils die Geschichte des inzwischen 32jährigen Zermürbungskriegs der Supermacht USA gegen sie. Trotzdem kann man sie nicht anders als geglückt nennen, wenn man sie an ihren Zielen – die Nation zu befreien, Hunger und Seuchen zu beseitigen, ein egalitäres Ausbildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen zu schaffen, das Elend der Landbevölkerung, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Industrialisierung voranzutreiben und so etwas wie Demokratie (von ausdrücklich anderem als US-Zuschnitt) herzustellen – mißt und an dem, was der Ausgangslage nach vergleichbare Länder zustandegebracht haben. Ihre Führung verdient für ihr ausdauernd zielbewußtes, umsichtiges und phantasievoll pragmatisches Agieren und ihr Geschick, die Massen einzubeziehen und zu aktivieren, nur Bewunderung. Daran ändert auch die erhaltene UdSSR-Hilfe nichts, hat diese doch nicht mehr geleistet, als die Wirkungen der US-Obstruktion zu neutralisieren.

Daß auch in Kuba Menschen am Werk waren, die noch dazu anfangs alles Wesentliche erst lernen mußten und immer wieder Fehleinschätzungen, mit Rückschlägen im Gefolge, erlegen sind, und daß vieles zu tun noch aussteht, kann nur bemäkeln, wer seine Europäerpräpotenz nicht zügeln und/oder sich nicht vorstellen kann, wie ein kolonialistisch deformiertes Land aussieht und welch eine Aufgabe es ist, ein solches zu sanieren, gar in einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat umzuwandeln.

Denn: Kuba ist heute – auch jetzt noch, mitten in der Krise – das einzige Land südlich der großen Seen ohne Hunger, Slums und Obdachlosigkeit, ohne Straßenkinder, Bettler und unversorgte Alte, ohne Rassendiskriminierung, Kinderarbeit, Drogenprobleme und organisiertes Verbrechen, ohne Polizeieinsätze gegen Demonstranten und überhaupt ohne politisch motivierte Gewalt. Nicht nur im Kontrast zur Hölle ständiger Existenzbedrohung und Oligarchenwillkür, die die lateinamerikanische Normalgesellschaft für die Masse ihrer Bürger darstellt, erscheint es wie einer andern Welt zugehörig. Mit seinen Indices für Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität, Kalorienaufnahme, Beschulungsgrad, Ärztedichte, Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung und Bevölkerungswachstum wie auch hinsichtlich Sexualaufklärung und Frauenemanzipation liegt es auf OECD-Niveau, und mit seiner konsequenten Antimarginalisierungspolitik, seinem praktizierten Internationalismus (3 .000 Leben für Angola und Namibia, 2.000 Mediziner in Dritte-Welt-Ländern, 20.000 Stipendiaten aus diesen auf der Jugendinsel, bisher 6.000 tschernobylgeschädigte Kinder zu Kuraufenthalten...), der politischen Bildung seiner Bevölkerung und – ja, auch das sagt was aus – der Popularität seines Commandante en jefe, bei dessen Erwähnung nicht wenige, Ältere vor allem, schlichtweg lyrisch werden, steht es einzig da.

Auch die Zahl von ca. 200 politischen Häftlingen, alle in öffentlichen Prozessen verurteilt, erscheint in Anbetracht der tausenderlei Sabotage- und Subversionsprojekte, die die CIA, unbestritten, auf der Insel am Laufen hat, eher niedrig, zumal wenn man weiß, daß es trotz intensivster Bemühungen bisher nicht gelungen ist, das Vorkommen von Folter in kubanischen Gefängnissen glaubhaft zu machen.

Entsprechendes gilt, wenn man auf beliebige arme Länder in der Nachbarschaft der reichen schaut, für die ca. 250.000 Menschen, die nach den ersten Revolutionsjahren noch die Insel verlassen haben, und die zur Zeit ca. 30.000 Auswanderungswilligen (denen übrigens nicht die Ausreise aus Kuba, sondern die Einreise in die USA verweigert wird – es sei denn, sie kommen als »Bootflüchtlinge«).

Beliebt ist die Frage, warum denn, wenn die Revolution sich doch so bewährt habe, die kubanische KP keine Konkurrenz dulde, und warum »Castro keine freien Wahlen zuläßt«. Was das letztere betrifft, ist einfach zu konstatieren, daß in Kuba seit 1976 alle zweieinhalb Jahre Kommunalparlamente gewählt werden, daß dabei – bei hoher Wahlbeteiligung – frei und geheim zwischen zwei bis acht in Wohnviertelversammlungen nominierten, nicht obligatorisch parteigebundenen Kandidaten gewählt wird, daß die Gewählten ihren Wählern regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen und dabei abgesetzt werden können und daß bei den Wahlen gewöhnlich etwa die Hälfte der Abgeordneten ausgewechselt wird. Die Provinzparlamente und die Nationalversammlung sind bisher durch die Kommunalparlamente indirekt gewählt worden, was sich aber demnächst ändern wird.

Korrekt ist andererseits, daß konterrevolutionäre Parteien – und nur an solche ist gedacht, wenn westliche Journalisten und Politiker nach »Pluralismus« schreien – im revolutionären Kuba keine Chance haben. Dazu weiß man zu gut Bescheid über die Symbiose zwischen bürgerlichem Parlamentarismus und Kapitalismus und darüber, daß die gewünschten zusätzlichen Parteien nichts anderes als trojanische Pferde sein sollen.

Wenn's schließlich um die Frage geht, warum die kubanische Führung partout an der Planwirtschaft festhalten und nicht zu der – außer für 90 Prozent der Betroffenen – so ersprießlichen »Marktwirtschaft« übergehen will, fällt es schwer, die Unterstellung, daß das, was entwickelt worden ist, auch oder gar besser ohne detaillierte Planung, nicht zuletzt im wirtschaftlichen Bereich, hätte entwickelt werden können, und die Empfehlung, hier ausgerechnet jetzt Wesentliches zu ändern, anders als hirnrissig zu nennen.

Die Revolution hat derzeit keine ernstzunehmenden inneren Feinde. Die Reste der alten Bourgeoisie und ihre Sprößlinge sind integriert und, soweit nicht, isoliert oder unter Kontrolle. Die paar hundert Selbstverliebten, politisch Naiven, mit »westlichen Freiheiten« Liebäugelnden unter den Kulturschaffenden dürften kaum ein konterrevolutionäres Potential darstellen, zumal die Einschränkungen, denen sie unterworfen sind, nichts sind gegen das, was in Osteuropa galt. Die frustrierten Konsumansprüche von Teilen der männlichen Großstadtjugend, die schon anfingen, zu einer Bedrohung zu werden, dürften in der jetzigen Konjunktur kaum noch Nahrung finden, wohl auch, weil die Führung, die Problematik erkennend, inhaltlich und personell einen zunehmend jugendorientierten Kurs steuert.

Für el imperio freilich bedeutet das, daß es, wenn es das älteste seiner Niederlagetraumen überwinden und die liebste seiner Kolonien zurückgewinnen will, auf weiter verschärfte ökonomische und diplomatische Kriegführung setzen muß und, wenn das, wie's aussieht, nicht greift, auf militärische. Da allerdings müßte es sich entschließen, das Land, in dem immerhin einige hunderttausend US-Bürger Verwandte haben, in Schutt und Asche zu bomben. Eigene Verluste lieben die Wähler jedoch nicht, und im Handstreich ist Kuba nicht zu nehmen.

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep war Professor für Psychologie an der RWTH in Aachen und lebt jetzt in Hackas/Schweden

Konkret 12/91, S. 40

Harold Pinter

Oh, Superman

Den folgenden Text - eine scharfe Kritik der Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten - hat der englische Dramatiker Harold Pinter am 31. Mai 1990 in der TV-Sendung »Opinion« im Channel 4 der BBC verlesen. Er wird hier erstmals in deutscher Übersetzung veröffentlicht

»The Economist«, eine Zeitschrift mit weltweiter Verbreitung, veröffentlichte im Februar dieses Jahres einen Leitartikel unter der Überschrift »Ja. Sie sind die Supermacht.« In ihm wurde festgestellt, daß nur noch die Vereinigten Staaten als Supermacht gelten können, und dann erklärt, daß es Amerikas Rolle sei, den anderen Ländern dabei zu helfen, die Welt zu einem sichereren und reicheren Ort zu machen. Der Artikel schloß mit dem folgenden Absatz: »Eine moderne Supermacht muß etwas sein, das die Kleineren bewundern, ja beneiden. In den letzten zwölf Monaten haben wir den Triumph der westlichen Ideale, der Demokratie und des Markt-Kapitalismus erlebt. Einer der Hauptgründe für diesen Triumph liegt darin, daß Amerika in den Nachkriegsjahrzehnten seinen Idealen nachgelebt hat, während das marxistische Dogma seine korrupte Wirklichkeit offenbarte. Amerika selbst muß ein Land der Möglichkeiten und Offenheit bleiben, damit es besser dafür sorgen kann, daß der Rest der Welt ebenfalls diesen Weg geht. Over to you, Superman.«

Was die vierzig Millionen Amerikaner, die an oder unter der Armutsgrenze leben, dazu sagen, kann man sich vorstellen.

Dennoch möchte ich dieser Frage nach einer korrupten Wirklichkeit nachgehen und sehen, worauf genau sie anzuwenden ist. (Es ist übrigens festzustellen, daß Mittelamerika im Leitartikel des »Economist« überhaupt nicht erwähnt wurde.)

Die USA unterhalten eine lange und rigoros besitzergreifende Beziehung zu den Ländern Mittelamerikas und der Karibik, und besonders aktiv ist sie zu Nicaragua. Im Jahr 1823 erklärte Präsident Monroe, daß jede Einmischung einer europäischen Macht in die Angelegenheiten der in Mittelamerika neu erstehenden Republiken als unfreundlicher Akt gegenüber den Vereinigten Staaten angesehen werden würde. Die Monroe-Doktrin begründete das Recht, die Staaten Mittelamerikas zu »schützen«, und schon Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten als Imperialmacht in dieser Region fest etabliert und in der Lage, ihre Autorität und ihre Interessen mit brutaler Macht zu sichern.

US-Marines besetzten Nicaragua von 1912 bis 1925. Ein Jahr zogen sie sich zurück und kamen 1926 wieder, »um das Leben amerikanischer Bürger und amerikanisches Eigentum zu schützen«. Aber Augusto Cesar Sandino befand sich mit einer Guerilla-Kampfgruppe in den Bergen, und es gelang 4.000 Marine-Soldaten nicht, sie zu vernichten. 1927 forderte ein Captain der US-Marines Sandino auf, sich zu ergeben. Seine Antwort: »Ich habe Ihre Botschaft von gestern erhalten und zur Kenntnis genommen. Ich ergebe mich nicht und erwarte Sie hier. Ich will ein freies Land oder den Tod. Ich habe keine Angst vor Ihnen.«

Im Jahre 1933 zogen sich die Vereinigten Staaten schließlich aus Nicaragua zurück, aber nicht, ohne vorher eine Polizeitruppe aufgestellt, ausgebildet und ausgerüstet zu haben - die Nationalgarde, unter dem alleinigen Kommando von Anastasio Somoza, der schließlich Präsident wurde. Sandino lud man 1934 nach Managua ein, um mit Somoza einen Waffenstillstand auszuhandeln. Er begab sich guten Glaubens zu ihm. Somoza schüttelte ihm die Hand. Sandino verließ Somozas Residenz. Kurz danach hielt man seinen Wagen an, zerrte ihn heraus, stellte ihn an eine Mauer und erschoß ihn.

Das war der Anfang des Somoza-Regimes, einer Art königlicher Dynastie. Sie blieb über vierzig Jahre an der Macht und genoß die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten. Es mochte wohl eine bösartige und brutale Diktatur sein, aber sie war sehr gut für’s Geschäft.

Die Bevölkerung Nicaraguas - angeführt von den Sandinisten - stürzte dieses Regime im Jahre 1979, eine unglaublich populäre Revolution. Die Vereinigten Staaten sahen darin eine impertinente Tat und gingen unter Präsident Reagan daran, die Übeltäter zu vernichten.

Das ‘Verbrechen’ der Sandinisten war ein zwiefaches: 1. Sie hatten ihr Land vom amerikanischen Einfluß unabhängig gemacht und das Selbstbestimmungsrecht für sich reklamiert. 2. Sie hatten den Ländern dieser Region ein sehr schlechtes Beispiel gegeben: Wenn es Nicaragua erlaubt war, eigene Grundsätze für soziale und ökonomische Gerechtigkeit aufzustellen, wenn es ihm erlaubt war, den Zustand des Gesundheitswesens und des Erziehungssystems zu verbessern und für soziale Einigkeit und nationale Selbstachtung zu sorgen, so mußte das die Nachbarländer (in denen die Multis und die Banken der Vereinigten Staaten vitale Interessen hatten) in Unruhe versetzen; das hieße, daß sie anfangen würden, sich die gleichen Fragen zu stellen und schließlich das gleiche zu unternehmen. Meine Macht wäre gefährdet - ihre (die der Menschen in Mittelamerika) käme gefährlich zum Zuge, und das dient keineswegs meinem Vorteil. Deshalb müßt ihr zermalmt werden.

Die Sandinisten gingen daran, eine stabile und anständige Gesellschaft zu formen. Die Todesstrafe wurde abgeschafft. Über 100.000 Familien erhielten Grund und Boden; mehr als 2.000 neue Schulen wurden gebaut, der Analphabetismus wurde

auf weniger als ein Siebtel zurückgestutzt, die Malaria auf die Hälfte reduziert; Masern, Tetanus und Darminfektionen konnten dramatisch vermindert, die Säuglingssterblichkeit auf ein Drittel zurückgedrängt, die Kinderlähmung ausgetilgt werden.

Die Vereinigten Staaten denunzierten diese Errungenschaften als marxistisch-leninistische Subversion. Sie organisierten die Contras - eine militärische Einheit, die sich im wesentlichen aus der alten Nationalgarde Somozas rekrutierte. Ihre Politik war es, sich nicht auf Kämpfe mit den Sandinisten einzulassen, sondern soviel Chaos wie möglich zu schaffen, Gesundheitszentren, Farmen, Hospitäler und Schulen anzugreifen; so viele Frauen und Kinder wie möglich zu töten oder zu verstümmeln; Terror auszuüben. Diese Taktik empfahl ihnen zu dieser Zeit munter ein Handbuch des Terrorismus, verfaßt und verbreitet von der CIA. Deshalb bestand ihr Vorgehen auch keineswegs aus zufälligen Übergriffen - die Contras waren schließlich keine Horde von Fußballrowdies , sondern es war eine bewußte und systematische Politik, inspiriert und finanziert von den Vereinigten Staaten.

Die USA machten sich dann daran, eine Handelsblockade und ein Finanzembargo gegen Nicaragua zu verhängen. Sie wiesen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds an, jede finanzielle Hilfe für das Land einzustellen. Sie übten in dieser Hinsicht auch stärksten Druck auf die Länder Westeuropas aus.

Im Jahre 1984 riefen die Sandinisten trotz des eskalierenden Contra-Kriegs und der zunehmenden Schwäche ihrer Wirtschaft (50 Prozent des Staatshaushalts wurden für Verteidigung ausgegeben) zu einer Wahl auf. Sie wurde von Beobachtern aus der ganzen Welt allgemein als eine freie und demokratische Wahl anerkannt, auch von der Allparteien-Delegation des britischen Parlaments. Die Vereinigten Staaten zogen während des Wahlkampfs eine der Oppositionsparteien zurück und hofften so, die Wahl ungültig zu machen. Dieser Trick schlug fehl. 80 Prozent der Stimmberechtigten wählten. Weder Fälschung noch Manipulation wurden festgestellt. Die Sandinisten gewannen 67 Prozent der Stimmen.

An dem Tag, an dem das Wahlergebnis verkündet wurde, flimmerte eine Eilmeldung über die Bildschirme Amerikas. Sie lautete: »MIGS nach Nicaragua«. Es war ein brillanter Propaganda-Coup. Die Wahlresultate gerieten darüber in Vergessenheit. »Die Russen schicken MIGS nach Nicaragua! Wir werden demnächst angegriffen!« Natürlich schickten die Russen keine MIGS nach Nicaragua. Und die Sandinisten fielen auch nicht in Texas ein.

Im Februar 1985 sagte Mrs. Thatcher im Parlament: »Vizepräsident Ramirez hat mich besucht. Ich habe ihm unmißverständlich klargemacht, daß die künftigen Beziehungen meiner Regierung zu Nicaragua davon abhängen, welche Fortschritte dort auf dem Weg zur Demokratie gemacht werden.« Es schien ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein, daß die Menschen in Nicaragua gerade in demokratischen Wahlen abgestimmt hatten. Die Wahrheit ist, daß diese Tatsache seit Jahren sowohl von den amerikanischen wie von den britischen Medien ignoriert worden ist. Warum? Vielleicht, weil man glaubte, sie läge nicht im öffentlichen Interesse.

Es war viel effektiver, Nicaragua als einen marxistisch-leninistischen Kerker darzustellen. Und genau das tat Präsident Reagan. Er tat es so lange, bis er blau im Gesicht wurde. Es ist eine simple, sehr lebendige Rhetorik, der nur zu gern geglaubt wird. Reagan zog folgenden Vergleich: »Die Contras sind die moralische Entsprechung unserer Gründerväter und jener tapferen Männer und Frauen, die im französischen Widerstand waren.« Voriges Jahr wurde ein unbewaffneter Gewerkschaftsfunktionär der Sandinisten von den Contras gefangengenommen. Sie brachen ihm die Glieder, schnitten ihm die Lippen ab, stachen ihm die Augen aus und kastrierten ihn. Das ist die klassische Contra-Technik, wie sie immer wieder in Nicaragua Anwendung fand. Sie entspricht den Prozeduren der Todesschwadronen in El Salvador und Guatemala und steht in Übereinstimmung mit den Methoden, die die Vereinigten Staaten empfehlen, um Mittelamerika für die Demokratie rein zu halten. Ich meine, daß die Gründerväter von dieser Interpretation doch wohl leicht überrascht wären.

Warum taten die Vereinigten Staaten all das? Warum versuchten sie, ein schon von der Armut geplagtes Land in die Knie zu zwingen, zu Tode auszubluten? Sie selbst versicherten immer wieder: »Wir wollen, daß Nicaragua zur Demokratie zurückfindet.« Zur Demokratie zurückfinden hieß in diesem Fall natürlich Rückkehr ins Somoza-Regime, eine Rückkehr in die Diktatur. Die Vereinigten Staaten haben sich mit befreundeten Diktaturen immer gut verstanden. Sie haben viele davon kreiert und unterstützt. Sie hatten die allerbesten Beziehungen zu den Diktaturen auf Haiti, in Chile, in Guatemala, in Paraguay, und die Militärdiktaturen Argentiniens, Uruguays und Brasiliens konnten während der langen und schrecklichen Zeiten ihrer Herrschaft stets mit der wärmsten und vollsten Unterstützung durch die Vereinigten Staaten rechnen.

So wird also das einzige Land Mittelamerikas, das fünf Jahre nach dem Sturz einer Diktatur demokratische Wahlen abgehalten hat, selbst als Diktatur angeprangert, während seine Nachbarn, die tatsächlich Militärdiktaturen sind, als Demokratien hingestellt werden. Das heißt Sprache auf den Kopf stellen

Die Beziehung der USA zu einem befreundeten Diktator folgt einem festen Schema. Man installiert ihn, richtet seine Folterkammern ein, schickt ihm seine Experten und Berater, er bringt soviel tausend Menschen um, wie man für nötig hält, das Volk wird unterdrückt, und alles ist in Ordnung. Man hat eine stabile Gesellschaft, eine stabile Wirtschaft und kann seinen Geschäften nachgehen.

Dieser Zustand der Dinge hält ein paar Jahre an. Dann beginnt der Diktator, einen zu irritieren. Er wird zu groß für seine Stiefel. Er tut nicht genau das, was er soll. Man entdeckt, daß er ein Drogenhändler ist (was für eine Überraschung). Er fängt an, einen in Verruf zu bringen. Man destabilisiert ihn, man wird ihn los. Im Fall Panamas geht man natürlich selbst hin und schnappt ihn sich. Und während man das tut, bringt man tausend unschuldige Menschen um. Man behauptet, es seien zweihundert, und selbst wenn es zweihundert gewesen wären, so wären es doch zweihundert unschuldige Menschen gewesen. Aber in Panama City waren es tausend, die man einfach zweihundert nennt. Und man sagt: »Wir tun das, weil wir an die Demokratie glauben.«

Es darf nicht vergessen werden, daß die Vereinigten Staaten nie viel im Sinn hatten mit ‘moralischen Bedenken’. Die werden als Symptom der Verweichlichung angesehen. Die Vereinigten Staaten glauben an die Aktion, und die unternehmen sie nach Gutdünken.

Die Begriffe, mit denen solche Aktionen gerechtfertigt werden, sind dehnbar und simpel. »Wir beschützen das Christentum gegen den Kommunismus.« Ich habe es immer für eine Ironie gehalten, daß es in der sandinistischen Regierung drei Priester gab, zwei Jesuiten (den Kultusminister und den Minister für Erziehungsfragen) und einen Maryknoll-Missionar (den Außenminister). Die Amerikaner habe das nie kapiert. Es machte keinen Sinn. Schließlich war Nicaragua doch eine marxistisch-leninistische Militärdiktatur! Und daher atheistisch, denn natürlich kann es keinen marxistisch-leninistischen totalitären Staat geben ohne Atheismus, oder? Was hatten also diese drei Priester in der Regierung zu suchen? Im übrigen findet sich kein Bericht, nach dem die Sandinisten jemals einen Priester umgebracht hätten.

In El Salvador hat man es jedoch getan. Die Ermordung des Erzbischofs Romero im Jahr 1980, der gemeine Mord an den sechs Jesuiten der Mittel-Amerikanischen Universität im Jahre 1989 stehen an der Spitze der aberdutzend Priester, die in den letzten zwanzig Jahren in El Salvador gefoltert und getötet worden sind. Die USA geben der Armee El Salvadors über eine Million Dollar pro Tag, um das Christentum gegen das gefährliche Pack der marxistisch-leninistischen jesuitischen Atheisten zu verteidigen.

Wenn er Tag für Tag Lügen und wieder Lügen ausspuckt, ist schließlich der Lügner selbst davon überzeugt, daß er die Wahrheit sagt. Oder doch nicht? Die Reagan-Administration hatte sich angewöhnt, immer wieder auf etwas hinzuweisen, das sie das ‘Menschenrechts-Konto’ der Sandinisten nannte. Es wurde zu einer monotonen Floskel. Es war eine nie in Frage gestellte Behauptung. Die Wahrheit ist, daß das Menschenrechts-Konto der Sandinisten unendlich viel würdiger, seriöser und verantwortungsbewußter war als das der ganzen Region - mit der einzigen Ausnahme von Costa Rica. Aber wenn man den Dingen auf den Grund geht, so kann von der sandinistischen Regierung keineswegs gesagt werden, daß sie überhaupt ein ‘Menschenrechts-Konto’ besaß.

Es gibt keinen Bericht von Todesschwadronen unter der sandinistischen Regierung. Es gibt keinen Bericht über Folter. Es gibt keinen Bericht über systematische oder offizielle militärische Brutalität. Natürlich gab es gelegentlich Ausbrüche militärischer Rache für die Grausamkeiten der Contras, die von den Behörden zu Verbrechen erklärt und dem Gesetz entsprechend geahndet wurden.

Man vergleiche damit die Mißachtung der Menschenrechte in Guatemala und El Salvador. In Guatemala müssen wir von einem Genozid an der indianischen Bevölkerung sprechen. Männer, Frauen und Kinder hatten auf unbeschreibliche Weise unter Massakern zu leiden und unter brutalsten Überfällen. 160.000 Tote und Vermißte während der vergangenen zwanzig Jahre. In El Salvador herrschten die gleichen Zustände. Die Liste weist hier 70. bis 80.000 Tote im gleichen Zeitraum auf. In Nicaragua brachte es der Contrakrieg auf über 30.000 Tote und 5.000 lebenslang Verkrüppelte. Viele dieser Menschen wurden vergewaltigt, ihnen wurde die Haut abgezogen, sie wurden geköpft, die Bäuche wurden ihnen aufgeschlitzt. Präsident Bush erwähnte sie nicht, als er Mrs. Chamorro zu ihrem Sieg gratulierte. Und auch sonst hat kaum jemand es der Mühe für wert gefunden, sie zu erwähnen.

So sind in dieser kleinen Region Mittelamerikas während der letzten zwanzig Jahre fast 300.000 Menschen im Namen der Freiheit und der Demokratie getötet worden. Laßt uns doch einmal klar und deutlich feststellen, warum sie getötet worden sind. Sie wurden getötet, weil sie lästig waren. Sie wurden getötet, weil sie an ein besseres Leben für alle glaubten. Dieser Glaube allein diskriminiert sie als Kommunisten. Es ist schon seltsam und von grauenvoller Ironie, daß, während das kommunistische System in Osteuropa zusammenbricht und jeder den Kommunismus für tot erklärt, die Amerikaner davon nicht zu überzeugen sind. Washington ist nach wie vor der Meinung, daß es in Lateinamerika noch massenhaft Kommunisten gibt, und es ist der Auffassung, daß sie es nicht verdienen zu leben. Wer sind diese Menschen? Die Armen natürlich - Priester, Helfer im Gesundheitsdienst, Ärzte, Gewerkschaftler, Reporter, Studenten, Lehrer, Dichter, Menschen, die für die Menschenrechtsorganisationen arbeiten. Sie sind eine Gefahr für eine stabile Gesellschaft, sie sind eine Gefahr für den ruhigen Gang der Geschäfte. Selbst wenn man sie nicht umzubringen beabsichtigt, wird man solchen Existenzen doch bestimmt nicht helfen. Die britische Regierung zum Beispiel machte keinen Finger krumm und versagte Nicaragua auch die geringste Anerkennung - nur gerade eben ein kaum merkliches diplomatisches Kopfnicken, mit dem sie widerstrebend Nicaragua als tatsächlichen Staat zur Kenntnis nahm - so daß, zum Beispiel, als der fürchterliche Hurrikan

das Land im Oktober 1988 verwüstete, Großbritannien minimale 250.000 Pfund Hilfsgelder spendete. Die USA gaben nichts. Denn natürlich ist es ein kommunistischer Hurrikan gewesen.

Die USA begrüßten selbstverständlich die Bemühungen um mehr Selbstbestimmung, die die osteuropäischen Länder unternahmen. Jedermann war entsetzt, als die Russen 1968 in die Tschechoslowakei einfielen. Aber was Washington Nicaragua angetan hat, ist exakt das gleiche, was Moskau 1968 der Tschechoslowakei antat, Washington jedoch tat es mit anderen Mitteln. Statt Panzer zu schicken, zerstörte man den Gesundheitsdienst, vernichtete die Wirtschaft, ängstigte die Bevölkerung. So mußten die Wähler Leben und Freiheit gegen Hunger und Tod abwägen. Und Hunger und Tod wogen schwerer.

Was werden die Vereinigten Staaten jetzt tun? Das Problem ist, wie mir scheint, daß der Gedanke an den sowjetischen Aggressor die Vereinigten Staaten angetörnt hat. Er berechtigte zu allem. Er war jeden Morgen mit den Cornflakes präsent. Er gehörte zum American Way of Life. Man hatte einen Feind und liebte ihn. Man hatte ein Messer vor seinem Bauch, aber umarmte ihn fest, denn er war der Geliebte im Tode. Man brauchte ihn. Man redete über den Tod. Alles bezog sich auf den Tod. Aber man war glücklich. Es war eine gute Zeit. Man konnte überall in der Welt hingehen und seinen Freunden helfen, andere Menschen zu foltern und zu töten - Journalisten, Lehrer, Studenten, Bauern , weil diese Menschen zu denen gehörten. Weil sie von denen inspiriert waren, weil sie von denen korrumpiert waren. Und indem man unentwegt von denen sprach, konservierte und festigte man die eigene Macht. Aber wenn nun alles vorbei ist, was soll man da tun? Wenn man keinen guten fetten Feind mehr hat und keine Milliarden Dollars mehr für die Rüstung ausgeben und keine Milliarden Dollars mehr an der Rüstung verdienen kann, was, zum Teufel, soll man da tun? Was passiert, wenn es keine sowjetische Aggression mehr gibt? Was geschieht, wenn die Sowjetunion sagt, wie sie es anscheinend tut: »Wir wollen keine Supermacht mehr sein, wir sind keine Supermacht mehr«? Was tut das arme alte Amerika dann? Weil Amerika es doch immer geliebt hat, eine Supermacht zu sein - das ist einfach so.

Carlos Fuentes hat gesagt, daß die Sowjetunion auf ihr nutzloses ideologisches Gepäck verzichtet, während die Vereinigten Staaten immer noch darauf bestehen, mit der Welt auf ausschließlich ideologischer Basis zu verkehren. Ist es möglich, daß der Weltblick der USA sich ändert? Es scheint wenig Anlaß zu solchen Hoffnungen zu geben.

Ich meine, daß die amerikanische Außenpolitik nach wie vor unter dem Motto steht: »Küß mir den Hintern, oder ich schlag dir den Schädel ein.« Aber sie drückt sich natürlich nicht so aus. Sie spricht von »Konflikten geringer Intensität«. Was im Grunde heißt, daß man ein paar Minen in einen Hafen packt - wie es die CIA in Nicaragua getan hat - und dann bestreitet, damit auch nur das geringste zu tun zu haben. Sie müssen von einem Lastwagen gefallen sein. Wenn man uns im Jahre 1986 vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zitiert und uns in acht Fällen Verstöße gegen das Internationale Recht nachweist und uns auffordert, unsere Aggression gegen Nicaragua einzustellen und statt dessen Reparationen für die von uns angerichteten Schäden zu leisten, dann schütteln wir nur den Kopf und sagen, daß diese Angelegenheit außerhalb der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes liegt. Ein »Konflikt geringer Intensität« bedeutet, daß Tausende von Menschen ster-ben, nur langsamer als wenn man mit ei-nem einzigen Abwurf eine Bombe auf sie fallen ließe. Es bedeutet, daß man das Herzeines Landes infiziert, daß man ein bösartiges Gewächs züchtet und zusieht, wie das Gangrän aufblüht. Und dann geht man in sauberem Hemd und nettem Schlips vor die Kameras und sagt, die Demokratie habe obsiegt.

Worauf dies alles hinausläuft, ist eine Krankheit im Zentrum der Sprache, so daß Sprache zur permanenten Maskerade wird, zu einem Lügenteppich. Die rücksichtslose und zynische Mißhandlung und Entwürdigung menschlicher Wesen, am Geist wie am Körper, der Tod von Abertausenden - diese Aktionen werden durch rhetorische Schachzüge gerechtfertigt, durch eine sterile Terminologie und eine Konzeption von Macht, die zum Himmel stinkt. Werden wir je auf die Sprache achten, die wir gebrauchen? frage ich mich. Reichen unsere Fähigkeiten dazu aus? Bewegen sich die Strukturen der Sprache und die Strukturen der Realität (womit ich das meine, was wirklich passiert) entlang paralleler Linien? Bleibt Realität im wesentlichen außerhalb der Sprache, separat, widerspenstig, fremd, der Beschreibung unzugänglich? Ist eine genaue, tatsächliche Korrespondenz zwischen dem, was ist, und unserer Wahrnehmung unmöglich? Oder geht es nicht anders, als daß wir mit der Sprache nur umgehen, um die Realität zu verschleiern und zu entstellen - zu entstellen, was ist - zu entstellen, was sich ereignet - weil wir uns davor fürchten? Wir werden dazu ermuntert, Feiglinge zu sein. Wir können dem Tod nicht ins Auge sehen. Aber den Toten, denn sie sterben in unserem Namen. Ich glaube, es ist die Art, in der wir unsere Sprache gebrauchen, die uns in diese schreckliche Falle geführt hat, wo Worte wie Freiheit, Demokratie und Christliche Werte noch immer dazu dienen, eine barbarische und schandbare Politik und ihre Handlungen zu rechtfertigen. Wir haben die ebenso ernste wie dringende Verpflichtung, solche Worte einer eingehenden und kritischen Untersuchung zu unterziehen. Wenn wir das unterlassen, werden sowohl unsere moralische wie unsere politische Urteilskraft verhängnisvoll geschwächt bleiben.

Copyright Rowohlt Theaterverlag

Deutsche Erstveröffentlichung mit freundlicher Erlaubnis des Rowohlt Theaterverlags. Übersetzung: Heinrich Maria Ledig-Rowohlt. Für den Druck wurde der Text im Einvernehmen mit dem Autor geringfügig gekürzt.

Kasten auf Seite 42 »Harold Pinter«

Harold Pinter wurde am 10. Oktober 1930 in Hackney (East London) als Sohn eines Schneiders geboren. Seine Familie jüdischer Herkunft ist aus Portugal über Osteuropa nach England eingewandert. Nach Besuch der Grammar School und der Royal Academy of Dramatic Art in London schloß sich Pinter 1949 einer Wanderbühne an und spielte unter dem Bühnennamen David Baron als Berufsschauspieler bis 1957 in Provinzstädten Englands und Irlands vorwiegend Shakespearerollen.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre setzt Pinters außerordentlich fruchtbare schriftstellerische Produktion ein. Er schreibt zahlreiche Theaterstücke (darunter etwa: »Die Geburtstagsfeier«, »Das Treibhaus«, »Der Hausmeister«, »Der Liebhaber«, »Die Heimkehr«, »Alte Zeiten« und »Niemandsland«), verfaßt Hörspiele und Drehbücher (etwa zu »Der Diener« von Joseph Losey, »Auf der Suche nach der verlorenen Zeit« von Volker Schlöndorff, »Der letzte Tycoon« von Elia Kazan und »The Comfort of Strangers« von Paul Schrader) und arbeitet selbst als Film- und Theaterregisseur.

Im März 1985 reist Pinter zusammen mit Arthur Miller für den internationalen PEN-Club in die Türkei, um gegen die dortigen Polizeistaatsmethoden und die Unterdrückung der Kurden zu demonstrieren. 1988 gründet er die »20th June Group«, ein intellektuelles Forum, das sich als Opposition zur Tory-/Thatcher-Politik versteht. Pinter, dessen literarisches Schaffen mehrfach international ausgezeichnet worden ist, gilt als der bedeutendste englische Dramatiker der Gegenwart. Als Hobby gibt er »Trinken und Cricket« an.

Konkret 12/91, S. 44

Thomas M. Scheerer

Buch des Monats: Vom Mond herunter

Tulio Halperín Donghi: Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1991, 840 Seiten, 98 Mark

Passend zum »Kolumbus-Jahr« kommt ein überaus erfolgreiches Buch ins Deutsche. Es ist 1968 zuerst in Italien erschienen und hat in Spanien eine Taschenbuchkarriere mit jährlichen, zum Teil aktualisierten Neuauflagen hinter sich. Und da auf unserem Buchmarkt die Stelle »Standardwerk zur Geschichte Lateinamerikas« schon immer vakant war, lohnt ein Blick auf den Bewerber. Wie also bewältigt der in Berkeley lehrende argentinische Historiker die Aufgabe, eine »Geschichte Lateinamerikas« zu schreiben, wo die Einheit des Subkontinents mehr als fraglich ist - neunzehn Länder, zwei Sprachzonen, geopolitische Gliederungen mit beträchtlichen Unterschieden? Und wie will er diese Geschichte seit der »Unabhängigkeit« schreiben, wo die Länder, wie Stefan Zweig schon wußte, immer nur Nationen werden wollten, ohne aufhören zu können, Kolonien zu sein? Beide Probleme sind hier mindestens formal gelöst, und insofern kann man attestieren: Wenn es nicht überhaupt unmöglich ist, eine Geschichte Lateinamerikas zu schreiben, dann müßte sie so ähnlich konzipiert sein. Doch genau so dürfte sie denn doch nicht aussehen.

Es ist ein Geschichtsbild zweiten Grades, also nichts für Anfänger: Halperín Donghi versucht gar nicht erst, die Daten und Fakten der den einzelnen Ländern zugehörigen Ereignisgeschichte zu vermitteln. Das Register ist von aussagekräftiger Spärlichkeit. Wer also Präsidenten, Diktatoren und Minister, Regierungszeiten, Kriege oder Verträge nachschlagen will, der greife gleich zu Brockhaus oder Weltalmanach. Hier werden weder neunzehn angeblich autonome Ländergeschichten nebeneinandergestellt, noch wird überhaupt ein einheitliches geschichtliches Subjekt angenommen. Der Subkontinent hat eine kohärent erscheinende Geschichte nur, wenn er von vornherein als das gesehen wird, was er war und ist: Objekt, nicht Subjekt der Geschichte. Die »koloniale Abhängigkeit« steht programmatisch im Vorwort und bildet die einheitsstiftende Basis für alle weiteren geschichtswirksamen Faktoren.

Die epochebildenden Einzelprozesse sind Variationen des einen, bis heute nicht unterbrochenen, Kolonisationsprozesses. Hierin folgt man Halperín Donghi ohne weiteres. Mit erbitterter Faszination liest man, wie er die imperialistischen, im Kern ökonomischen Motive bloßlegt, die zu Ausbeutung und Unterentwicklung führten, die steinreiche Oligarchien und bettelarme Massen schufen, die das wirtschaftliche, politische und soziale Geschehen in den Ländern prägten. Die großen Phasen zeichnet er als jeweils neue Konstellationen im Wettbewerb der kolonialen Mächte: Die alte Kolonialordnung diente dem einen Zweck, »mit einem minimalen Aufwand metropolitaner Mittel ein Maximum an Edelmetallen aus den Kolonien herauszuholen« (S.20). Die neokoloniale Ordnung entsteht aus einer Ergänzung der Handelsströme: Lateinamerika wird um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein nennenswerter Absatzmarkt und umworbener Handelspartner, vor allem Lieferant von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Nach Spanien und Portugal treten nun England und Frankreich (später die Vereinigten Staaten) in den Club der metropolitanen Kolonisatoren ein. Doch der Reichtum der Lieferanten beruht auf wenigen, weltweit gefragten Produkten: Rindfleisch, Zucker, Kaffee, Kautschuk, Salpeter. Als die Weltwirtschaftskrise den Markt hierfür zusammenbrechen läßt, tun die Oligarchien so, als sei nichts gewesen. Mit Krediten und dem Verpfänden oder Verkauf ihrer Ressourcen ans Ausland sichern sie ihre »Patina von Wohlstand« (S.412) - den Geldgebern wird’s recht gewesen sein. Es entsteht die künftig beherrschende Variante kolonialer Abhängigkeit: die Auslandsverschuldung. Natürlich sind Halperín Donghis Darstellungen facettenreicher und genauer, als sie hier der generellen Charakteristik wegen skizziert werden können. Aus den großen Linien der Weltwirtschaftspolitik leitet er jeweils die kleineren Linien nationaler Entwicklungen ab, die mal parallel, mal konträr, mal chaotisch ungerichtet verlaufen. Mit dieser Konzeption hat der Wirtschaftshistoriker zweifellos recht.

Doch merkwürdig: Sein Buch ist nicht nur einseitig und unvollständig, es ist auch falsch geschrieben. Ich meine nicht so sehr die oftmals in Nicht-Nur-Sondern-Auch-Wenn-Dann-Doch gedrechselte Argumentationsweise. Ich meine zum einen seine kühle Verdinglichung geschichtlichen Grauens. Er kann, beiläufig fast, konstatieren, daß schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts »das Massensterben der Antillenbevölkerung« (S.19) der Goldgewinnung ein Ende setzte. Wenig später spricht er vom »Zusammenbruch der Eingeborenenbevölkerung«(S.22). Massensterben und Zusammenbruch stehen dort wie spontane Naturereignisse. Wer hat das Massensterben verursacht, worunter ist die Bevölkerung zusammengebrochen? Einmal unterläuft ihm die Metapher: »im Bergbau, diesem unersättlichen Menschenfresser« (ebd.). Nun muß man vielleicht nicht erwarten, daß jedes Verbrechen der Ausbeutungsgeschichte aufgeregt denunziert wird. Solcherart Dauerempörung würde sich selber neutralisieren. Aber einfordern muß man Präzision: daß also nicht einfach massengestorben und zusammengebrochen, sondern vor allem massengemordet wurde.

Ein zweites Beispiel nur: Brasilien, Argentinien und Uruguay waren um die Jahrhundertwende durch die Anwerbung europäischer Immigranten und Erntearbeiter wirtschaftlich relativ erfolgreich. Daß es für die Angeworbenen ökonomische Anreize gab, leugne nur »eine einseitig kritische Literatur« (S. 351). Das System habe zwar nicht besonders gut, aber immer noch besser funktioniert als in anderen Ländern »die Verwendung von Arbeitskräften, die nicht mittels

ökonomischer Anreize angeworben werden mußten« (ebd.). Was sagt uns das? Welche Schlacht schlägt der Autor? Er will nicht sagen müssen, daß Arbeitsbedingungen, die Leibeigenschaft und Zwangsarbeit entsprachen, die Regel waren. Irgendwie scheint es für ihn ein Trost zu sein, daß manche Länder mit ökonomischen Anreizen winkten. Hätten sie mit der Aussicht auf Fronarbeit und Hungertod werben sollen? Für die ethischen und moralischen Zusammenhänge, für menschliches Elend von interkontinentalen Ausmaßen, hat dieser Technokrat der Kolonialismuskritik kein Gespür.

Zum zweiten meine ich die Ausblendung der meisten ideellen, subjektiven und sozialpsychologischen Faktoren. Richtig ist: Es ging den ersten Kolonisatoren ums Gold. Vollständig wäre aber: Es ging ihnen auch um die Erweiterung des christlichen Imperiums. »Um Gott und Gold« - schon im plakativen Titel des Kolumbus-Bestsellers von Fischer-Fabian steht mehr als bei Halperín Donghi. Ein beinahe Unbekannter, Valeriu Marcu, brachte es auf die Formel: Die Spanier trieb »nicht die Wirtschaft, sondern der reine Raub und der reine Glaube«. Hier jedoch erfährt man nichts über die ein halbes Jahrtausend weiterwirkenden Folgen der gewaltsamen Christianisierung. Unerwähnt bleibt, wie der Mord an ganzen Bevölkerungen, die Implantation unkontrollierter Machtausübung, der selbstgerechte Herrschaftswahn kleiner Eliten die gesellschaftlichen Verhältnisse und das politische wie alltägliche Leben in vielen Teilen des Subkontinents bis heute prägt. Vom Foltern und Morden politischer Gegner oder beliebiger Schutzloser bis zum Verhungernlassen halber Metropolen, von reduzierten und marginalisierten Ureinwohnern; von Machismus, Rassismus, Militarismus - kaum ein Wort. Wenig Raum und kaum Verständnis auch für jene, die wenigstens versucht haben, Subjekte ihrer Geschichte zu werden: die Aufständischen, Widerständler, Freiheitshelden und Fanatiker. Gewiß kommen sie irgendwann vor. Aber warum sie auftraten, welche Hoffnungen sie weckten, welche Kräfte sie freisetzten, welche Kämpfe sie führten? Che Guevara, zum Beispiel, wird siebenmal wie beiläufig erwähnt, als »ein junger argentinischer Arzt«, »einer der effizientesten Militärführer der kubanischen Revolution« und zuletzt als die »Herausforderung, die in der tragischen Gestalt Che Guevaras symbolisiert gewesen war« (S.689). Was der wohl wollte? Er stapft wie ein Fremder durch eine Geschichte, die er doch beinahe verändert hätte. Aber eben nur beinahe, denn »die entscheidende Niederlage der Volksbewegungen« (S. 703) läßt sich nicht leugnen. Eine oder zwei Generationen weiter, und der Autor kann den Che ganz streichen; oder er muß ihn ausführlich erklären, denn, wer weiß, Tupamaros, Sendero Luminoso...

In diesem Buch wird das Weltwirtschaftsräderwerk in seiner kolonialistischen Leistungsfähigkeit demonstriert. Das ist gut so, denn es ist eine (und eine richtige) Möglichkeit, die Geschichte Lateinamerikas zu beschreiben. Aber alles, was noch zu ihr gehört, die subjektiven Faktoren etwa, oder die dem Räderwerk vergeblich entgegenwirkenden Kräfte, fällt gut geölter, systematisch-technologisch-sozialtheoretischer Zwangsläufigkeit zum Opfer. Daher ist es ein trauriges und verzagtes, ein fatalistisches und gehemmtes Buch. Als Gegengift sei Eduardo Galeanos rebellische, fragmentarische und poetische »Erinnerung an das Feuer« empfohlen: Dort wird doch tatsächlich behauptet, die »wirkliche« Geschichte Lateinamerikas sei ein »erstaunlicher Quell von Würde und Schönheit«.

Das sind natürlich keine geschichtstheoretisch tragfähigen Begriffe. In einem Buch wie diesem würden sie befremdlich und naiv wirken. Hier herrschen »Prozeß«, »System«, »Ordnung«, »Modell« und »Struktur«. Der Autor nimmt weiten theoretischen Abstand von seinem Gegenstand, würde am liebsten vermutlich vom Mond herunter das schreckliche Geschehen in seinem (durch das bloße Funktionieren tröstlichen?) Funktionieren betrachten. Nun ist es zwar nicht der Mond, aber immerhin Berkeley. Dieser Standort macht sich bei der Beschreibung heutiger Zeiten deutlich bemerkbar. Die Skepsis etwa, ob »die Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten sich die Flexibilität zu eigen macht, die der gesunde Menschenverstand verlangen würde« (S. 824), richtet sich von Kalifornien aus vor allem an die Ostküste. Ebenso der niedliche Appell, die USA sollten »einräumen«, daß sie eine Kolonialmacht seien, damit sie, wie einst Europa in Afrika, mit der Entkolonialisierung beginnen und »Lateinamerikas Streben nach einem eigenen Weg« anerkennen könnten (S. 825). Wir werden vermutlich leider bald sehen, was mit Lateinamerikas derzeit letztem Streben nach einem eigenen Weg, was also mit Kuba geschieht.

Geschichtsbücher, die in die Gegenwart reichen, veralten auf den letzten Seiten schnell. Dieses reicht bis in die Mitte der achtziger Jahre. Der Chilene Pinochet hat sich auf lebenslange Herrschaft eingerichtet; der Argentinier Alfonsín zeigt erste Schwächen; Kuba geht es verglichen mit den unmittelbaren Nachbarn »nachgerade beneidenswert« (S. 771); die Sandinisten haben per Wahlsieg den revolutionären Weg gesichert; Panamas General Noriega hat gerade »die nordamerikanischen Versöhnungsangebote... auf die beleidigendste Weise zurückgewiesen«. Und: »Für den Panama-Konflikt scheint bislang keine Lösung in Sicht, die den Schaden wiedergutmachen könnte, den dieser ungewöhnliche Affront dem Ansehen der Vereinigten Staaten bereits zugefügt hat« (S. 821). Da kann man mal gespannt sein, wie sich das in der nächsten Auflage liest.

Thomas M. Scheerer ist Lateinamerikanist an der Universität Augsburg

Konkret 12/91, S. 46

Harold Pinter

Die neue Weltordnung

Ein Mann sitzt mit verbundenen Augen auf einem Stuhl, zwei Männer, DES und LIONEL, sehen zu ihm hin.

DES

Weißt du, was mit diesem Mann los ist?

LIONEL

Was?

DES

Er hat überhaupt keine Ahnung von dem, was wir ihm antun werden.

LIONEL

Nein, hat er nicht.

DES

Nein, hat er nicht. Er hat überhaupt keine Ahnung davon, was wir ihm alles antun könnten.

LIONEL

Was wir ihm antun werden.

DES

Was wir werden.

Pause

Na, einiges davon. Einiges davon werden wir tun.

LIONEL

Manchmal wenden wir alles an.

DES

Das kann negative Auswirkungen haben.

LIONEL

Ach, Quatsch.

Sie fixieren den Mann. Er schweigt.

DES

Na, jedenfalls haben wir ihn hier, da sitzt er hier und hat nicht die leiseste Ahnung davon, was wir ihm antun könnten.

LIONEL

Na, eine leise Ahnung hat er wahrscheinlich doch.

DES

Eine leise Ahnung, ja. Möglich.

Sie beugen sich über den Mann herab.

Haben Sie die? Was meinen Sie?

Er richtet sich auf.

Wollen mal so sagen. Er hat kaum eine Ahnung von dem, was wir ihm antun könnten, was wir ihm praktisch gleich antun werden.

LIONEL

Oder seiner Frau. Vergiß seine Frau doch nicht. Er hat kaum eine Ahnung davon, was wir ihr antun werden.

DES

Na, wahrscheinlich hat er doch so eine Ahnung davon, wahrscheinlich hat er eine Ahnung davon. Schließlich hat er ja Zeitungen gelesen.

LIONEL

Was für Zeitungen?

Pause

DES

Da hast du recht.

LIONEL

Wer ist diese Fotze überhaupt? Was ist er eigentlich? Eine Art Bauer - oder ein Dozent der Theologie?

DES

Er ist ein Dozent für beschissene Bauern-Theologie.

LIONEL

Ist er das? Und was ist mit seiner Frau?

DES

Frauen haben keinen Hang zur Theologie.

LIONEL

Oh, ich weiß nicht. Ich habe diese Frage gelegentlich mit meiner Mutter erörtert - recht oft sogar.

DES

Was für eine Frage?

LIONEL

Oh, weißt du, die theologischen Neigungen der Weiber.

Pause

DES

Und was hat sie gesagt?

LIONEL

Sie sagte ...

DES

Was?

Pause

LIONEL

Ich weiß nicht mehr.

Er wendet sich dem Mann im Stuhl zu.

Mutterficker.

DES

Ficksau.

Sie gehen um den Stuhl herum.

LIONEL

Weißt du, was ich wirklich enttäuschend finde?

DES

Was denn?

LIONEL

Das Maß der Ignoranz, die uns umgibt. Ich meine, dieser Schwanz hier

DES

Vorhin hast du ihn eine Fotze genannt.

LIONEL

Was?

DES

Du hast ihn vorhin eine Fotze genannt. Jetzt nennst du ihn einen Schwanz. Wie oft muß ich dir das noch sagen? Du mußt dir angewöhnen, korrekte Begriffe anzuwenden und dabei zu bleiben. Du kannst ihn nicht in einem Augenblick Fotze und im nächsten Schwanz nennen. Das sind jeweils gegensätzliche Begriffe. In einer linguistischen Diskussion würdest du da schlecht abschneiden, das kannst du mir glauben.

LIONEL

Himmel. Meinst du?

DES

Bestimmt. Und du weißt ja, was dir das bedeutet. Du weißt, was Sprache dir bedeutet.

LIONEL

Ja, ich weiß.

DES

Ja, du weißt. Sieh dir zum Beispiel nur diesen Mann hier an. Er ist ein erstklassiges Beispiel. Siehst du, was ich meine. Bevor er hierherkam, war er eine große Nummer, er hat nie die Schnauze halten können, er hat immer wieder fundamentale Ideen in Frage gestellt. Jetzt - da er ahnt, was ihm bevorsteht - ist’s damit aus, er hat nichts mehr zu sagen, er hat mehr oder weniger resigniert. Ich meine, dieser Mann - und das ist nicht so lange her - hatte eine Überzeugung, er war ja wohl ein Mann mit Prinzipien. Jetzt ist er einfach nur ein Schwanz.

LIONEL

Oder eine Fotze.

DES

Und wir sind ja noch nicht einmal fertig mit ihm. Wir haben noch nicht angefangen.

LIONEL

Nein, wir sind ja noch nicht einmal fertig mit ihm. Wir sind noch nicht einmal fertig mit ihm! Also, wir haben noch nicht angefangen.

DES

Und dann ist ja auch noch seine Frau dran.

LIONEL

Ganz richtig. Wir sind noch nicht fertig mit ihm. Wir haben nicht einmal angefangen. Und mit seiner Frau sind wir auch noch nicht fertig.

DES

Wir haben noch nicht einmal angefangen.

LIONEL legt die Hand vors Gesicht und schluchzt.

Worüber weinst du denn?

LIONEL

Ich liebe es. Ich liebe es. Ich liebe es.

Er faßt DES bei der Schulter.

Sieh mal. Ich muß es dir sagen. Ich muß es dir sagen. Ich kann es sonst niemand sagen.

DES

Okay. Gut. Schieß los. Was ist denn? Sag schon.

Pause

LIONEL

Ich fühle mich so rein.

Pause

DES

Also, damit hast du recht. Du hast recht, wenn du dich rein fühlst. Und weißt du auch, warum?

LIONEL

Warum?

DES

Weil du die Welt für die Demokratie sauberhältst.

Sie sehen einander in die Augen.

DES

Darauf muß ich dir die Hand drücken.

DES schüttelt LIONELs Hand. Dann weist er mit dem Daumen auf den Mann im Stuhl.

Und er wird das auch ...

Er sieht auf seine Uhr.

... in ungefähr fünfunddreißig Minuten.

Copyright Rowohlt Theaterverlag

Deutsche Erstveröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Rowohlt Theaterverlags. Übersetzung: Heinrich Maria Ledig-Rowohlt. »Die neue Weltordnung« wurde am 19. Juli 1991 am Royal Court Theatre Upstairs uraufgeführt. Regie: Harold Pinter

Konkret 12/91, S. 48

Otto Köhler

Primäre Korruption

Honorige deutsche Politiker und ihre Professoren sind dagegen, daß man die von Nazis verschleppten Zwangsarbeiter finanziell entschädigt und ein Zentrum zur Dokumentation des Holocaust einrichtet. Das könne nichts wieder gut machen. (Außerdem würde es allein die Volkswagen AG ein paar Millionen Mark kosten und die Geburtstagsfeiern für Auschwitz-Aufsichtsräte wie den Hermann Josef Abs empfindlich stören)

Frankfurt, Ende Oktober. Im Römer beraten Historiker und Museumsleute drei Tage lang über etwas, was es in Deutschland immer noch nicht gibt: ein zentrales Lern- und Dokumentationszentrum zum Holocaust, das zugleich auch dem Gedenken an die Opfer dient. Wie Yad Vashem in Jerusalem. Wie das Holocaust Memorial Museum in Washington. Wie das Museum of Jewish Heritage in New York. Und wie eben nirgendwo bisher in Deutschland. Beim Besuch von Yad Vashem hatte Frankfurts damaliger Oberbürgermeister Volker Hauff erkannt, daß auch das Land der Täter ein vergleichbares Dokumentationszentrum braucht. Sein Nachfolger Andreas von Schoeler will den Plan nun verwirklichen.

»Eine wichtige Aufgabe des Lern- und Dokumentationszentrums wird sein, der Täterstruktur im Alltagsleben nachzuforschen«, sagt der Oberbürgermeister zur Eröffnung des internationalen Hearings - weiß er wirklich, was er da sagt? »Auschwitz«, so spricht von Schoeler gutwillig ein Historikerwort nach, »ist ein Niemandsland des Verstehens.« Er muß eine Eröffnungsrede halten zu einem Gegenstand, für den jede Bezeichnung unangemessen sein kann. »Die Sprache versagt vor dem, was geschah«, sagt er, meint damit etwas Richtiges und hat doch wenige Tage zuvor die Erforschung einer der wichtigsten Täterstrukturen unterlassen, sie stattdessen geehrt, so wie sein Amt es gebietet.

Es ist eine grüne Stadtverordnete - Annette Mühlberg , die in der Diskussion am Ende des dreitägigen Kongresses auf die Sonntags-»FAZ« aufmerksam macht und darauf, was dort alles zusammensteht. In derselben Ausgabe der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«, in der Frankfurts Kulturreferentin Linda Reisch das Projekt des Holocaust-Dokumentationszentrums vorstellt, in der sie an die Juden erinnert, die vor fünfzig Jahren aus Frankfurt abtransportiert, und an die Karrieren, die im NS-Staat gemacht wurden, in ebendieser Ausgabe steht auch ein anderer Artikel: »Feierstunde für einen Mäzen«. Hermann Josef Abs, der große alte Mann der mächtigen Deutschen Bank wird vom hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel geehrt. Die Kunst, so verkündete der Ministerpräsident, hätte ohne Mäzene wie Abs nicht die Bedeutung erreicht, die sie heute habe. Und Oberbürgermeister Andreas von Schoeler - derselbe - schließt sich an: Das Engagement des früheren Vorstandssprechers der Deutschen Bank für die Kultur in Frankfurt sei vorbildlich und ermutige auch andere Bürger.

»Meint man das Dokumentationszentrum zum Holocaust ernst«, sagt die grüne Abgeordnete auf dem Hearing im Römer, »dann muß man sich auch damit auseinandersetzen, daß wir es tagtäglich mit Leuten zu tun haben, die hier auch noch leben. Noch leben - das müssen wir festhalten. Sie werden zwar immer älter und sie sterben auch; aber wir haben noch eine ganze Reihe, die da sind, und Strukturen, die auch vorhanden sind.«

Einige Wochen zuvor hatte Andreas von Schoeler - das verdient Respekt - als Aufsichtsratsvorsitzender der Messe AG Einfluß darauf genommen, daß die Messegesellschaft einen Vertrag mit der IG Farbenindustrie AG in Liquidation kündigte. Die IG-Leute wollten - so feiert man Jubiläen - genau fünfzig Jahre nach der Gründung von IG Auschwitz in der Messehalle ihre Hauptversammlung abhalten, dort, wo im Oktober 1941 die Juden zusammengetrieben worden waren, die nach Auschwitz abtranportiert wurden.

Warum aber macht der Oberbürgermeister seinen Gratulationsgang zu Hermann Josef Abs, der doch sein Aufsichtsratsmandat weniger skrupulös wahrgenommen hatte? Abs war seit 1940 im Aufsichtsrat der IG Farben, er war Aufsichtsrat also auch über die IG Auschwitz, die am 7. April 1941 eröffnet wurde als ein »fester Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten«. Als IG-Aufsichtsrat war er Angehöriger der Interessengemeinschaft Auschwitz, wo im Rahmen des Programms Vernichtung durch Arbeit die SS der IG für ihr Werk in Auschwitz KZ-Häftlinge zur Verfügung stellte, bis die so entkräftet waren, daß sie zwecks Entlastung in die Gasöfen der SS rücküberstellt werden konnten. Auch Abs trug für Zwangsarbeit direkte Verantwortung. Im Aufsichtsrat der IG stimmte er am 30. Mai 1942 zu, daß der Arbeitskräftemangel durch verlängerte Arbeitszeit und durch den Einsatz von Frauen, Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen ausgeglichen werden solle.

Schon seit 1938 war er als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank zuständig für die Arisierung jüdischer Vermögen. Eine Biographiensammlung über die Männer der IG Farbenindustrie (Jens Ulrich Heine: »Verstand und Schicksal«) nennt das 1990 so: »Hilfeleistung durch Rettung von Vermögensteilen bei der `Arisierung' der deutschen Wirtschaft durch die NSDAP für die Inhaber des von der Deutschen Bank übernommenen Berliner Bankhauses Mendelssohn & Co. sowie für andere jüdische Bankiers und Unternehmer.«

Abs hatte die deutsche Wirtschaft so erfolgreich vor der Arisierung durch die NSDAP geschützt, daß ihm sein Banker-Kollege Baron Kurt von Schröder - der, in dessen Villa Hitler am 4. Januar 1933 in die Regierung vermittelt wurde - 1945

bestätigte: »Abs erwies sich für die Partei und die Regierung als sehr wertvoll, indem er seine Bank benutzte, um die Regierung bei Geschäften in okkupierten Ländern und im sonstigen Ausland zu unterstützen.«

Dieser uneigennützige oder jedenfalls weitsichtige Retter von Vermögensteilen - natürlich versprach er seinen Opfern die Rückerstattung ihrer Vermögen, falls Hitler fallieren sollte, was denn sonst! - hat sich jetzt zum 90. Geburtstag ein Buch erlaubt: »Entscheidungen« (v. Hase & Koehler, Mainz 1991). Das unverkennbar selbstgeschriebene Werk erweckt den Eindruck, und auch der Verlag geht offensichtlich davon aus, daß es sich bei seinem Autor um einen wohlbeleumdeten Mann handele. Das wird manchen überraschen.

Die mit den Ermittlungen gegen die Deutsche Bank beauftragte OMGUS-Sektion der US-Militärregierung hatte 1947 empfohlen, daß »1. die Deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben ausgeschlossen werden.«

Daraus ist leider nichts geworden - der Kalte Krieg kam dazwischen. Und Abs, der auch gemeint war, arbeitete, während diese US-Empfehlung niedergeschrieben wurde, längst in der britischen Zone am Wiederaufbau der Deutschen Bank, die sich allerdings bis 1957 - da war die Remilitarisierung abgeschlossen - unter anderen Namen verstecken mußte. Abs, der dann den Vorstandsvorsitz offiziell übernahm, war 1945 von Berlin nach Hamburg geflohen und hatte von dort die Untergrundtätigkeit der Deutschen Bank gelenkt.

An die Zerschlagung der Großbanken war schon 1949 längst nicht mehr zu denken - obwohl es sie damals offiziell nicht mehr gab. Am 16. September 1949 machte sich Abs vor dem Hamburger »Übersee-Club« unter großer Heiterkeit seines sachverständigen Publikums über alle dahingehenden Bestrebungen lustig: »Sie haben einen neuen Namen bekommen, und meinem Vorschlag, den ich vor einigen (!) Jahren machte - man sollte nach sechs Monaten nochmals veranlassen, daß die Banken, um die Verwirrung zu vergrößern, unter sich die Namen tauschen - hat man bisher nicht stattgegeben und wird es auch nicht tun.«

Ganz schnell stieg Abs wieder zum finanzpolitischen Berater der ersten Bundesregierung auf, im Auftrag von Bundeskanzler Konrad Adenauer führte er die deutsche Delegation bei der Konferenz über die Regelung der deutschen Auslandsschulden 1952 in London. Nachdem 1951 das Gesetz zur Wiedereinstellung von ehemaligen Angehörigen der NSDAP nach Art. 131 des Grundgesetzes mit dem Erfolg verabschiedet worden war, daß in vielen Ämtern der Bundesrepublik mehr - mutmaßlich ehemalige - NSDAP-Mitglieder saßen als vor 1945, wollte Adenauer zur Beruhigung der Weltöffentlichkeit eine Erklärung zur - wie er das nannte - »Judenfrage« abgeben. Er tat das am 27. September 1951 in einer feierlichen Sitzung des Bundestages. Quintessenz: »Hinsichtlich des Umfangs der Wiedergutmachung ... müssen die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge gezogen sind.« Ursprünglich sollte an dieser Stelle - aber darauf verzichtete man dann doch lieber - eine Formulierung über Einschränkungen durch die bittere Notwendigkeit der Wiederaufrüstung stehen.

Und so begannen, etwa gleichzeitig mit den Londoner Verhandlungen über die deutschen Auslandsschulden, in Den Haag, Gespräche mit Israel und mit jüdischen Organisationen über eine »Wiedergutmachung«. Heute, in seinen Erinnerungen, gibt Abs vor, daß er diese Verhandlungen für »eine moralisch-politisch Aufgabe von höchster Wichtigkeit« gehalten habe. In Wahrheit hat er damals mit aller Kraft gegen ihr Zustandekommen gekämpft, Seite an Seite mit Fritz Schäffer. Der damalige Bundesfinanzminister, ein alter Nazi-Sympathisant und wüster Antisemit, war nach dem Krieg erster bayerischer Ministerpräsident und wurde, wie nach ihm Ludwig Erhard, als bayerischer Wirtschaftsminister von der US-Besatzungsbehörde abgesetzt. Beide hatten fast nur alte Nazis in die Regierung geholt.

Wütend über die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel schickte Abs am 22. Februar 1952 seinem sehr verehrten Herrn Bundeskanzler - »Streng vertraulich!« - einen Brief: »Wenn nun, wie ich aus der Presse und im Anschluß daran durch Rückfrage bei Ihnen am 20. Februar erfahren habe, am 17.3. ds.Js. offizielle deutsche Verhandlungen mit Vertretern Israels über Festlegung und Tilgung der von Israel beanspruchten Forderungen beachtlichen Ausmaßes eröffnet werden sollen, so würden derartige Verhandlungen der oben genannten Rechtslage widersprechen.«

Er forderte, vor Abschluß der Londoner Verhandlungen dürfe es keine Zahlungen an Israel geben und sah schließlich sogar durch die mäßigen jüdischen Wiedergutmachungsforderungen »die Versorgung der Bundesrepublik mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen wesentlich« beeinträchtigt. Abs, der diesen Brief heute in seinem Buch als Faksimile abdruckt, drohte dem Kanzler: »Sie werden verstehen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, daß ich unter diesen, meine Verhandlungsführung in London infrage stellenden Umständen, meinen Auftrag, für die Bundesrepublik in der Aufbringungs- und Transferfrage hinsichtlich der Vor- und Nachkriegsschulden das Bestmögliche herauszuholen, nicht erfüllen kann.«

Heute ist er sich mit Adenauer einig, daß damals ein Zeichen für das Ausland hatte gesetzt werden müssen: »Die Notwendigkeit einer Wiedergutmachung für das den Juden unter dem NS-Regime Angetane war nach Kriegsende vielen

bewußt« - irgendeine Wiedergutmachung für das Angetane, was immer es auch gewesen sein mag. Im Gespräch waren - wie Christian Pross in seinem außerordentlich lesenswerten Buch »Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer« (Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1988) berichtet - Abs und Adenauer auf die Idee gekommen, man könne Israel für 10 Millionen Mark ein Krankenhaus stiften.

Leiter der deutschen Delegation für die Verhandlungen mit Israel war der Ordo-liberale Ökonomie-Professor Franz Böhm, Offizier im Ersten Weltkrieg und CDU-Bundestagsabgeordneter; von Abs wird er noch heute als Verräter der deutschen Sache denunziert: »Er verstand sich weniger als Leiter einer deutschen Delegation mit dem Auftrag, einen vernünftigen Interessenausgleich zu vereinbaren, sondern in erster Linie als der Anwalt der israelischen Interessen.«

Stellvertreter Böhms war der - schon verdächtig - 1933 entlassene Richter Otto Küster, Wiedergutmachungsbeauftragter von Baden-Württemberg. Über den Verlauf einer Kabinettssitzung, zu der er zusammen mit Böhm am 5. April 1952 vorgeladen war, notierte Küster in sein Tagebuch: »Es beginnt flau und bös; Adenauer fällt Böhm ins Wort, die Zahlen könnten wir uns sparen, die Juden betrögen uns ja doch; Abs läßt mich nicht ausreden, ich muß, von Hallstein ermuntert, förmlich darauf bestehen, vollständig gehört zu werden.«

Böhm und Küster verlangen, daß man Israel gegenüber wenigstens anerkennen müsse, daß ihm Eingliederungskosten in Höhe von drei Milliarden Mark entstanden sind - diese sehr niedrige Summe von 3.000 Mark für jeden jüdischen Flüchtling aus Deutschland hatten Sachverständige des Bundesvertriebenenministeriums errechnet. Abs droht sofort und zum wiederholten Mal mit seinem Rücktritt von der Leitung der Londoner Verhandlungsdelegation, wenn den Israelis bei den Gesprächen in Den Haag auch nur irgendeine Ausgangssumme genannt werde. Adenauer, vom US-Hochkommissar McCloy am Vortag unter Druck gesetzt, stimmt schließlich zu, die Summe als unverbindlichen rechnerischen Ausgangspunkt zu nennen, keineswegs jedoch als Angebot. In Den Haag durften Böhm und Küster lediglich erklären, sie würden der Bundesregierung empfehlen, drei Milliarden zu zahlen, könnten jedoch keine festen Zusagen machen.

Am selben Tag erschien in der »FAZ« ein von Herbert Blankenhorn lancierter Bericht, wonach Böhm und Küster mit ihrer Erklärung über die ihnen erteilten Vollmachten hinausgegangen seien (Adenauer-Intimus Blankenhorn, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied aus dem von der SS beherrschten Auswärtigen Amt, war Leiter der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission im Bundeskanzleramt). Daraufhin brachen die Israelis, denen nicht entgangen war, wie sehr ihre beiden deutschen Verhandlungspartner schon vorher von der Bundesregierung desavouiert worden waren, die Verhandlungen ab. Abs heute: »Dennoch war der internationale Druck auf die Bundesregierung nicht übermäßig stark. Das Interesse, zunächst die eigenen Ansprüche in London befriedigt zu sehen und von der Bundesrepublik einen angemessenen Verteidigungsbeitrag zu erhalten, überwog offensichtlich.«

Abs hatte - das wenigstens geht indirekt aus seinem ansonsten wenig informativen Buch hervor - einen üblen Trick angewandt. Er hatte auf der Londoner Schuldenkonferenz erklärt, die Israelis wollten zwölf Milliarden DM. In Wahrheit verlangten sie nur 4,2 Milliarden, dazu kamen noch 500 Millionen, die von der jüdischen Hilfsorganisation Claims Conference für geraubtes jüdisches Vermögen gefordert wurden, insgesamt also 4,7 Milliarden.

Am 17. Mai 1952 trat Otto Küster zurück, Franz Böhm folgte ihm zwei Tage später. Die Reaktion der Weltmeinung über diesen Protest der deutschen Verhandlungsführer gegen die Adenauer-Regierung schreckte Bonn jetzt doch ein wenig auf, wie Adenauers Staatssekretär Otto Lenz am 23. Mai 1952 in kleinem Kreis zugab: »Was das Auslandspresse-Echo anging, Donnerwetter, da waren wir doch alle ziemlich bestürzt!«

In Abs' Memoiren wird die Dramatik der Auseinandersetzungen nur gelegentlich zwischen den Zeilen deutlich - er sagt Böhm und Küster nach, sie erweckten den Eindruck »über allen trivial anmutenden finanziellen Fragen zu stehen und allein den Aspekt der Wiedergutmachung im Auge zu haben«. Aufschlußreicher ist da doch das vor zwei Jahren veröffentlichte Tagebuchvon Otto Lenz, das zugleich ungewollt, ehrlich und überzeugend Aufschluß gibt über die frappante Mediokrität und stupide Beschränktheit des Adenauer-Kabinetts (»Im Zentrum der Macht - Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951-1953.« Droste Verlag, Düsseldorf 1989). Aus ihm geht hervor, daß am erwähnten 23. Mai die Bestürzung schon vorbei war. Das Tagebuch verrät, was die Kabinettssitzung an diesem Tag wirklich bewegte, nämlich Streitpunkte mit den Franzosen über den Deutschlandvertrag: »1. Atomforschung. Erneute Überprüfung nach 18 Monaten. 2. Raketengeschosse der früheren deutschen Armee, die von den Amerikanern weiterentwickelt worden sind. Es geht um die Frage, ob sie in Deutschland hergestellt werden sollen... 4. Kriegsverbrecher. B]undesK]anzler hat darum gebeten, eine größere Anzahl von Begnadigungen auszusprechen.« Und noch etwas: »Der BK bekümmerte sich auch um das Essen und wollte dicke Bohnen haben, die es aber um diese Jahreszeit gar nicht gibt.«

Der Böhm- und Küster-Rücktritt war schon zwei Tage vorher abgehakt. Aufzeichnung Lenz vom 20. Mai: »Es kommt dann die Sprache auf den Rücktritt Küsters als stellvertretender Delegationsführer in den Verhandlungen mit Israel.]Finanzminister Schäffer berichtet über Unterredung mit Böhm und Küster, in der Küster sehr unverschämt gewesen wäre. Nach dieser Unterredung habe Küster seinen Rücktritt erklärt.]Vizekanzler Blücher behauptet, daß man von der Seite immer mehr verlangen werde, als uns möglich wäre. Böhm sei von der Kollektivschuld Deutschlands überzeugt.

(]Landwirtschaftsminister Niklas hat ihn als einen Hornochsen bezeichnet)...]Arbeitsminister Storch schimpft dann noch einmal kräftig auf Böhm; er behauptet, daß er einen Vorschlag Abs(entweder mißverstanden habe oder böswillig gewesen sei.« Etwas später in der Kabinettssitzung kommt der BK noch einmal auf das zu sprechen, was Lenz »die jüdische Frage« nennt: »Es entspinnt sich eine erregte Debatte über die Berechtigung der jüdischen Forderungen.«

Am 10. September 1952 wurde nach langen Auseinandersetzungen doch noch das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel in Luxemburg unterzeichnet. Seine Umsetzung wurde dank der Interventionen von Abs ein gutes Geschäft für die bundesdeutsche Industrie. Denn Israel bekam weniger Geld als vielmehr Warenlieferungen aus deutscher Produktion, auch so wurde mit dem Erbe von Auschwitz die bundesdeutsche Wirtschaft angekurbelt. Diese »Wiedergutmachungs«-Lieferungen an Israel kamen, wie der Adenauer-Historiker Schwarz einräumt, »volkswirtschaftlich gesehen, einer aus Steuermitteln geleisteten Hilfe für die beteiligten deutschen Unternehmen gleich«.

An eine Entschädigung für polnische Zwangsarbeiter denkt die Bundesregierung erst heute, fast vier Jahrzehnte nach dem Wiedergutmachungsabkommen mit Israel. Sie will - deutsche Täter versöhnen sich furchtbar gern mit ihren Opfern - eine »Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung« errichten und mit 500 Millionen Mark dotieren. Das ist der Gegenwert von vier Jägern 90 ebenso wie der von Hunderttausenden zu Tode oder zu lebenslänglichem Siechtum zerarbeiteten Menschen. Die Industrie soll diese beschämend geringe Summe aufstocken. Doch die - Ausnahme möglicherweise BMW - weigert sich, wie soeben eine Umfrage der Gewerkschaftszeitung »Metall« unter führenden Konzernen ergab. Deutschlands mächtigster Rüstungskonzern, die Daimler-Benz AG: »Nein, wir beteiligen uns nicht.« Im Hause Daimler herrscht der »Glaube an die Vernunft«, und der bleibt - wie soeben zu lesen war - beim Hausherrn Edzard Reuter nur dann ungebrochen, wenn der Jäger 90 gebaut wird. Für einen Daimler-Sozialdemokraten beginnt das Niemandsland des Vergessens eben schon bei einem möglicherweise ausbleibenden Rüstungsauftrag.

Das Volkswagenwerk, erbaut aus dem von der »Deutschen Arbeitsfront« 1933 geraubten Gewerkschaftsvermögen, hat sich einen besonderen Trick ausgedacht, um die bis heute unterschlagenen Löhne für sein riesiges Zwangsarbeiterheer nicht doch noch zahlen zu müssen. Im Oktober wurde ein Stein enthüllt »zum Gedenken an Tausende von Zwangsarbeitern«, die nicht für VW, sondern lediglich »im Volkswagenwerk für die Rüstungsanstrengungen und den Krieg eines verbrecherischen Systems gelitten haben«. Dazu hat man sich auf ein Vabanquespiel eingelassen, das aber allem Anschein nach unter deutschen Professoren doch nur auf eine sichere Bank hinausläuft. VW beauftragte 1986 den über jeden Verdacht erhabenen, international renommierten Historiker Hans Mommsen damit, die Geschichte des Unternehmens in der NS-Zeit zu erforschen.

Schon vor drei Jahren, als Mommsen auf einem Symposium erste Zwischenergebnisse vorstellte, blieb nur der Trost, daß dieser Mann, der es damals für richtig hielt, seinem kritischen Publikum zu versichern, man sei sich »doch vollkommen einig in der Ablehnung der Verhältnisse des Dritten Reiches«, bis zum Ablauf seines Forschungsauftrags 1992 »noch vier Jahre Zeit« hatte, »seinen Ruf wiederherzustellen« (KONKRET 6/88). Mitte Oktober - VW hatte zuvor verlauten lassen, man müsse erst noch zu Ende forschen, bevor man endgültig über eine Entschädigung der Zwangsarbeiter befinden könne - stellte sich Mommsen in Wolfsburg nun wieder der Öffentlichkeit. Mit dem Ergebnis, daß er jetzt für seine durch den neuerlichen Auftritt schwieriger gewordene Rehabilitation nur noch ein Jahr Zeit hat.

Gewiß, Mommsen berichtete in Wolfsburg auch über die brutalen Bedingungen, unter denen die Zwangsarbeiter bei VW leiden mußten. Aber er klagte die französischen Behörden an, die den dafür Verantwortlichen Konzern-Chef Ferdinand Porsche, einen Freund Hitlers und Himmlers, nach dem Krieg »22 Monate in rechtswidriger Untersuchungshaft« festgehalten hätten. Er bedauerte, daß »die Versöhnung noch so schwer ist«, als eine ehemalige Zwangsarbeiterin fragte, warum in Wolfsburg Schulen, Straßen und Plätze Porsches Namen tragen. Ein Historiker, das machte Mommsen der Zwangsarbeiterin klar, sei in der Lage, »das Verhängnis tiefer zu interpretieren als im Bereich individueller Schuld«.

Gewiß, die 77 Seiten schriftlicher Forschungsergebnisse, die Mommsen verteilen ließ, schonen VW und Porsche nicht, doch wichtig für den Konzernvorstand ist nur, was Mommsen zum leidigen Problem einer Entschädigung der Zwangsarbeiter zu sagen hat: unmöglich. Wie soll man überhaupt feststellen, wer wirklich entschädigungsberechtigt sei? Als Historiker könne er nicht entscheiden, wie eine Entschädigung zu handhaben sei. Sicher, er sei da mal mit seinem Forscherteam auf alte Krankenakten gestoßen: »Wir haben das aufgeschlossen, und wir haben das wieder zugeschlossen.« Diese Akten zu prüfen, sei Aufgabe des Werkarchivs. Und überhaupt werde man durch »pauschale Abstandszahlungen« an die Häftlinge der Sache nicht gerecht, da würde in der Bürokratie zuviel Geld hängen bleiben, und das führe dann zu einem »unkontrollierten Schleppersystem«. Besser sei doch die »überindividuelle Hilfe«, wie sie VW ja gerade erst zugesagt hatte: zwölf Millionen Mark für Jugendbegegnungsstätten. Die Zahlungen der unterschlagenen Löhne dagegen würden mit Zins und Zinseszins Milliarden kosten.

Die Zwölf-Millionen-Spende fand derselbe Mommsen angemessen, dessen Forschungen nach Angaben aus Wolfsburg 3,8 Millionen Mark gekostet haben. Er ist nun mal, was die Entschädigung von Zwangsarbeitern betrifft, sehr penibel: »Ich habe Angst vor sekundären Korruptionserscheinungen.«

Vierzehn Tage später, auf dem Frankfurter Hearing zum Holocaust-Zentrum, sprach wieder der alte, der international renommierte Historiker über die »schiefe Ebene«, auf die »die deutschen Funktionseliten« im Dritten Reich gerieten. Mommsen und seine Historikerkollegen sagten viel Richtiges über die Täter- und die Opferperspektive, über Leerstellen im historischen Bewußtsein, über die anamnetische Rationalität, und immer wieder über das Niemandsland des Verstehens.

Und der eine oder andere, der es nötig hatte, stellte den Sinn des geplanten Dokumentationszentrums in Frage. Als ob es in diesem Land - vom Gedenken an die Opfer gar nicht erst zu reden - ein Luxus wäre, endlich eine zentrale - und von Auftraggebern unabhängige! - Forschungsstätte zu schaffen; als ob es überflüßig wäre, die im Land verstreuten Dokumente - oder Kopien derselben - zu sammeln, gar erst zu retten. Die Wiedergutmachungsakten der »Claims Conference« mit den Lebensläufen der Opfer und aufschlußreichen Hinweisen auf die Täter und ihre Konzerne verrotten zur Zeit irgendwo in Frankfurt.

Da war es schon gut, daß die erwähnte grüne Stadtverordnete, die sich für das Dokumentationszentrum aussprach, am Ende die Historiker zu den bundesdeutschen Realitäten zurückführte: »Wir haben einen zwanzigprozentigen Kürzungshaushalt, und das Zentrum ist im Augenblick mit 258.000 Mark im Haushalt veranschlagt, wenn wir aber Bundes- und Ländermittel haben wollen, dann müssen wir selbstverständlich viele Millionen vorschießen.«

Gut eine halbe Million von den Landesmitteln ist schon weg. Der sozialdemokratische Landesherr Eichel stellte dem Mäzen Abs beim Geburtstagsempfang 400.000 Mark zum Ankauf eines Kunstwerks nach seinem Geschmack zur Verfügung. Die Freunde des Versöhnens und Vergessens aber erinnerten nach dem Hearing in ihrem Frankfurter Zentralorgan daran, sie hätten es doch schon immer gesagt, daß »es an Auschwitz streng genommen nichts zu verstehen gibt«. Berufen konnten sie sich dabei auf Christoph Stölzl, den Leiter des noch unvollendeten Kohl-Museums der Deutschen Geschichte, der auf dem Hearing in Frageform dafür plädierte, »ob es nicht besser wäre, das Unvorstellbare einfach hinzunehmen, das Unauflösbare stehenzulassen und einfach darauf zu verzichten, dem schlimmen, weil absolut sinnlosen Tod nachträglich noch einen Sinn abzutrotzen«.

Unvermeidlich war darum der Gegen-Aufruf des »FAZ«-Feuilletons zum Durchhalten im schmutzigen Nest, weil »auch verbrecherische Eltern Eltern bleiben, Versöhnung also ein natürlicher Prozeß« sei.

Versöhnen und schnell vergessen, denn: »Vielleicht ist der Mord an den europäischen Juden tatsächlich ein Vorgang, dem man durch Distanz und Schweigen eher gerecht wird als durch das Zergliedern und Aufbereiten, das Erklären, das Herleiten und Untersuchen.«

Das empfiehlt nur, wer ein Interesse daran hat. Ein berechtigtes Interesse, das dem Leib- und Magenblatt des Großbankiers Abs keiner abzusprechen vermag.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 10/91 über die Judenpogrome in Litauen 1941

Konkret 12/91, S. 52

Michael Schilling

Immer wieder die Juden

Eins von drei Themen der Sendung »Report« (Südwestfunk Baden-Baden, Moderation: Franz Alt) war am 12. November »die neue Wiedergutmachungsforderung Israels an die Bundesregierung«. Der im Folgenden dokumentierte (und in kursiver Schrift kommentierte) Text der Sendung zeigt, daß schon ein Jahr nach der Wiedergeburt des Reichs der Deutschen das antisemitische Ressentiment vom Staatsfernsehen gefördert wird. Nicht so überraschend, daß dies auch unter Leitung eines Mannes geschieht, der auf der größten Kundgebung der deutschen Friedensbewegung gegen die USA und ihre im Golfkrieg Verbündeten der Hauptredner gewesen ist. Die Ausschrift des redaktionellen Textes führt viele Gesten und Stereotype des deutschen Antisemitismus vor - und nebenbei die erbärmliche Qualität der an diesen öffentlich-rechtlichen Orten gesprochenen Worte

(Moderator:) Es ist in der deutschen Publizistik beinah ein Tabu. Und in Bonn wird zur Zeit heftig Etikettenschwindel betrieben. Es geht um eine **neue** Wiedergutmachungsforderung von Israel an die Bundesregierung nach der deutschen Einheit. Die Bonner Politiker wissen nur zu genau, daß **neue** Wiedergutmachungszahlungen an Israel beim Wähler nur wenig Verständnis finden. Offiziell spricht man deshalb lieber von Wirtschaftshilfen an Israel. Wie immer man die Zahlungen auch nennen mag - die Politiker müssen letztlich die Frage beantworten, **wie lange noch** Deutschland für die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden Wiedergutmachung zahlen soll.

Jüdische Forderungen nach Geld, und erst recht immer »neue Forderungen«, werden den Deutschen verschwiegen, die sind tabu, und damit keiner etwas erfährt, werden die Aufschriften gefälscht. Aber jetzt, »Report« sei Dank, müssen die Politiker die Frage beantworten, wie lange noch Deutschland zahlen soll. Warum sie die Frage beantworten müssen und zwar anders, als mit der einzig möglichen Replik: daß von Deutschen zu zahlen sei, bis alles, was die Deutschen angerichtet haben, materiell so weit gelindert ist, wie es materiell sich lindern läßt? Dem Reporter von Report Baden-Baden müssen die Politiker die Frage aus anderem Grund und deshalb ganz anders beantworten: Weil immer neue Zahlungen an die Juden beim Wähler kein Verständnis finden, und zwar insbesondere nicht mehr »nach der deutschen Einheit«.

(Sprecher:) Dritter Oktober. Am Tag der deutschen Einheit besuchen Teilnehmer der 14. deutsch-israelischen Konferenz die neue Synagoge in der Oranienburger Straße im Ostteil Berlins. Mit dabei Parlamentarier der Knesset und des Deutschen Bundestages - die erste Konferenz dieser Art nach der Vereinigung Deutschlands und nach dem Golfkrieg. Hier draußen ist die Stimmung entspannt, ja freundschaftlich. Anders drinnen bei der Konferenz.

Draußen, unter freiem Himmel, vor der Synagoge, die sie (von wessen Geld schon?) ebenfalls »neu« haben, tun die Juden freundlich. Drinnen aber, im Dunkeln, wollen sie schon wieder an unser Geld:

Die irakischen Skud-Raketen mit deutschen Treibsätzen, Giftgas, das mit deutscher Hilfe im Irak hergestellt wurde und Israel bedrohte - all das ist nicht vergessen.

Immer noch nicht. Nie vergessen sie, die unbarmherzigen Juden. Erst nicht Auschwitz, jetzt nicht das Giftgas für den Irak.

Auschwitz bleibt das Trauma.

(Vizepräsident der Knesset am Rednerpult): Es gibt kein Israel ohne Vergangenheit, ohne Erinnerung an den Holocaust, genauso wie es kein Deutschland ohne Kultur der Vergangenheit gibt.

(Sprecher:) Die offiziellen Vertreter der deutschen Juden formulieren schärfer. Sie definieren sich als moralische Instanz.

Schamlos, wo doch die einzige moralische Instanz, die Deutsche über sich dulden können, der Franz Alt ist.

(Galinski:) Was wäre in diesem Lande geschehen ohne Existenz jüdischer Gemeinden? Ich sage das, ohne mich in den Vordergrund schieben zu wollen: Wir waren immer das politische Gewissen in diesem Lande...

(Sprecher:) ... und aus dieser Überzeugung heraus haben sie die Schuldfrage **wieder neu** gestellt.

Immer wieder; sie verlangen wieder neues Geld; sie stellen wieder eine neue Schuldfrage. Wie lange noch?

Auch diesmal verknüpft mit Wiedergutmachungsforderungen von Israel und Entschädigungen an die Juden in aller Welt.

Wie schon immer - 1945, 1949, auch 1952 schon haben sie sich gegenüber den Deutschen moralisch aufgespielt und aus der Schuldfrage Geld für die Juden in aller Welt zu schlagen versucht.

Jetzt soll die Bundesrepublik nachzahlen, was die DDR an Wiedergutmachungsgeldern zu zahlen nicht bereit war. Israel beruft sich bei diesen Ansprüchen auf ein angebliches Versprechen des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Die 1952 vereinbarteWiedergutmachungssumme von 3,5 Milliarden sollten nur zwei Drittel der zu zahlenden Gesamtsumme sein.

Ein »angebliches« Versprechen, ein sogenanntes, wahrscheinlich ein jüdischer Etikettenschwindel, denn, so fährt der Sprecher fort:

Ein Versprechen der Bundesrepublik aber, bei der Vereinigung Deutschlands den DDR-Teil zu zahlen, gibt es nicht. Die Verknüpfung von Schuld und Wiedergutmachungsforderungen hat Tradition. **Immer wieder**

Immer wieder Geld für Schuld, so sind sie, die ewigen Juden. Immer wieder

wurde versucht, das sogenannte DDR-Drittel zu bekommen. 1988 der erste Besuch eines Präsidenten des jüdischen Weltkongresses in der DDR. Zuvor hatte die DDR-Führung zum ersten Mal das moralische Recht der Juden auf Wiedergutmachung anerkannt und eine symbolische Zahlung von 100 Millionen Dollar versprochen.

Honecker verleiht danach Edgar Bronfman, Präsident des jüdischen Weltkongresses, am 17. Oktober 1988 den Stern der Völkerfreundschaft in Gold.

(Honecker:) Diese hohe Ehrung ist Ausdruck der außerordentlichen Wertschätzung, die das Volk und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Ihrem verdienstvollen Engagement an der Spitze des jüdischen Weltkongresses gegen Faschismus und Krieg, für Humanismus und internationale Sicherheit entgegenbringen.

(Sprechchöre): Die Mauer ist weg, die Mauer ist weg...

(Sprecher): Ein Jahr später, November 1989. Die Mauer fällt, die politische Geografie verändert sich radikal. Die Frage nach Wiedergutmachungszahlungen und Entschädigungen allerdings wird auch ein Jahr nach dem Besuch von Edgar Bronfman **wieder** aktuell.

(Sprechchöre): Die Mauer ist weg, die Mauer ist weg...

Alles ändert sich radikal, die Geografie, die Mauer, Deutschland, nur die Juden nicht, die wollen deutsches Geld, immer noch, immer wieder, immer mehr. Die Vorführung des Treffens zwischen Honecker und Bronfman an dieser Stelle hat keinen anderen Zweck als die bereits erzeugte Stimmung, in ihrer Gier nach deutschem Geld schreckten die Juden vor garnichts zurück, auf ihren Höhepunkt zu bringen. Für den inhaltlichen Fortgang der Geschichte, falls man an der Fiktion festhält, sie nehme einen und sei nicht bloß ein beliebig gegriffener Vorwand für antisemitische Propaganda, ist die Verleihung des Sterns der Völkerfreundschaft ohne jeden Belang.

(Sprecher:) Hans Modrow, Chef der DDR-Übergangsregierung, bekannte sich in einem Brief an die israelische Regierung und an den jüdischen Weltkongreß in New York zum Prinzip der Wiedergutmachung. Dort heißt es:

»Die DDR anerkennt ihre humanitäre Verpflichtung gegenüber den Überlebenden des jüdischen Volkes, die unter Nazi-Unterdrückung gelitten haben, und bekräftigt die Bereitschaft zur solidarischen materiellen Unterstützung ehemaliger Verfolgter des Nazi-Regimes jüdischer Herkunft.«

Einige Monate später. Auch sein Nachfolger Lothar de Maizière bekennt sich in seiner Regierungserklärung zur moralischen Verantwortung am deutschen Unrecht gegenüber Juden:

Am. Nicht für. Mit dieser verquasten Formulierung zieht der Autor unwillkürlich andere in die deutsche Verantwortung für das deutsche Unrecht hinein. Aber dumm wie er neben allem andern auch ist, wird ihm erst bei der Lektüre dieses Kommentars aufgehen, wie erfreulich sein Unbewußtes mit seinem Unvermögen harmoniert.

»Wir erklären, alles uns mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.«

Wieder geht es um Entschädigungsgelder, **wieder** wird Edgar Bronfman, der Präsident des jüdischen Weltkongresses, einbezogen. Denn für Lothar de Maizière wird diese Sache (der Sprecher seufzt bedeutungsvoll - MS) zur **Herzensangelegenheit**. Noch im Sommer 1990 beginnt er Verhandlungen mit Bronfman über finanzielle Entschädigungen - zu einem Zeitpunkt, als die DDR pleite ist und die deutsch-deutschen Vereinigungsverhandlungen fast abgeschlossen sind. Den DDR-Regierungschef stört es dabei nicht, daß er über finanzielle Verpflichtungen redet, die er gar nicht übernehmen kann.

Wieder Gelder für Schuld, wieder Bronfmann von der jüdischen Weltverschwörung, was ja so ähnlich klingt wie der deshalb unentwegt angeführte jüdische Weltkongreß, wieder der Oberjude Bronfman, der das zu gute Herz oder das zu schlechte Gewissen eines deutschen Politikers ausnutzt.

Noch am 13. Juli schreibt er an Bronfman, wie er sich das weitere Vorgehen vorstellt: »Die von uns so benannten Persönlichkeiten sollten es sich zur Aufgabe machen, die zwischen uns besprochenen Grundfragen der Wiedergutmachung der DDR an Israel zur weiteren Behandlung vorzuschlagen. Dabei sollten zunächst Fragen im Zusammenhang mit der für Israel verursachten Last bezüglich der Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge aus Deutschland beziehungsweise aus den früher von Deutschland besetzten Gebieten angesprochen werden.«

Diese Formulierung entspricht wörtlich einer **seit Jahrzehnten** erhobenen Forderung der israelischen Regierung, um **weitere Wiedergutmachungsmilliarden** zu bekommen.

Weitere Milliarden, schon wieder, wieder, wieder Wiedergutmachung. De Maizière benutzt »wörtlich« eine jüdische Forderung - so werden Verräter an der deutschen Sache überführt.

3. Oktober 1990. Der Tag der deutschen Vereinigung. Die DDR hat aufgehört zu existieren. Im Einigungsvertrag übernimmt das neue Deutschland großzügig die Verpflichtungen der alten DDR. Von Wiedergutmachung an Israel ist im Vertrag nicht die Rede. Israel aber beharrt darauf.

Wollen sich schon wieder nicht an einen deutschen Vertrag halten, die Juden, und wollen schon wieder Geld, »beharren« auf dem Stück deutschen Fleisches. Obwohl das neue Deutschland großzügig nichts bezahlen will, pflegt Israel eine alte Gewohnheit der jüdischen Rasse:

Es zählt zusammen und präsentiert dem vereinigten Deutschland auf diplomatischem Weg eine Rechnung. Die **neue** Forderung: Zehn Milliarden D-Mark.

(Einblendung: »10 Milliarden«. Kunstpause)

Für Bonn ein weiterer Schock.

Warum ein weiterer? Weil der Autor aus der einen Forderung, um die es in seinem Bericht geht, durch Etikettierung als »neu« (vier mal) und »wieder« bzw. »weiter« (neun mal) ein ganzes Dutzend Forderungen der unersättlichen Juden gemacht hat.

Denn die Kassen sind leer. Im Bundeskanzleramt war man zwar über die Alleingänge von Lothar de Maizière verstimmt, aber die israelischen Forderungen werden im Grundsatz akzeptiert und die Verhandlungen darüber von hier aus geführt. Das Auswärtige Amt, auch an diesen Verhandlungen beteiligt, bestreitet Wiedergutmachungsgespräche, spricht aber offiziell von Wirtschaftshilfe. Im Finanzministerium werden die Wiedergutmachungsverhandlungen kritisch betrachtet. Hier kursiert sogar ein internes Papier, das völkerrechtlich die Wiedergutmachungsansprüche Israels eindeutig zurückweist.

Johannes Gerster (CDU/CSU): »Ich bin der Meinung - und bin sehr sicher, daß das auch die Meinung der CDU/CSU-Fraktion sein wird , daß wir zwar nicht pauschale Wiedergutmachung an Israel zahlen können, weil sonst andere Staaten mit Nachforderungen kommen,

Ein durch und durch deutsches Argument.

daß wir aber in humanitären Einzelfragen Juden etwa aus der früheren DDR genauso behandeln müssen (!) wie Juden in der westlichen Welt und hier keine Schlechterstellung machen können. Das ist also eine Hilfe in Einzelfällen.«

Für Einzelfälle haben wir bisher schon kräftig gezahlt. Hundert Milliarden D-Mark, so das Finanzministerium. Doch die israelische Seite hält an ihren Forderungen für den Teil der ehemaligen DDR fest.

Dem kaum verständlichen, geradebrechten Statement eines Knesset-Abgeordneten folgt die Befragung jenes deutschnationalen Professors an der Bundeswehr-Hochschule in München, der seit Jahren überall dort herumgereicht wird, wo die Hymne auf die braven, die Demokratie, den Frieden und die Ausländer von Herzen liebenden Deutschen ohne Unterstützung durch eine jüdische Stimme nicht gelingen will:

Die Schuldthese und die Berechtigung **weiterer** Wiedergutmachungszahlungen läßt der deutsche Jude und Historiker Professor Michael Wolffsohn nicht mehr gelten:

(Wolffsohn:) »Diese Knesset-Abgeordneten kennen offenbar den Inhalt der deutsch-israelischen Vereinbarungen nicht. Von offenen Rechnungen kann nicht gesprochen werden. Die alte Bundesrepublik Deutschland ist, wie gesagt, wenn wir es rein buchhalterisch nehmen, in einem Plus von mindestens einer Milliarde DM. Wir brauchen aber, gerade im deutsch-israelischen und deutsch-jüdischen Verhältnis keine historischen Buchhalter, sondern souveräne Politiker, die bereit sind, ohne die Vergangenheit zu vergessen, ein neues wichtiges gemeinsames Kapitel aufzuschlagen.«

Auf das jüdische Geständnis, daß eigentlich und von Rechts wegen die Juden den Deutschen Wiedergutmachung schulden, hat der »Report«-Reporter gewartet, um endlich die letzten Hemmungen abzulegen:

(Frage:) Fünfzig Jahre nach dem Holocaust überhaupt noch von Wiedergutmachung zu reden und solche Gelder einzufordern, ist das nicht ein Hindernis auf dem Weg zur einer Normalisierung Deutschlands und Israels?

(Wolfssohn:) »Die meisten der heute im vereinigten Deutschland lebenden Deutschen müssen keine Wiedergutmachung leisten, weil sie nicht schuldig wurden. Wiedergutmachung setzt Schuld voraus. Schuld kann nur individuell sein und schon gar nicht kollektiv, und aus biologischen Gründen alleine ist die Mehrheit der heute lebenden Deutschen nicht schuldig.«

Pure und vorsätzliche Blödmacherei, denn selbstverständlich trägt niemand Schuld an einer Tat, die er nicht begangen, angeordnet, gefördert, gewollt oder wenigstens geduldet hat. Es geht nicht um Schuld, sondern um Verantwortung. Ein Erbe beispielsweise ist nicht schuld daran, wenn das Geerbte durch Verbrechen des Erblassers angehäuft worden ist, aber er übernimmt, indem er das Erbe antritt, Verantwortung dafür, daß die Opfer jener Verbrechen oder deren Nachkommen

aus diesem Erbe so großzügig wie nur möglich entschädigt werden. Was das für die Deutschen, ihren Staat und die in ihm damals wie heute ökonomisch Mächtigen bedeutet, hat J. P. Reemtsma in seinem Aufsatz »Aus diesem Grunde daher« beschrieben (KONKRET 10/89). Schlußauftritt des für die Sendung verantwortlichen Golfkriegsfriedensfreunds:

(Franz Alt:) Die Bundesregierung, meine Damen und Herrn, sollte die These von der **ewigen deutschen Schuld** endlich und eindeutig zurückweisen. Israel braucht Geld für Wohnungen der Einwanderer. Gestern wurde in Jerusalem bekannt, daß ein Drittel der neuen Wohnungen in den besetzten Gebieten gebaut werden soll. Aber diese israelische Besiedlungspolitik ist ein Haupthindernis für eine Nahost-Friedenslösung. Es wäre moralisch und politisch falsch, wenn Bonn die umstrittene israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten **unter dem Deckmantel Wiedergutmachung** finanzieren würde.

Vergleiche mit Nazigrößen treffen zwar häufig daneben, aber besser hätte ein davongekommener Julius Streicher auch nicht sagen können, warum es moralisch und politisch falsch wäre, wenn man die ewigen Juden, die einen schon um zehn Milliarden Mark erpreßt und um eine Milliarde Mark beganeft haben, bis ins siebente Glied wieder und wieder aufs Neue für das bißchen Glück, Gesundheit und Eigentum entschädigen wollte, das die endlich und eindeutig schuldlos verfolgten Deutschen ihnen vor ewigen Zeiten geraubt haben sollen, angeblich.

Michael Schilling schrieb in KONKRET 11/91 über das Engagement der Bürgerpresse für die marode »TAZ«

Konkret 12/91, S. 56

Elfriede Jelinek; Gabriele Dietze; Matthias Altenburg; Ursula Püschel

Ein Communist

Zum Tode des Schriftstellers Ronald M. Schernikau, der Ende Oktober, 31jährig, in Berlin starb

Elfriede Jelinek

Ein Irrläufer

Im letzten KONKRET-Literaturmagazin hat er noch angeboten, telefonisch Auskunft geben zu wollen hinsichtlich noch unbekannter Aufsätze über die Morgner, die tot ist, aber nicht wirklich rezipiert, und jetzt ist er selbst tot und kann nicht mehr angerufen werden. Die Nachricht von seinem Tod fällt bei mir genau mit der Lektüre seiner Rezensionen zusammen, und so läuft die Zeit einen Augenblick lang gleichzeitig vorwärts und rückwärts, bis sie an einem Punkt zusammenstürzt.

Ich habe einen jungen, schmalen Mann in Erinnerung, auf meiner Terrasse, angekündigt, aber nicht angemeldet (telefonische und sonstige Pannen). Ich komme mit dem Hund nach Hause und beschimpfe ihn sofort wegen dieser Unhöflichkeit: Wer sind Sie überhaupt? Wir haben das rasch aufgeklärt und einander dann sofort verstanden in dieser damals noch möglichen trügerischen Zugehörigkeit zur richtigen Seite, die es jetzt nicht mehr gibt, weil alles eine Seite geworden ist, die sich fortwährend von ihrer schlechtesten Seite zeigt. Wir beide haben das damals nicht geahnt.

Er hat immer wieder Zitate von Frauen in seiner Arbeit versteckt, die Morgner, die Elsner, mich... Offenbar haben ihn Frauen, die komische Sachen sagen, sehr interessiert. In Hollywood hat man die Komikerinnen als Lust-Töterinnen besetzt, eine Frau, die lachen macht, kastriert den Mann, maßt sich seine Rolle an, erhebt sich über ihn und macht ihn gleichzeitig wehrlos. Kann nur ein Homosexueller diese weibliche Anmaßung ohne Aggression ertragen, ja annehmen?

Eine seltsame Vorstellung: wie dieser entschlossene junge Mann, einem Tier gleich, das seine Instinkte verkehrt herum eingebaut hat, hartnäckig in eine Richtung strebt, während ringsumher die anderen Tiere wie die Irren vor einem imaginären Buschbrand in die entgegengesetzte Richtung flüchten, links und rechts von ihm wie Funken davonspritzend, während er einfach weiter hinübergeht, wo er Dichtung lernen und schöner wohnen will, was immer er sich darunter vorstellen mag, da doch die glänzenden bunten Hefte, aus denen man das lernen kann, bei ihm drüben garnicht mehr zu kaufen sein werden. Ein Irrläufer, aber kein Irrtümler, obwohl da Irren sicher auch bald tümlich werden wird in diesem Volk, das in schrecklichen Musikantenställen gerade das Laufen lernt. Und bald wird es aufstehen und seinen Volkstanz tanzen. Einer, der dann wahrscheinlich sitzen bleiben würde, ist jetzt tot.

Elfriede Jelinek ist Schriftstellerin und lebt in Wien

Gabriele Dietze

Ariel

Bei dem großen fragilen Jungen mit den manchmal hennaroten Haaren habe ich mich oft gefragt, ob nicht auch unser Jahrhundert noch seine Ariels, Luftgeister und heiligen Narren vorzuweisen hat. Etwas an Ronald Schernikau erinnerte an die poetische Clownsfigur aus dem Zirkus Roncalli, die scheinbar zu ihrem eigenen Erstaunen und Entzücken immer schönere und immer größere Seifenblassen aus einem riesigen Ring hervorzauberte. Seine Träume von einem besseren Leben und einer besseren Gesellschaft unter sozialistischen Vorzeichen zerbrachen nicht an Leipzigs grauen Häuserwänden, als er als Westler am Johannes R. Becher-Institut Literatur studierte, bekamen Flügel, als es ihm gelang, die DDR-Behörden davon zu überzeugen, ihm die Staatsbürgerschaft zu verleihen, und zerschellten auch nicht am Fall der Mauer.

Vor über einem Jahr hatte Ronald Schernikau in einer Kiste viele hundert Seiten eines Romanentwurfs die vier Treppen zu Rotbuch heraufgetragen, oder besser gesagt heraufgeschleppt. So schwer wog die literarische Ernte der Leipziger Zeit. Ein großes Welttheater auf der Insel Westberlin unter den Augen von vier Engeln auf der Suche nach den »Gerechten«. Eine Parabel des Ost-Westkonflikts und seiner Lösung in Form und Folie eines Shakespeare-Dramas. Aus dem Zeit-Stück, in dem sich Pathos, Analyse, Ironie und Tingeltangel in einer ganz unverwechselbar ‘schernikauschen’ Tonlage mischten, war unter der Hand ein historischer Roman geworden. Der große Brocken war zu schwer zu schlucken für das kleine Haus Rotbuch. Wir rieten zur Überarbeitung, Kürzung und meldeten Zweifel an, ob die Kraft der Utopie wirklich einen zeitgenössischen Roman tragen könne, ohne vollends zum Märchen zu geraten. Mag sein, erwiderte er listig, aber wo ist das Problem? Ja, wo ist das Problem für einen, der immer in Paradoxa gelebt hat, schwul, Parteikommunist, DDR-Neubürger, Hedonist, Anarchist und Idylliker. Ein paar Wochen vor seinem Tod rief Ronald an und fragte, ob Rotbuch an einem Krimi von ihm interessiert sei. Ich habe mir mit dem »Aber ja doch«-Rückruf zu lange Zeit gelassen. Ich dachte, es eilt nicht. Ich wußte nicht, daß Ronald Schernikau keine Zeit mehr haben würde.

Gabriele Dietze, ehemals Lektorin im Rotbuch Verlag, lebt als freie Publizistin in Berlin

Matthias Altenburg

Life's a Bitch,

Then You Die

Wieder einer weniger. So langsam gewöhnt man sich. Im letzten Jahr dachte ich schon ein paar mal, er sei bereits tot, weil er sich nicht mehr gemeldet hat. Ich hätte ihn ja auch anrufen können.

Doch ich hatte Angst vor ihm. Auch, weil ich wußte, daß er krank war. Und als ich jetzt hörte, er sei gestorben, war ich erleichtert. Aber nicht etwa aus Mitleid, wie ihr hofft.

Vorigen Sommer war er in Frankfurt. Wir saßen im Epstein-Eck, und er erzählte, daß er Eva Haule im Preungesheimer Knast besuchen wolle. Und daß er an einem großen Roman über eine Reise der Götter auf die Erde arbeite, tausend Seiten, und nicht nur so dick wie die Bibel. Er war eine besessene schwule Diva, die einen Hetero-Spießer wie mich allemal zittern läßt.

Vor ein paar Wochen hat er mir das Manuskript seines gerade fertig gewordenen Romans geschickt. Er bat mich, ihm zu helfen, einen Verleger zu finden. Am Tag als er starb, schrieb ich ihm einen Brief, er möge Geduld haben.

Ich höre Hell's Ditch von den Pogues und denke, wie es wäre, wenn ich mit ihm zu diesem verrückten irischen Sirtaki einfach über den Rand der Erde tanzen könnte, ohne daß wir runterfielen.

Der Rotz und die Tränen gehören mir.

Matthias Altenburg ist Schriftsteller und arbeitet als Lektor im Verlag der Autoren (Frankfurt)

Ursula Püschel

Der Unbeirrbare

Wird er hier leben können, fragten wir uns, als wir noch DDR waren. Zum Leben langte es nicht, er mußte hier ster-ben, als wir nicht mehr DDR waren. Alles beim alten.

Bevor er die Länder wechselte, haben wir uns verschiedene Köpfe zerbrochen, ob er auch wirklich alles weiß. Dabei wußten wir doch, daß er mehr als bloß alles Wirkliche weiß, denn er war ein Dichter. Warum fiel es uns so schwer, das zuzugeben? Er hat sich das Recht der Wahl genommen und wählte seinen Ort, durch keinerlei Wirklichkeit beirrt - denn: »Der Ort soll menschlich werden.«

Er nämlich hat die Schönheit gesehen. Vielleicht hatte er die schärferen Sinne, die Ungeduld mit dem Mangel, weil er schwul war, im Ghetto einer Minderheit. Für die meisten ist die Schönheit nicht mehr von Belang. Ich kann mich kaum erinnern, wann das letzte Mal die Rede ging von ihr. War es, als Empedokles starb? Doch, bei der kleinen Feier in der Rue Pigalle am Abend der Commune tranken wir ein Glas auf ihr Wohl. Schönheit für alle - Ronald, Du bist ein Communist.

Also auch Du kannst mir nicht helfen - war der Wort-Laut genau so? - der letzte Satz, bevor er ging, das letzte Mal. Er war mal wieder eben vorbeigekommen, aber ich begriff dann den großen Anlaß, ein heimliches Fest: er wußte jetzt genau, wieviel Tage die LEGENDE noch braucht, bis sie fertig ist. Die Rede ging hin und her über die Aussichtslosigkeit von tausend Seiten. Dann aber hat Ronald an die anderen Romane von tausend Seiten gedacht, die schließlich auch da sind. Er hat den letzten Satz freilich mit Scherzo-Leichtigkeit gesagt - jedoch ich konnte ihm nicht helfen, nicht gegen die Krankheit, nicht gegen die Häßlichkeit. Die Niederlage - »das sind Angelegenheiten bloß eines Jahrhunderts«, hast Du gesagt. Ohne Dich könnte es ein wenig länger dauern.

Ursula Püschel ist Schriftstellerin und lebt in Ostberlin

Zur Zeit sind folgende Titel von Ronald M. Schernikau lieferbar:

· die tage in l. darüber, daß die ddr und die brd sich niemals verständigen können, geschweige mittels ihrer literatur. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1989. 208 Seiten, 24 Mark

· Kleinstadtnovelle. Rotbuch Verlag, Berlin 1980. 220 Seiten, 7 Mark

· Petra. Ein Märchen. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984. 48 Seiten mit 18 Abbildungen, 45 Mark

Im nächsten Heft: Ronald M. Schernikau - Peter Hacks: Der Briefwechsel

Konkret 12/91, S. 58

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Alles spricht von Sascha Zapfmann, Arschloch Bierhahn und der Stasi. Von mir keiner. Aber auch ich! war einmal informeller Mitarbeiter des MfS auf Erfolgshonorarbasis. Wegen des Bemalens (das Wort Graffito gabs damals noch nicht) einer Eisenbahnunterführung mit der Losung NICHT MIT ALTEM KOPF GEGEN DIE NEUE ZEIT ANRENNEN/DDR ENDLICH DIPLOMATISCH ANERKENNEN zu vierzig Tagessätzen à zwanzig Mark verurteilt (ein Heidengeld damals für einen Zwanzigjährigen), erhielt ich Ende Juli 58 Besuch von einem gescheitelten, nach Kölnisch Wasser riechenden Herrn mittlern Alters. Es war, erinnre ich mich ganz deutlich, ein sakrisch heißer Sommertag, aber der Herr trug nicht was luftig Leichts, sondern einen schweren grünen Kunstledermantel. Das hätte mich stutzen lassen müssen, aber als junger Kerl blickst du nicht durch, sondern läßt dich einlulln. Er habe, sagte er, in der Kreiszeitung von meinem Fall gelesen, und das sei ja wohl eine Riesensauerei, einen jungen Menschen, nur weil er das einzig Richtige tue, nämlich für den Fortschritt einzutreten, zum Verbrecher zu stempeln und ihn obendrein derart massiv abzugreifen.

Er selber sei (bedingt durch Hitlers Angriffskrieg) Frührentner und auch nicht grad betucht, aber, und dabei ging die Hand in die Innentasche der Kunstlederkutte, auch er sei ein Mann des Fortschritts und wolle sich mit einem Tagessatz an der Milderung meiner Malaise gern beteiligen; hier, ich möge den Zwanziger ruhig nehmen, es treffe schließlich keinen Unrechten. Wenn ich wolle, könne ich ihn ja mal zu einem kleinen Bier einladen, bestimmt hätte man sich von Fortschrittler zu Fortschrittler die Menge zu erzählen. Das war im Juli 58. Und eh ich mich versah, war ich faktisch das, was mir der Ankläger in meinem Prozeß lediglich unterstellt hatte: ein Handlanger Ulbrichts. Lesen Sie in meinem nächsten Ehrlichen Stasitagebuch: Wie Egon (sein Deckvorname) mich durch schöne fortschrittliche Reden, Bildbände Heartfields sowie die Ausnutzung meiner homoerotischen Komponente immer enger an sich band und aus einem blutjungen provinzlerischen Feierabendfortschrittler eine Marionette Mischas formte...

Vierzig elfstellige Militärhaushalte haben sie ausgehalten, derbei Trikont auszulutschen nicht verabsäumt, und eifrig waren und sind sie beim Betuppen der heimischen Unterschicht. Auf ihr Konto gehen die Subventionen der Benimm- und Verdummungsschulen, der Terror der geschmacklosen Tomate und die Tragik des vermessnen, für zu klein und zu sommersprossig befundnen und deswegen zu Kompost verurteilten Boskop. Giftgas, Butterberg, Hungerlohn, Bodenboden-, Bodenluft-, Luftboden- und Luftluftraketen, Plastikpuppen, die pissen, scheißen und Mama sagen können, Bundesgartenschau, Presseball und Kanzlerfest, die Liste ihrer Brutalitäten ist lang, und der Tag ihrer Untaten dauert fünfundzwanzig Stunden, und dennoch finden sie neben dem Betrieb der Vision vom 256rippigen Riesenschwein in Pferchen von Horizont zu Horizont noch ein paar Minütchen fürs Roheste und Gemeinste und Menschenmistigste, was auf dem Erdenrund kein zweites findet, nämlich fürs Krebskindlein die Karte zu dreschen.

Aber wie sie da, angelockt from The Happy Printer Bonn und den Freßkörben und Bangkok-Fickfuckflügen und Kreuzfahrten, fläzen, der Sudetenklein und der Vizeklein und der freie Herr und der, der neben Eintracht Frankfurt und Skat sich als Shakespeareübersetzer einen Namen, nämlich Mischnik, gemacht hat, und all die Herren Einflußagenten von Chemie und Bank und Papst und Landwirtschaft und Forsten und die Tageslohnschriftsteller des militärisch-industriellen Komplexes, wie sie da fläzen in der Kantine der Parlamentarischen Gesellschaft, besoffen von Bier und Schnaps und hallihalloiger Vitalität, da geht die Tür auf, und herein schwebt das Krebskindlein. Zwei Flügerl sind ihm am Hemdchen angewachsen, und in seinen Augen steht das Paradies geschrieben. Aber es hat den Drive der Furie drauf. Und es spricht: Ihr Sausäcke, achtzehn zwanzig, das will dem Krebskindlein gar nicht passen, und es haut dem Mischnik sein Karo ohne drei aus der Hand und den Mischnik selber mit der Handkante um, und es faßt den Sudetenklein bei der Fliege und läßt ihn mit den Hosenträgern am Kronleuchter zappeln, und den Vizeklein wirft es über drei Tische, daß er von vielen zersplittertem Glase ausschaut wie ein gestolperter Naßrasierer, und überhaupt schmeißt das Krebskindlein alles um, Tisch und Stuhl und Interessenvertreter und Teller und Gläser und Mitarbeiter und Happy Printer und Freßkorb und Flugreise und Sponsor, schmeißt und haut alles um und um, bloß die Ober und die Kellnerinnen nicht, weil die können ja nichts für dieses Roheste und Gemeinste und Menschenmistigste auf dem Erdenrund, das hallihalloig sauvitale Dreschen der Karte fürs Krebskindlein.

Konkret 12/91, S. 59

Gunter Blank

Keine Hoffnung für die Toten

»God has just recosered his sanity.« So endet Jim Thompsons letzter Roman »Child Of Rage«. Nicht zufällig ist dieser versöhnliche letzte Satz eines zornigen Außenseiters einem Schwarzen vorbehalten. Für das weiße Amerika gibt es in Thompsons Welt keine Rettung mehr. Zweiter Teil einer dreiteiligen Serie über 'schwarze' Kriminalromane

29 Romane hat Jim Thompson zwischen 1942 und 1972 geschrieben, dazu noch einmal so viele Entwürfe und Fragmente, die mangels verlegerischen Interesses nie zu Ende geführt wurden. Als er 1977 starb, war keines seiner Bücher in Amerika erhältlich. Seine Darstellungen einer an sich selbst zugrunde gehenden Gesellschaft hatte man verdrängt, seine schmalen »Paperbacks« zum Altpapier gepackt, ihm selbst blieb zeitlebens die Anerkennung versagt.

Derzeit taucht sein Name wieder im Abspann von Filmen wie »The Grifters«, »After Dark, My Sweet« und »The Kill-Off« auf, von denen nur letzterer beanspruchen kann, Thompsons düstere Visionen nicht auf Hollywood-Niveau geschönt zu haben. Den übrigen Verfilmungen seiner Romane ist gemein, daß sie die Mythen restaurieren, die der Autor an der Welt, der seine Figuren vergeblich zu entkommen versuchen, zerschellen ließ. Stephen Frears »The Grifters« etwa betrügt uns um den entscheidenden letzten Satz, ohne den Thompsons literarische Vorlage tatsächlich nicht viel mehr wäre als ein vor sich hin plätscherndes Melodram. Das »Jungchen, es ist doch nur die eine Kehle«, mit dem Lilly Dillon den von ihr verschuldeten Tod ihres Sohnes kommentiert, hebt die Illusion auf, die Anjelica Hustons Weinkrampf beschwört. Wer Trost sucht, ist bei Thompson an der falschen Adresse.

Seine Romane wirken vor allem durch ihr Finale. In den Schlußsequenzen verleiht er seinen Geschichten eine unerbittliche Perspektive, die kein Mythos mehr zu verklären vermag. Zwar rang er sich gelegentlich auf Drängen seiner Verleger ein halbherziges Happy-End ab, aber am besten ist Thompson dort, wo er seine Protagonisten im Delirium scheitern läßt. Vermittelt die Philosophie der »Schwarzen Serie«, der er im weitesten Sinne zugeordnet werden kann, ansonsten die Geborgenheit einer Moral, der das Leben nichts anzuhaben vermag, steht bei Thompson am Ende stets der Triumph der Verhältnisse über eine aller Illusionen beraubten Kreatur. Selbst der Tod ist für seine Helden keine Erlösung, sondern die unausweichliche Bestätigung ihres Scheiterns.

Es bedurfte der gemeinsamen Anstrengung von Sam Peckinpah und Walter Hill, um den Mythos zu restaurieren, den Thompson in seiner Outlaw-Ballade »The Getaway« zerstört hatte. Während Peckinpah/Hill in ihrer Filmfassung die Hoffnung nähren, 'das System' könne erfolgreich mit seinen eigenen Waffen geschlagen und eine nihilistische Idee von Freiheit aufrechterhalten werden, nennt Thompson in dem vom Film unterschlagenen letzten Drittel des Buches deren Preis. Die zu ihrer Verteidigung notwendige Unbarmherzigkeit holt das Bankräuberpärchen Doc und Carol McCoy ein, als ihnen am Ende ihrer Flucht dämmert, daß die materielle Grundlage des »Pursuit of Happiness« mächtiger ist, als seine romantische Legitimation glauben machen möchte. Im Gangster-Eldorado von El Rey stellt das Paar, das die Welt herausgefordert hat, fest, daß die Maxime »fressen oder gefressen werden« wörtlich zu nehmen ist und auch vor ihrer Liebe nicht halt macht.

Die grausame Selbsterkenntnis, auf die die McCoy' s am Ende ihrer Reise ins Herz der Finsternis stoßen, schleppt Charlie Bigger schon zu Beginn von »Savage Night« mit sich herum. Der tuberkulöse Profikiller ist, trotz seines Berufes, eher ein liebenswerter Mensch. Er selbst weiß am besten um die Verwerflichkeit seines Tuns, und seine Todessehnsucht wird nur noch übertroffen von dem Wunsch, denen zu entkommen, die seine zwergenhafte Gestalt in eine Tötungsmaschine verwandelt haben. Er ist ebenso wie sein Opfer ein abtrünniger Mafiosi – stets auf der Jagd nach einem Fetzen Glück, um das er solange betrogen wird, bis er am Ende, von seiner verräterischen Geliebten verstümmelt, in einem Kellerloch dem Tod entgegenfiebert: »Death was there. And he smelled good.«

James Myers Thompson, 1906 in Anadarko, Oklahoma, geboren, hat die Vergeblichkeit der Jagd nach dem Glück von klein auf erlebt. Sein Vater, ein US-Marshall, geriet in den Sog des texanischen Ölrausches, gewann und verlor binnen weniger Jahre diverse Vermögen und driftete mit seiner Familie durch den Südwesten der USA, bis er sich schließlich in Oklahoma City als Anwalt niederließ. Von seinem Sohn wurde - je nach dem Stand des Familienvermögens - erwartet, daß er entweder auf der Highschool glänzte oder sich um die Ernährung der Familie kümmerte.

Als er achtzehnjährig mit Tbc und Delirium tremens ins Hospital eingeliefert wird, kann er bereits auf eine Karriere als Hotelpage, Caddy, Schnapsschmuggler und Hilfsredakteur zurückblicken. Einsam und den Schriftstellertraum träumend, zieht er nach Texas, auf die Ölfelder, anschließend für kurze Zeit aufs College, dann wieder zurück ins Ölgeschäft und zu diversen Provinzblättern. Er begegnet der Liebe seines Lebens, die den vagen Hoffnungen eines Träumers jedoch die Sicherheit einer zahnärztlichen Praxis vorzieht. Der Zurückgewiesene schreibt zwei Bücher, den verschollenen Roman »Always To Be Blessed« und eine erste Version von »Nothing More Than Murder«, für die er keinen Verleger findet. Von seinem Schwager verkuppelt, heiratet er kurz darauf selbst und versucht, vom Erlös einiger Reportagen, Pulps und

Kurzgeschichten seine Familie und seinen kränkelnden Vater zu ernähren. Schließlich landet er - dank Roosevelts New Deal - in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für arbeitslose Schriftsteller. Er avanciert schnell zum Bezirksleiter von Oklahoma City, hat aber bereits zuviel erlebt, um sich in die intrigante Bürokratie der Roosevelt-Administration einzufügen. Als er seinen Vorgesetzten 1939 eine Geschichte der Arbeiterbewegung von Oklahoma vorlegt, sind darin die diversen Massaker der Nationalgarde wohl ein wenig zu detailliert geschildert: Das Manuskript wird eingezogen und Thompson in ein Projekt zur Erforschung des Baugewerbes abgeschoben. Einmal mehr verkannt, entzieht er sich seinen Pflichten als Vorstand einer inzwischen vierköpfigen Familie durch übermäßigen Genuß harter Alkoholika, verfrachtet seinen Vater ins Altersheim und flieht schließlich - von Schuldgefühlen und Geldnot getrieben - nach New York. In einem von einem gnädigen Verleger bezahlten Hotelzimmer schreibt er binnen weniger Wochen »Now and on Earth«. Das bringt ihm zwar einen Eintrag in das »Who is Who« von 1942, aber sowohl »Now and on Earth« als auch das 1946 erscheinende »Heed the Thunder« stoßen auf ein Publikum, das keineswegs gewillt ist, sich von düsteren Schilderungen des Niedergangs des Mittelwestens die Siegesparaden verderben zu lassen. So verbringt Thompson einen großen Teil der 40er Jahre in Entziehungsanstalten, bis es ihm 1949 gelingt, »Nothing More Than Murder« zu verkaufen, mit dem seine unbeachtete Karriere als Chronist der Verdammten beginnt.

Zum Glück für Thompson waren die 50er das goldene Zeitalter der »Paperback-Originals«. Für 25 Cents befriedigten sie jene Bedürfnisse der Nation, die im bigot-ten Klima der McCarthy-Ära nur im Verborgenen blühen durften. Titel wie »Hellhole of Sin«, »After Dark, My Sweet«, »Wild Wives«, »Honeymoon in Hell«, oder »Murder Is My Mistress« versprachen jene abgründigen Vergnügen, die der Durchschnitts-Amerikaner tunlichst aus dem eigenen Schlafzimmer fernzuhalten trachtete. Leider ging es in den Romanen selten so zur Sache, wie es die verworfenen Gestalten auf den grellbunten Covern versprachen. Dennoch bildeten die Paperbacks zusammen mit den noch billigeren »Shudder Pulps« und den legendären E.C. Comics eine literarische Subkultur, in der die Neurosen von Gottes eigener Nation ungehemmt ausagiert werden konnten und damit bloßgelegt wurden.

Dieser vom guten Geschmack weitgehend unbehelligte Freiraum bot Autoren ein erträgliches Auskommen, deren Prosa zu schmutzig war, um durch einen Leineneinband geehrt zu werden - vorausgesetzt sie unterwarfen sich den Regeln des Betriebs und waren in der Lage, mindestens zwei Romane pro Jahr abzuliefern. Marvin H. Albert, Charles Willeford, Charles Williams und später Peter Rabe, Donald Westlake und Dan J. Marlowe konnten so in jene Lücke stoßen, die Spillanes Konversion zum Zeugen Jehova, Chandlers Hang zur Redundanz und die Moralinsäure der Bücher seines Nachfolgers Ross MacDonald hinterlassen hatten. Sie ersetzten den anachronistisch gewordenen Privatdetektiv durch wirklich miese Charaktere und knüpften an die Tradition des schwarzen Romans von Cain, McCoy und Woolrich an, die dann Anfang der 80er zum prägenden Einfluß junger Autoren wie Ellroy, Montecino und Nisbet geworden ist.

Auf dieser Müllhalde der amerikanischen Literatur hatte sich auch Jim Thompson einzurichten. Er tat es mit dem Stil eines Gentleman, der zu edel für diese Welt war und der den Demütigungen, die ihm zunächst der Literaturbetrieb und später Hollywood antaten, nichts entgegenzusetzen hatte als den stillen Schrecken seiner Prosa. Gleich in seinem ersten Vierteldollarroman »The Killer Inside Me« schuf er jenen Prototypen des psychopathischen Mörders, mit dem er die Grenzen des Genres neu definierte und an dem sich seitdem die Autoren abarbeiten.

Dabei verdankt sich die Existenz des Deputy Lou Ford einem eher unbedeutenden Ereignis. Benötigen heutzutage Autoren bis zu sechs reale Serienmörder, um einen literarischen zusammenzubasteln, so genügten Thompson zwanzig Minuten mit einem leibhaftigen Deputy in der Einsamkeit eines westtexanischen Ölfelds, um der Abgründe gewahr zu werden, die sich hinter der amüsierten Nonchalance seines Gegenübers verbargen. »Ich konnte nicht wissen, ob er mich getötet hätte, weil er es selbst nicht wußte«, erinnert sich Thompson in seinem autobiographischen Schelmenroman »Bad Boy« an den kleinen Zwischenfall. »Auf den ersten Blick kann man nie wissen, wie ein Mensch ist, man weiß nie, was er machen wird, wenn er ‘ne Chance bekommt.« Die Gleichgültig- keit, mit der der Deputy Thompson schließlich ziehen ließ, hat sich in »The Killer Inside Me« zu unkontrollierter Mordlust ausgewachsen. Lou Ford erhält die Chance, sich für den Raub seiner Träume zu rächen, und er nutzt sie so gründlich, daß er am Ende selbst das vernichtet, was seinen Untergang hätte verhindern können.

In Thompsons Romanen vollzieht sich die Auflösung der Personen mit einer Unaufhaltsamkeit, der mit menschlichen Mitteln nicht mehr zu begegnen ist, zumal die Menschen, so seine prägende Erfahrung, kein gesteigertes Interesse an der Veränderung der sie deformierenden Verhältnisse haben: »Yeah Johnnie«, klärt Ford den unschuldigen Jungen auf, den er zum Opferlamm erkoren hat, »it’s a screwed up, bitched up world and I’m afraid it’s going to stay that way. And I’ll tell you why. Because no one, almost no one sees anything wrong with it.«

Keine Probleme mit Inzest, Ehegefängnissen, Lynchjustiz und ähnlichen ländlichen Errungenschaften haben auch die ansonsten rechtschaffenen Bürger im Pottsville der Jahrhundertwende, dem Schauplatz von »Pop. 1280«. Deshalb braucht auch Nick Corey, der verfressene Kollege Fords, wenig Gedanken auf die Wahl der Mittel zu verschwenden, die er zur Befriedigung seiner Gelüste anwendet. Gilt er doch im ganzen County als sentimentaler Trottel, der sein Amt bloß der Tatsache verdankt, daß er unfähig scheint, es auszuüben. Fast könnte man ihn mögen, diesen Huck Finn, der sein Floß

verpaßte, hätte er sich nicht so wohlig in der ihn umgebenden Verkommenheit eingerichtet. Denn letztlich bedarf es nur eines leichten Schubses, und die kleinen Schwächen seiner Mitbürger treiben die Dinge ganz von alleine in die Corey genehme Richtung.

»Better the blind man who pisses through a window, than the prankster who raises it for him«, und als Staatsdiener ist Corey ein geradezu fanatischer Fensteröffner, doch die Blinden, denen er den Weg weist, haben ihr Schicksal allemal verdient. So bleibt, trotz der Morde, die Corey inszeniert, wieder der leise Zweifel, wer die Blinden und wer die Heuchler sind, zumal am Ende ein noch ärmerer Wicht auf der Bildfläche erscheint, der Corey, der sich inzwischen für den Messias hält, von seinem biblischen Wahn kuriert.

Zwischen 1952 und 1964, als »Pop. 1280« erschien, nährte Thompson diesen Zweifel in insgesamt neunzehn Romanen. Vom geschlagenen Boxer Kid Collings in »After Dark, My Sweet«, der, auf der Suche nach der Geborgenheit einer Familie, in eine dilettantische Entführungsaffäre gerät, über den von einem Granatsplitter kastrierten »Nothing Man« Clinton Brown, der auf das geheuchelte Mitleid seiner Umgebung mit blindem Haß reagiert, bis hin zum Haushaltswarenvertreter Dolly Dillon, der in »A Hell of a Woman«, das große Geld witternd, zum Spielball seiner Triebe wird: Sie alle überschreiten die schmale Kluft, die die Opfer von den Tätern trennt, und sind am Ende doch nur Opfer ihres verzweifelten Hasses.

Die radikalste Darstellung dieses Teufelskreises findet sich in der Novelle »This World, Then the Fireworks«. Auf nur fünfzig Seiten komprimiert Thompson all die Obsessionen, vor denen Amerikas Bürger beständig davonlaufen, zur wirren Beichte des Starjournalisten Martin Lakewood, in der Einbildung und Wirklichkeit so apokalyptisch ineinander verschlungen sind, daß kein Verleger sie zu veröffentlichen wagte. Diese Enttäuschung hinterließ einen weiteren Riß in Thompsons beschädigter Seele. Zwar schuf er mit »The Getaway«, »The Grifters«, »Pop. 1280« und »Texas by the Tail« noch ein beachtliches Spätwerk, aber die Pausen zwischen zwei Büchern wurden länger und die Zurückweisungen wiederholten sich.

Hinzu kam, daß er den sich als leer erweisenden Versprechungen Stanley Kubricks folgte, für den er das Drehbuch zu dessen Debutfilm »The Killing« geschrieben hatte, und Ende der 50er Jahre vergeblich auf eine Karriere als Drehbuchautor wartete. Ob es sein wieder aufbrechender Alkoholismus war oder die störrische Aufrichtigkeit, mit der er auf seiner Sicht der Dinge beharrte - Hollywood hatte für den schonungslosen Realisten keine Verwendung und enthielt ihm mehrfach sogar die Tantiemen für seine wenigen realisierten Projekte vor. So hielt er sich mit Skripten für drittklassige Fernsehserien über Wasser, betrank sich und schrieb noch ein paar Romane, von denen er vergeblich hoffte, sie würden das Interesse eines Studiobosses wecken.

Körperlich und seelisch so ziemlich am Ende, raffte er sich Anfang der 70er noch einmal auf und lieferte mit dem eingangs erwähnten »Child Of Rage« eine ungläubige Vision der sich abzeichnenden Rassenintegration. Sein jugendlicher Held Allen Smith, schwarzer Sohn einer zu Ansehen gekommenen weißen Hure, widersetzt sich den wohlgemeinten Integrationsbemühungen seiner liberalen Umgebung und löst ein Inferno aus, das in einem grotesken Racheakt an seiner Mutter gipfelt. Ehe Tompson ihn - und damit vielleicht auch sich selbst - am Ende doch noch mit der Welt versöhnt, legt er ihm einen Satz in den Mund, der sein lebenslanges Wüten gegen die Übermacht der Selbstgefälligkeit auf den Punkt bringt: »I wish the world’s entire population had but one asshole so I could screw it and be done with my work.«

Soviel zur Frage einer Literatur nach dem Kommunismus.

Bislang sind 15 Romane von Thompson auf deutsch bei Ullstein erschienen. Weitere werden folgen. Es lohnt sich jedoch die Lektüre der Originalausgaben. Der Autor empfiehlt folgende Auswahl: »The Killer Inside Me«, »Savage Night«, »Pop. 1280«, »The Getaway«, »A hell of a Woman«, die Shortstorysammlung »Fireworks« sowie die Biographie von Michael McCauley »Jim Thompson. Sleep With the Devil«.

Gunter Blank schrieb zuletzt in KONKRET 10/91 über die Krimiautoren Derek Raymond und Ted Lewis

Konkret 12/91, S. 62

Diedrich Diederichsen

□ Eine gro□ e abwinkende M□ digkeit□

Der schwarze Regisseur Spike Lee hat einen Film □ ber die Herrschaft des Rassismus in den USA gedreht: □ Jungle Fever□

»Auch wir sind Amerikaner« (Titel der deutschen Ausgabe des integrationistischen Buches von Louis E. Lomax, Düsseldorf 1965)

»Sam is not my motherfucking uncle« (Ice Cube, »Death certificate«, 1991)

Rassismus strukturiert in Amerika alle Lebensbereiche. Diese Wahrheit wird in Europa einfach nicht geglaubt, und daher findet jeder den Film »Jungle Fever« rassistisch. Dabei stellt er die beherrschende Rolle des Rassismus gerade dadurch heraus, daß er eine Geschichte erzählt, die auch ohne Rassismus denkbar wäre: Ein gutverdienender, junger Architekt mit gebildeter, berufstätiger Frau und reizender Tochter fängt eine Affäre mit seiner Sekretärin an, die aus beengten suburbanen Verhältnissen kommt. Wie immer in solchen Fällen determinieren das berufliche Abhängigkeitsverhältnis und die soziale Kluft den Verlauf der Affäre, der natürlich kein glücklicher sein kann. Alles - das kann man sehen, wenn Flipper Purify nachts aus dem Lotterbett hochschreckt und zu seiner Tochter will, oder wenn Angie ihren Freundinnen mit leuchtenden Augen vorschwärmt, wie »fancy« das Architekturbüro sei, in dem sie, die Zeitarbeiterin, vorübergehend einen Job gefunden hat - wäre auch genauso gekommen, wenn Flipper nicht schwarz und Angie nicht italo-american gewesen wäre. Da sie es aber sind, kommt es alles viel schneller, viel schlimmer, viel härter. Rassismus ist allgegenwärtig und steigert einfach jede normale kapitalistische, moderne, zivilisierte Situation ins Unerträgliche.

Die von ihm Betroffenen sind es leid, länger Lösungen in einer »Great Society« oder »Integration« zu suchen, auch können sie nicht mehr an Universalismen glauben, weder an Liebe noch an Klassenkampf. Sie wollen einfach nichts mehr mit der Scheiße zu tun haben, und daher hat Separatismus in allen Schattierungen, von der Nation Of Islam bis zu den sophisticatedsten schwarzen Linksintellektuellen Konjunktur. Man braucht gar nicht nach »rassistischen« oder essentialistischen Begründungen dafür zu suchen: Eine große abwinkende Müdigkeit, die einem durch Spike Lees Filme so verständlich wird, reicht völlig. Ich finde es oft geradezu rührend, wie er noch in jeder Situation die andere Möglichkeit, die integrationistische, die amerikanisch-ideologische offenhält. Wie Angie das letzte Wort behalten darf, wenn sie Flipper vorhält,er sei genauso rassistisch wie ihre italienische Familie, obwohl Lee doch oft genug in Interviews erklärt hat, rassistisch könnten immer nur Institutionen, die Macht also, sein, zu der Schwarze aber noch nie in den USA Zugang hatten. Die abwinkende Müdigkeit des neuen schwarzen Nationalismus, seine Einigkeit darüber, selbst die extremsten inneren Divergenzen niemals über weiße Medien auszutragen, beleidigt das linke universalistische Herz, das eben auch darauf besteht, daß Liebe doch eine Himmelsmacht sei.

Lees Filme polarisieren und bringen Diskussionen hervor wie schon lange nichts mehr im Kino. Die übliche geschmäcklerische Rede, die Filmkritik und Kino nun seit Jahren schon beherrscht, hat keine Chance; jedes Bild ist ein Argument. Dies hat ihm den Vorwurf eingetragen, als blutleerer Thesenfilmer cineastische und formale Probleme des Kinos zu vernachlässigen. Diese Kritik übersieht einerseits, daß gerade die Diskutierbarkeit und Argumentativität bei Lee aus einer komplexen hochformalisierten Technik hervorgeht, die - obwohl sie narrativ ist - das jeweilige Problem (»Issue«, wie man in Amerika sagt) immer aus jedem »mitreißenden«, »natürlichen« Erzählfluß herauslöst, durch »freezes« oder durch brechtische V-Effekte, wie z.B. die bloße Darstellung des diskutierenden Um-den-Block-Gehens, bei der zwei offensichtlich stehende Figuren vor einem sich bewegenden Hintergrund reden. Oder die Diskussion der feministischen Implikationen seiner Geschichte en bloc durch einen »Kriegsrat« der beteiligten Frauen. Zum anderen weiß Lee, daß ein Argument nur dann als solches zu erkennen ist, wenn ihm unmittelbar seine Entgegnung folgt. Drittens bleibt er aber auch dabei nicht in einer binären oder dialektischen Struktur befangen, die ja der rassistischen Ideologie zugrunde liegt, sondern läßt ein Problem mal in fünf, mal in zwei Richtungen wuchern.

»Rassismus bedeutet in den USA vor allem eine unerträgliche Überdeterminiertheit«, lautet - im Kern - die These von Henry Louis Gates jr. zu Lees Filmen. Diese Überdeterminiertheit gilt es anzunehmen und darzustellen, nicht das, was zurückgebliebene Europäer immer noch auf den Begriff »Vorurteile« reduzieren. Darum ist es auch gerechtfertigt, daß Lee diversen Nebengeschichten nachgeht, ohne sie zu Ende zu bringen, die zunächst nur geläufige soziale Determinierun-gen freizulegen scheinen, um dann am Schluß auch deren rassistische Komponente als Bestandteil einer Überdeterminiertheit zu enthüllen.

Doch die Rede vom Vorurteil folgt ja nicht nur der idealistischen Vorstellung, Rassismus ließe sich auf Uninformiertheit reduzieren, sie beruht auf der vermeintlichen Logik europäischer □Rassismen` wie Antisemitismus, die einen geheimen Kern in das Innere des »Anderen« projizieren, einen Genuß, eine unsichtbare Eigenschaft. Nicht nur daß auch europäische Ideologie diesen Feind immerzu braucht und konstruiert - amerikanischer Rassismus ist im Gegensatz dazu auf Sichtbarkeit, auf Oberfläche, auf Hautfarbe aufgebaut. Diese Sichtbarkeit führt zum Nichthinsehen - weil mit einem Blick

alles klar ist -, zu jener »Invisibility« in einer visuellen Kultur, die Ralph Ellison in seinem Jahrhundertroman »The Invisible Man« immer noch gültig beschrieben hat. In der entscheidenden Szene des Films kommt das zur Sprache: Kurz bevor Angie und Flipper die Ehe brechen, sehen sie sich lange an. Er wisse, was sie jetzt denkt, sagt Flipper, sie bewundere seinen Teint, seine schöne, dunkle, schwarze, straffe Haut. Das sei so verrückt. Er habe jedes verdammte Schimpfwort über seine Hautfarbe gehört, jedes (und er zählt sie auf). Aber dann, wenn man mit Weißen ins Gespräch kommt, wenn sie einen ansehen, sagen sie immer nur, wie sehr sie diese Farbe lieben. Darauf Angie rührend hilflos: »It□s kinda messed up, eh?«

Daher aber ist die Eroberung des Films so wichtig, denn nur auf Filmbildern wird man wirklich gesehen in Amerika. Und da zuviele schwarze Figuren nie gezeigt wurden, stopft Lee seine Filme mit Personal voll, von Flippers religiös-starrsinnigem Vater, »The Good Lord Reverend«, bis zu seinem Crackhead-Bruder Gator, der schließlich von seinem Vater in einer Reminiszenz an das Schicksal von Marvin Gaye erschossen wird. Die Überfüllung mit Personal, Nebengeschichten und Situationen korrespondiert mit dem Nachholbedarf und mit der Überdeterminiertheit, indem sie diese als Ergebnis jenes erklärt. Weil der visuelle amerikanische Mythenfundus keine schwarzen Individuen als Individuen kennt, wird ihr Leben ganz den unpersönlichen Komplexitäten ausgeliefert, die entstehen, wenn man nur als Vertreter existiert. Diese Komplexitäten didaktisch zuzuspitzen, heißt, sie mit den schon existierenden Kino-Individualismen zu konfrontieren: Lees Italiener sind nicht deswegen klischeehaft individuell, weil er Italiener nicht leiden kann, sondern weil er sie den Filmen seines Vorbilds Scorsese entnimmt, weil er seinen schwarzen Charakteren genau diesen Status - allgemein bekannte Kinofigur - verleihen will. Weil selbst noch Sekundarität, kulturelle Codiertheit von Individualität - in Europa als nicht-authentisch verschrien - einen überlebensnotwendigen reduktionistischen Fortschritt darstellt gegenüber der rein soziologisch-ethnisch determinierten Komplexität, in der die pragmatische Reduktion auf Identität überhaupt nicht vorgesehen ist.

Daß sich junge Europäer, die sich »nur« »noch« sekundär-individuell fühlen, als defizitär, wieder mal mit African Americans identifizieren können, die einen Platz im Bilderreservoir der Kulturindustrie erkämpfen müssen, gehört zu den vielen fruchtbaren Paradoxien, zu denen Lees Film einlädt und die er kommentiert. Der Film aber entkommt auch noch der Problematik dieses partikularistischen black nationalist-Kampfziels (positive oder individuelle Repräsentation in den visuellen Medien): Er gewinnt eine Universalität (zweiter Ordnung, wenn man so will), indem er den Umgang mit den Paradoxien einer (rassistisch/individualistisch/tribalistisch) durchsemantisierten Welt als mühsame, aber machbare Arbeit am Detail zeigt (und vorführt) und so die Kunst für die Politik zurückerobert (ähem!).

Die im Motto erwähnte LP von Ice Cube, »Death Certificate«, ist bereits wenige Tage nach ihrem Erscheinen Nummer eins der amerikanischen LP-Charts und damit erfolgreicher als jede andere HipHop-LP. Sie enthält die bisher aggressivsten Tiraden gegen Weiße (»Devils«), Frauen (»Bitches«) und Schwule (»motherfuckin homo«), die nicht mehr nur mit der Tradition des Fluchens in»oral cultures« wegrelativiert werden können. Das von Lee dargestellte »Jungle Fever« (die Lust auf weißes Fleisch) kommt dort nur als abstoßende Seuche vor, die sich zum Glück noch niemand in der »Neighbourhood« eingefangen habe (in »Lil Horny Devil«). Der Platz für einen jungen Schwarzen sei Farrakhans »Nation Of Islam«, über den Lee sagt, er sei nicht in allen Punkten seiner Meinung, würde die Differenzen jedoch niemals in der weißen Öffentlichkeit austragen. Gleichzeitig wird von Ice Cube Uncle Sam ein Totenschein ausgestellt, den man in vielen Punkten mitunterzeichnen kann. Die Gewalt, die von dieser Platte ausgeht, ist auch die Gewalt und Hilflosigkeit eines alle Lebensumstände durchziehenden Paradoxes: daß man nur mit genau den Eigenschaften weiterkommt, geliebt wird, Karriere machen kann, für die man zurückgesetzt, gehaßt, verprügelt und ermordet wird.

Diedrich Diederichsen schrieb in KONKRET 11/91 über Frank Sinatra

Konkret 12/91, S. 64

Detlef zum Winkel

Turmbau zu Babel

Der ehemalige APO-Führer und heutige Multikulturdezernent der Stadt Frankfurt hat einen Spielfilm gedreht: »C'est la vie«. Ein gedankenarmer Versuch, die 68er Bewegung zu vermarkten

90 Minuten von ihm, mit ihm und über ihn: Daniel Cohn-Bendit hat einen Spielfilm gedreht, den er auf den Allerweltstitel »C'est la vie« getauft hat. Seine Liebe zur Leinwand ist alt; im Mai 1968 verließ er Paris, eigentlich auf dem Höhepunkt der Revolte, um in einem drittklassigen Western zu schauspielern. Die französische Regierung ergriff die Gelegenheit beim Schopf und ließ ihn nicht mehr zurück. So saß ich im Juni auf den Stufen im Innenhof der Sorbonne, bestaunte die schwarzen und roten Fahnen, die aus allen Fenstern hingen, und mehr noch die überlebensgroßen Transparente mit den Konterfeis von Ho Chi Minh und Che Guevara. Wer die anderen abgebildeten Helden waren, weiß ich nicht mehr genau, ich glaube Trotzki und Bakunin. Möglicherweise auch Castro. Jedenfalls nicht Mandela, obwohl Mandela, wie mir jetzt einfällt, gut gewesen wäre. Ein unbekannter junger Franzose redete auf mich ein, und ich glaubte, ihn zu verstehen. Er erklärte mir, was die Lautsprecherdurchsagen, die ungefähr stündlich durchgegeben wurden, zu bedeuten hatten; es ging um einen Sprecher, der dringend in der Sorbonne erwartet wurde und nicht kommen konnte. Denn er war an der Grenze abgewiesen worden und würde es nun woanders versuchen, wahrscheinlich illegal. Zum ersten Mal hörte ich den Namen Cohn-Bendit. Es war, als hätte man ihn zwischen Ho und Che aufgehängt. Dann kam die Nachricht, daß die von den Studenten besetzte Mutualité von der CRS (Bereitschaftspolizei) gestürmt worden sei. Einen Tag später war auch die Sorbonne geräumt.

Wenn ich diesen Film sehe, scheint mir, daß alles ganz anders war. Jenen Franzosen in der Sorbonne habe ich gar nicht verstanden. Ich war beim Turmbau zu Babel und glaubte, es sei Pfingsten. »C'est la vie« möchte zur 68er Nostalgie einladen, aber es funktioniert nicht. Zunächst wäre es besser gewesen, darauf zu verzichten, das Dokumentarmaterial, das man zeigen will und das ganz hübsch zusammengestellt ist, mühsam in eine Handlung hineinzuzwingen. Daß ein Streifen von Cohn-Bendit über die sechziger Jahre kein »Spielfilm« wird, steht fest, bevor die erste Zeile des Drehbuchs geschrieben ist. Sondern es wird natürlich ein narzißtisches Unternehmen, wogegen gar nichts einzuwenden ist: Jede Menge gute Filme sind von narzißtischen Regisseuren und narzißtischen Schauspielern gedreht worden. Nur dürfen es eben nicht vor und hinter den Kameras die gleichen Personen sein. Ich finde das immer unangenehm, auch bei den Großen des Gewerbes.

Manches geht einfach nicht. Wenn Cohn-Bendit etwa in der Gestalt eines kleinen Gauners an einem Busch vorbeirennt, in welchem sich wiederum Matthias Beltz, Kabarettist und Frankfurter Szenegröße, aus unerfindlichen Gründen versteckt hält, dann ist das Papas Ferien-Video, aber kein Kino.

Die überflüssige Story braucht also nicht nacherzählt zu werden, und wir können uns gleich mit der Verlängerung der Parabel ins Sinnstiftende beschäftigen. Der Film dokumentiert in seinem ersten Drittel die sechziger Jahre, in einem weiteren das triste Heute der damaligen Akteure und reflektiert im letzten Drittel den Spruch, daß Kunst Leben sei und umgekehrt. Ausgiebig zitiert Cohn-Bendit Truffaut, von dem der Spruch doch wohl nicht ist, oder?, aber es fehlt ihm ein bißchen der Mut oder die gedankliche Schärfe, der blöden Phrase diametral entgegenzutreten. Jedenfalls waren die guten Filme von damals reichlich lebensfremd, d.h. sie distanzierten sich von dem Leben, wie es ist, und von den Vorstellungen vom guten und schlechten Leben. Eben nicht: C'est la vie, und gerade deswegen waren sie neu, anders und besser als Hollywood. Heute würden sie sich schlecht verkaufen - ohne Krimihandlung keine Kunst.

Was das Heute betrifft, so findet man, vielleicht etwas überraschend für die »Pflasterstrand«-Gemeinde, keine Reklame für den Zeitgeist. Diese Passagen sind offenbar nicht von jemandem, der in Frankfurt zufrieden die multikulturellen Angelegenheiten dezerniert und seine Stadt im Aufsichtsrat der Flughafen AG vertritt. Cohn-Bendit zeigt Szenen der deutschen Wiedervereinigung, und man merkt ihm an, wie er sich bemüht, sich in die Motive der westwärts gewandten Ostmassen hineinzudenken, ohne daß ihm das gelänge. Als Politiker kommt man darum schwer herum, und Cohn-Bendit ist eben ein Politiker, der filmt.

So wirkt auch die Bearbeitung der Golden Sixties wie der Versuch, die Jüngeren zur Revolte zu animieren. Gründlich und ansprechend: warum die Gesamtheit der damaligen Verhältnisse, Arbeit und Konsum, Familie und Politik, Kultur und Moral den Aufstand forderten. Szenen der Bewegung, Happenings in Westberlin und Straßenschlachten in Paris. Jede Menge Oldies von den Rattles bis zu den Kinks, d.h. musikalisch bricht der Film ab, bevor es anfing, interessant zu werden. Was soll's: Solange der linke Geschmack zwischen Frank Sinatra und Ralf Bendix pendelt, steuern wir weiter auf die Diktatur von SWF3 zu.

Und dann kommt Dutschke zu Ehren, und Dany und Beltz sitzen wie angegossen auf ihren Stühlen und lauschen ergeben seinen Instruktionen, vielleicht die stärkste Einstellung. Denn uns' Rudi erzählt einen sagenhaften Quatsch. Das muß auch mal gesagt werden. Nicht daß Dutschke, wenn ich ihn jetzt wiedersehe, in mir Abneigungen hervorrufen würde, im

Gegenteil. Mit seinen dunklen Augen, dem schmalen Gesicht, den unrasierten Wangen, mit seiner kleinen Figur und seinem typischen Tonfall wirkt er sympathisch, einnehmend, nach wie vor faszinierend. Bloß, was er sagt, hat keinen Sinn und Verstand außer demjenigen, daß man sich alles und nichts darunter vorstellen kann. Immer dachte ich, der ist so weit mit seinen Gedanken, so schnell mit seinen Assoziationen, daß er Mühe hat, sie auszudrücken, aber in ein paar Jahren werde auch ich ihn verstehen können.

Dabei war er einfach unverständlich. Er hatte eine message, klar, er stand unter Druck, reden, reden und nochmals reden zu müssen, aber er war nicht in der Lage, ein nachvollziehbares System in seine Ideen hineinzubringen. Ein rein impulsiver Wortschwall, der den Anschein eines differenzierten Theoriegebäudes hatte. Etwas anders, aber doch vergleichbar bei dem jungen Cohn-Bendit, der mit einer Barrikadenrede fürs Fernsehen dokumentiert ist. Ein unglaublich quirliger Junge, der für eine ganz einfache Aussage - wir gehen hier nicht weg, soll sich doch die Polizei zurückziehen - geschlagene fünf Minuten braucht, ohne sie auf den Punkt bringen zu können.

Wahrscheinlich ist es ziemlich vielen Leuten so gegangen: Wenn Dutschke oder wer es auch immer gerade war, das Wort Produktivkräfte oder antiautoritäre Revolte, herrschende Manipulation oder kritische Solidarität aussprach, lief einem ein wohliger Schauer über den Nacken. Es waren Worte mit hohem Wiedererkennungswert, Worte, mit denen sich Hunderttausende spontan identifizierten, aber Worte ohne Syntax, ohne Definitionen, Sätze und Beweise. Der Satzbau, die Abfolge, die Einteilung in Kapitel wurden von den Ereignissen geschrieben. Jeder konnte und sollte seine oder ihre eigene Logik hinzugeben, ein tolles Erfolgsrezept, solange die Verhältnisse Dynamik produzierten. Aber ein Erfolgsrezept ist keine Kunst, und Kunst ist kein Erfolgsrezept.

Sicher, »C'est la vie« bringt etwas für Zuschauer, die 1968 noch nicht geboren waren. Aber unsereins - wozu sich erinnern? Oder wozu sich so erinnern? Cohn-Bendit hat eine einfache Idee. Schon seit einem Jahrzehnt ist die Zeit auf die fünfziger Jahre zurückgestellt, irgendwann müßten demnächst die sechziger en vogue sein. Was macht man also mit dem Kapital der ehemaligen Erfahrungen? Vermarkten oder künstlerisch/politisch bearbeiten? Der gute Dany jagt dem Schatz von damals nach, aber die Terroristen hindern ihn daran, die Synthese von Truffaut und Dutschke zu entwickeln. Nun, wir sind alle kleine Dutschkes, Truffauts und Cohn-Bendits, und die bekannten Worte liegen bei allen in Schubladen, Regalen, auf Disketten und sogar in Gehirnzellen gespeichert herum. Es handelt sich also nicht um einen exklusiven Schatz, eher um ein Puzzle, das richtig zusammengesetzt werden möchte.

Wer hat schon den Nerv dazu? Also wird es weder eine Rekonstruktion noch eine Dekonstruktion geben, sondern periodisch wiederkehrende Vermarktungen toller Erlebnisse. Aber diese tolle Zeit wird nicht besser, je länger sie zurückliegt, sondern sie wird ärmer, und sie wird kleiner. Das macht nichts. Erst wenn sie nicht mehr vermarktet werden kann, kann sie vielleicht verstanden werden, denn der Markt verkehrt das Bewußtsein.

Detlef zum Winkel schrieb in KONKRET 9/91 über Irwin Winklers Film »Schuldig bei Verdacht«

Konkret 12/91, S. 66

Hermann L. Gremli□ a

Gremli□ as e□ press

In der »Zeit«, die ihn aber verdient hat, wirft der Raddatz sein Kuhauge auf einen Roman:

»Der Frauenplan« ist nur noch selbstverliebte Spielerei, läßt den Unterschied zwischen Raffinesse und Raffiniertheit außer acht. Als wolle Kieseritzky - sich? uns? - beweisen, daß man Prosa auch bar jeden Sinnes, jenseits allen erzählerischen Ernstes herstellen kann, läßt er tausend bunte Vokabelluftballons steigen.

Seit Rantanplan dem Mark Spitz das Schwimmen beigebracht hat, hab ich nicht mehr so gelacht. Fritz J. Raddatz erteilt Deutschstunden. Es gibt bezüglich Raffinesse einen Unterschied, irgendwas, das man nicht durcheinander bringen darf. Er weiß das. Woher er das weiß? Das weiß er nicht mehr, aber ihm ist irgendwie, als hätte er mal irgendwo gelesen, schon Tucholsky habe sich wg. Raffinesse irgendwie beklagt, aber nun finde einer die Stelle... Ich hätte ihm helfen können: Es sind die Seiten 151 und 152 des Büchleins »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte«, die unter dem Titel »Vom Raddatz XII« davon handeln, wie er Dialektik mit Didaktik und Lukács mit Adorno verwechselt hat, und

daß Raddatz den Tucholsky zwar herausgegeben, nicht aber gelesen hat, und deshalb die bewegte Klage des Sprachkritikers über die Aufnahme des Wortes »Raffinesse« in den »Duden« nicht kennt.

Behalten davon hat der Raddatz immerhin, daß da was war, aber was es war, das hat er, nachdem er es nicht verstanden hatte, sofort außer acht gelassen, um es später tolldreist dem Kieseritzky hinzureiben, daß es einen Unterschied zwischen Raffinesse und Raffiniertheit gibt, was ja tatsächlich wahr ist, indem es zwar Finesse (= Feinheit, der Zustand einer Sache, beispielsweise des Bouquets eines der französischen Weine, die so feine Gelegenheiten zu Raddatzscher Akzentverwechslung bieten) und auch Raffinement gibt (= Verfeinerung, die Tätigkeit mittels derer eine Sache Finesse erhält), aber Raffinesse nur die dummdeutsche Verquickung eines Zustands und einer Tätigkeit ist, ein Vokabelbastard bar jeden Sinnes, der zu nichts taugt als zur beliebten Verwendung in jedem besseren Feuilleton, was schon fünfzig Jahre vor Raddatz jene Aufnahme in den »Duden« zur Folge hatte, der Tucholskys Klage galt. Ob sich der Raddatz jetzt bei Kieseritzky entschuldigt? Ich werde nachfragen.

In der Rubrik »Gurke des Tages« verabschiedet sich die Berliner Kinder-»FAZ« von ihrer langjährigen Redaktionsleiterin:

Die `Berliner Zeitung' hat eine TAZ-Altlast übernommen: Georgia Tornow wird dort Vize-Chefredakteurin. Ob auch bei der `Berliner Zeitung' der Tornow-Effekt (steigende heiße Luft bei sinkenden Abos) eintritt, bleibt abzuwarten. Für Lachstürme sorgte indes Tornows neues Ressort: Feuilleton. Hier, so weiß man/frau bei der TAZ, ist die wichtig-wedelnde Dame nicht nur reichlich, sondern völlig unterbelichtet.

Die Redakteure der »Tageszeitung« hatten Frau Tornow wiederholt zu ihrem Kopf gewählt. Jetzt, da er ab ist, stinkt die Redaktion vom Schwanze.

Weil die »Tageszeitung« finanziell in der Klemme ist, haben Damen und Herren aus der Rhein-Main-Area einen Aufruf verfaßt, in dem es heißt, es sei »die Idee der Selbstaufklärung«, der die Zeitung und »ihre LeserInnen soviel Witz, Provokation, Aufklärung und intellektuelle Auseinandersetzung verdanken«. Und zum Schluß:

Die »TAZ« als lebendige und erfolgreiche Zeitung einer intelligenten Linken, als ein Zentrum öffentlichen Streits über die Zukunft der Republik, ist unverzichtbar. Unser Appell kommt daher aus Eigeninteresse - und aus vollem Herzen.

Die voll herzige intelligente Linke besteht unter anderen aus Cohn-Bendit (Rathaus), Knapp (Grüne), Schirrmacher (»FAZ«) und Schmierer (»Kommune am Sonntag«), weshalb zu ihrer Vollständigkeit nur noch Geißler, Glotz und Biedenkopf fehlen. Aber auch an Schäuble und Schönhuber wäre zu denken, wenn die Idee der Selbstaufklärung noch ein paar Siege feiert wie diesen in der Woche des Aufrufs erschienenen »TAZ«-Kommentar unter der Überschrift »Inländerfeinde«:

Auch die Autonomen, von denen viele immer noch verwirrt auf die gestürzte Mauer starren, haben nun ihre Chance erkannt, wieder öffentlich in Erscheinung zu treten. In Greifswald leisteten sie Fluchthilfe für Flüchtlinge. Das verschaffte den Autonomen einen PR-Erfolg und den Flüchtlingen Sicherheit für den Augenblick. So weit, so gut... Als Deutscher stets lautstark den eigenen Antirassismus zu intonieren (ohne Komma) kann offensichtlich zu notorisch gutem Gewissen verführen und gegen Selbstzweifel immunisieren. Der Verdacht liegt nahe, daß es die aus dem eigenen Vorhutbewußtsein gespeiste Inländerfeindlichkeit ist, die manche deutsche Antirassisten in erster Linie treibt.

Wer sich für Kanaken einsetzt, ist national unzuverlässig: wenn einem soviel Aufklärung und Selbstaufklärung widerfährt, das ist schon eine intelligent linke Unterstützer-Ini wert.

Weil ihnen auch bei der Erinnerung an deutsche Verbrechen nicht die Lust vergeht, ihren sprachlichen Quotenseich an den Opfern abzuschlagen, heißt es in einem grün-alternativen Aufruf »gegen Gewalt und Fremdenhaß« zum 9. November:

1938 brannten an diesem Tage die Synagogen, wurden JüdInnen verhaftet.

Der männliche Teil von JüdInnen heißt wie im Witz des »Stürmer«: Jüden. Vielleicht das nächste Mal: ItzigInnen?

In Hamburg ist im Alter von 91 Jahren der Verleger John Jahr gestorben.

Wir trauern... Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Druck- und Verlagshauses Gruner + Jahr.

Wir trauern... Geschäftsführung und Mitarbeiter der Constanze-Verlag John Jahr KG und der Jahr Holdinggesellschaften.

Wir trauern... Gesellschafter, Beirat, Geschäftsführung und Mitarbeiter der Paul Hettich Unternehmensgruppe, Kirchlengern.

Wir trauern... Günter Fischer, persönlich haftender Gesellschafter Bankhaus Fischer & Co.

Es geht schon zu Herzen, wenn man liest, wie stilvoll haftende Holdings dem Verstorbenen ihr commandit in pace hinterherschluchzen. Nur ein Kondolenzkollektiv fand nicht den richtigen Ton - Geschäftsleitung, Betriebsrat und Mitarbeiter der Spielbank Hamburg:

Er war der Gründer unseres Hauses. Wir gedenken seiner voller Verehrung und Respekt.

Dabei lag das Treffende so nah: »Rien ne va plus. Danke für die Angestellten. Ihre Croupiers.«

Neue Intimitäten aus dem Kölner Frauenfreudenhaus:

Wer bei »Emma« anruft, landet meist bei Trieze, bürgerlich: Beatrice Betzner, 39... Die wahre Trieze, liebe Anruferinnen, lernt frau aber nur bei zwei Gelegenheiten kennen: wenn sie, als penible Korrekturleserin, versonnen zum neuen, bei ihr schon jetzt abgegriffenen Duden greift und von Klein- und Großschreibung und Semikolon schwärmt. Und wenn sie, oft spät am Abend, in ihren weißen Golf steigt, um nach Düsseldorf zu düsen. Dann verwandelt die gemütlich-runde Trieze sich in eine Pilotin am Steuer. 180 Stundenkilometer sind nix (Umweltfreundinnen Augen zu).

Dazu hat der Peter Rühmkorf vor zwanzig Jahren schon den endgültigen Kommentar gesprochen: »Hattu Manzi-Manzi macht?«

»Wir Deutsche« heißt die neue Sendereihe der ARD, zu deren Auftakt unter Leitung von Professor Thomas Nipperdey am Sonntagabend 90 Minuten lang im Studio plauderten:

Alexandra Gräfin Lambsdorff, Thomas Gottschalk, Helmut Schmidt.

Und wo, bitte, blieb Ingrid Steeger? Ist sie der ARD oder dem Nipperdey dafür noch nicht alt genug?